



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Nachhaltige Entwicklung und Agenda 21 in Österreich“

Eine empirische Untersuchung eines nachhaltigen
Gemeindeentwicklungsprozesses
in Niederösterreich

Verfasser

Udo Bachmayer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, November 2009

Studienkennzahl lt.

A 307

Studienblatt:

Studienrichtung lt.

Kultur- und Sozialanthropologie

Studienblatt:

Betreuerin:

a.o. Univ. Prof. Dr. Elke Mader

Danksagung

Während meines Studiums und dem Verfassen der vorliegenden Diplomarbeit haben mich viele Personen begleitet und unterstützt. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Bei Univ.-Prof. Dr. Mader und Mag. Seiser bedanke ich mich für die freundliche Unterstützung und begleitende Betreuung und bei allen InterviewpartnerInnen für die Zeit, die sie sich für informative Gespräche genommen haben. Besonderer Dank gilt meinen FreundInnen und meiner Familie, insbesondere meiner Mutter Liane, die mir das Studium überhaupt erst ermöglicht hat, meiner Schwester Rita und meiner Freundin Kathi. Ohne eure moralische Unterstützung, eure Anteilnahme und Liebe hätte ich dieses Ziel nicht erreicht. Und nicht zuletzt danke ich meinem verstorbenen Vater, der mich immer begleiten und leiten wird. Die Erinnerungen an dich werden mir immer ein Lächeln ins Gesicht zaubern. Was man tief in seinem Herzen trägt kann man durch den Tod nicht verlieren.

Nur das Denken, das wir leben, hat einen Wert.

Hermann Hesse

Abstract

Lokale Agenda 21-Prozesse basieren auf den Ideen eines auf der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 verabschiedeten Aktionsprogramms für nachhaltige Entwicklung. Die Vereinten Nationen haben detaillierte Maßnahmen und Handlungsvorschläge für Kommunen bzw. Städte und Gemeinden in den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales erarbeitet. Die gegenständliche Arbeit befasst sich mit der Umsetzung nachhaltiger Prozesse in Österreich auf Gemeindeebene, mit deren AkteurInnen sowie mit den Spannungsfeldern und Chancen, die solch eine Entwicklung mit sich bringt. Außerdem wird der Frage nachgegangen, ob die Prozesse und Verfahren im lokalen Raum den theoretischen Maßnahmen bzw. Überlegungen, die sich im globalen Diskurs entwickelt haben, gerecht werden. Dazu dient eine empirische Fallstudie über eine niederösterreichische Gemeinde, in der ich einen Nachhaltigkeitsprozess aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht habe. Außerdem soll in der vorliegenden Arbeit dargestellt werden, was Nachhaltigkeit bedeutet und wie unterschiedliche globale Diskurse, Institutionen und internationale Umweltkonferenzen das heutige Verständnis von nachhaltiger Entwicklung geformt haben.

Aus der Sicht der Kultur- und Sozialanthropologie ist es äußerst wichtig, ein Nachhaltigkeitskonzept zu unterstützen, das die Handlungsfelder Ökologie, Ökonomie und Soziales als gleichwertig und integrativ betrachtet. Diese Bereiche nehmen reziprok Einfluss, rein wirtschaftliche Schwerpunktsetzungen sind daher nicht förderlich. Gerade soziale Nachhaltigkeitsprojekte, die Partizipationsprozesse fördern, können neue Formen der Demokratie und der Mitbestimmung sowie eine Neuordnung von bestehenden Machtverhältnissen herbeiführen. Auch auf die Situation von Frauen, denen in den theoretischen Maßnahmen der verschiedenen Nachhaltigkeitsstrategien eine bedeutende Rolle zugeschrieben wird, soll in dieser Arbeit eingegangen werden. Um Antworten auf die Frage: „Was kann BürgerInnenbeteiligung im lokalen Raum eigentlich leisten?“ zu erhalten, habe ich im Rahmen der empirischen Studie über eine Gemeinde sowohl Interviews mit AkteurInnen aus der Politik, als auch mit BürgerInnen durchgeführt. Der Auswertung der empirischen Daten, die ein BürgerInnenbeteiligungsverfahren offenlegt, folgen Handlungsvorschläge, um die Chancen einer erfolgreichen Umsetzung von Lokalen Agenda 21-Prozessen zu erhöhen.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einleitung	6
Kapitel 2: Was bedeutet Nachhaltigkeit?	9
2.1. Der wissenschaftliche Diskurs über das Konzept der nachhaltigen Entwicklung	12
2.2. Institutionalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs	16
Kapitel 3: Internationale Bestrebungen	19
3.1. Die Entstehung eines nachhaltigen Leitbildes	19
3.2. Club of Rome	19
3.3. Vor der Umweltkonferenz von Stockholm	21
3.4. Welt – Umweltkonferenz in Stockholm 1972	22
3.5. Der Brundtland – Bericht	24
3.6. Der Brandt – Report	26
3.7. Welt – Umweltkonferenz in Rio 1992	27
3.8. Welt – Umweltkonferenz in Johannesburg 2002 (Rio +10)	29
3.9. ICLEI	30
3.9.1. Charta von Aalborg	31
3.9.2. Aalborg Commitments	33
3.9.3. Local Agenda Survey	34
Kapitel 4: Agenda 21 und Nachhaltigkeit in Österreich	36
4.1. Agenda 21 – Die Bedeutung	36
4.2. Lokale Agenda 21	37
4.3. Lokale Agenda 21 in Österreich	39
4.4. Der Nationale Umweltplan	40
4.5. Österreichisches Institut für nachhaltige Entwicklung	42
4.6. Österreichische Strategie für nachhaltige Entwicklung	43
4.7. Regionale Entwicklung und Nachhaltigkeit auf Landesebene	44
4.7.1. Projekt W.I.N. – Strategie Niederösterreich	44
4.7.2. SIS – Das strategische Informationssystem	46
4.8. Die Hauptregion Weinviertel	47
4.9. Handlungsspielräume der österreichischen Gemeinden	50
4.10. Gemeinde 21	51

4.10.1. Wie wird man zur Gemeinde 21?	53
4.10.2. Informieren und Einbinden	54
4.10.3. Entscheiden	55
4.10.4. Orientieren	55
4.10.5. Planen	56
4.10.6. Umsetzen	57
4.10.7. Weiterführen	57
Kapitel 5: Lokale Agenda 21 – Eine Analyse	58
5.1. Lokale Agenda 21 als Beispiel einer BürgerInnenpartizipation	58
5.2. Spannungsfelder bzw. Hemmnisse und Chancen einer LA 21	61
5.3. Gender-Aspekte in Lokalen Agenda 21-Prozessen	65
Kapitel 6: Die Gemeinde Großrußbach	69
6.1. Demographische Daten	69
6.2. Anfänge der Gemeindeentwicklung	70
6.3. Projektbeschreibungen	71
Kapitel 7: Methodik	75
7.1. Methodische Vorgangsweise	75
Kapitel 8: Empirie	77
8.1. Auswertung der empirischen Daten	77
8.2. Ökonomie, Ökologie und Soziales	79
8.2.1. Ökonomie	79
8.2.2. Ökologie	81
8.2.3. Soziales	83
8.3. Was kann BürgerInnenbeteiligung in Großrußbach leisten?	88
8.4. Spannungsfelder, Hemmnisse und Chancen des Gemeinde 21-Prozesses	94
8.5. Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz	98
8.6. Gender-Aspekte im Lokalen Agenda 21-Prozess Großrußbachs	100
Kapitel 9: Schlussfolgerungen	106
Kapitel 10: Literaturverzeichnis	109
10.1. Internetquellen	115

1. Einleitung

„Das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung ist spätestens durch die Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio (UNCED) zu einem weltweit anerkannten Leitbild zukunftsfähiger Entwicklung geworden.“

(BRANDL 2002: 11)

Unter nachhaltiger oder zukunftsfähiger Entwicklung kann eine gesellschaftliche Bewegung verstanden werden, bei der die Bedürfnisse der Menschen und der zukünftigen Generationen sowie die Sicherung von Ressourcen, seien sie ökologischer, ökonomischer oder sozialer Natur, im Vordergrund stehen.

Der Ansatz beruht auf ethisch – normativen Prinzipien, einerseits wird auf globaler Ebene versucht, durch Umverteilungen den Entwicklungsansprüchen der Länder des Südens gerecht zu werden, andererseits soll durch die verabschiedete Agenda 21 auf der Umweltkonferenz in Rio lokal auf die verschiedenen regionalen Ausgangsbedingungen eingegangen werden. Unter Einbindung aller gesellschaftlichen AkteurInnen soll dieses Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert umgesetzt werden. Die Agenda 21 verbindet somit die zwei Schlagworte Nachhaltigkeit und Partizipation.

Im Vordergrund steht dabei der Schutz der Menschen und der Umwelt, ein Leitbild für ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Ein Leitbild auf normativer Ebene ist immer umstritten und nicht frei von Widersprüchen, daher existieren zahlreiche differente Interpretationen, Vorstellungen und Konzepte von nachhaltiger Entwicklung, die in der vorliegenden Arbeit ebenfalls diskutiert werden sollen.

In der Nachhaltigkeitsforschung, die auf inter- und transdisziplinären Ansätzen basiert, wird ein Beitrag der Kultur- und Sozialanthropologie den gegenwärtigen, oft ökologisch oder ökonomisch geprägten Diskurs, um soziale bzw. kulturelle Aspekte erweitern. Mein spezifisches Interesse gilt der Implementierung dieser Ideen und Pläne im lokalen Raum Niederösterreichs. Das konkrete Forschungsfeld stellt die Gemeinde Großrußbach in der Region Weinviertel dar. Nachhaltige Gemeindeentwicklung mit aktiver BürgerInnenbeteiligung, wie ich sie in meinem empirischen Teil der Arbeit illustrieren will, wird den Prinzipien der Lokalen Agenda 21, einem zentralen Dokument dieser Welt –Umweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro, gerecht.

Wie bereits erwähnt soll die gegenwärtige Debatte zum Begriff „Nachhaltigkeit“ nicht nur auf rein ökologische Aspekte reduziert werden. Nachhaltige Entwicklungskonzepte auf kleinregionaler bzw. Gemeindeebene stehen im Kontext eines komplexen Gefüges von Raum, Kultur, Lokalität und Globalität. Teilbereiche der nachhaltigen Regional- und Gemeindeentwicklung können auch identitätsstiftende Maßnahmen beinhalten, die in dieser Arbeit ebenfalls untersucht werden sollen.

Anhand des Beispiels „Gemeinde 21“, eines Programms des Landes Niederösterreichs, werde ich zeigen, in welchen Bereichen, in welcher Form und in welchem Ausmaß eine Gemeinde an einer nachhaltigen Entwicklung arbeiten kann und wie es im Zuge dessen zu Chancen und Hemmnissen kommen kann.

Hier soll im Rahmen einer empirischen Studie über ein Gemeindeprojekt auch der Forschungsfrage nachgegangen werden, ob Selbsthilfe und BürgerInneninitiative tatsächlich Garanten für eine positive nachhaltige Entwicklung sind.

Im ersten Teil der Arbeit stehen im theoretischen Teil Begriffserklärungen und verschiedene Definitionen der Nachhaltigkeit und deren historische Genese im Mittelpunkt. Anschließend wird ein kurzer Überblick zu aktuellen wissenschaftlichen Diskursen über das Konzept der nachhaltigen Entwicklung gegeben.

Im zweiten Kapitel soll unter anderem gezeigt werden, wie sich der Begriff durch verschiedene Entwicklungen und Bewegungen zu einem globalisierten und institutionalisierten, teils auch standardisierten Terminus herausgebildet hat.

Mit Hilfe des dritten Kapitels, das die verschiedenen internationalen Umweltkonferenzen und wissenschaftlichen Berichte der letzten Jahre präsentiert, können der Prozess und die Entstehung eines globalen Leitbildes leichter nachvollzogen werden.

Kapitel vier geht näher auf die Agenda 21, einem internationalen Aktionsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung, ein und weist auf dessen Bedeutung und Relevanz im lokalen Raum hin.

Anschließend sollen in einem Querschnitt die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie auf Landes– bzw. Regionalebene und Nachhaltigkeitskonzepte auf Gemeindeebene in Niederösterreich untersucht werden. In diesem Teil wird auch auf die Handlungsspielräume der österreichischen Gemeinden hingewiesen und die „Gemeinde 21“, ein mögliches Nachhaltigkeitsprogramm für niederösterreichische Gemeinden, vorgestellt.

„Gemeinde 21“ ist die für Niederösterreich adaptierte Variante des weltweit praktizierenden Programms „Lokale Agenda 21“ (LA 21). Das nachhaltige

Aktionsprogramm fordert jede(n) einzelne(n) BürgerInn auf, von ihrer (seiner) Möglichkeit Gebrauch zu machen, an der Gestaltung des eigenen Lebensraums teilzunehmen. Um dies auf praktischer Ebene zu illustrieren, wird in einer empirischen Studie über ein Gemeindeprojekt gezeigt, wie diese Möglichkeiten genutzt und verhandelt werden.

Weiters soll auf die spezifischen Themen, mit denen sich die Initiative beschäftigt, eingegangen werden. Es soll auch kurz illustriert werden, wie der Ablauf aussieht, wenn sich eine Gemeinde für das Programm der „Gemeinde 21“ entscheidet.

Im fünften Kapitel wird zuerst der Frage nachgegangen, was eine Lokale Agenda 21-Bewegung als eine Form von BürgerInnenpartizipation eigentlich leisten kann. Danach werden Spannungsfelder, Hemmnisse und Chancen einer Lokalen Agenda 21 skizziert. Den Schluss des Kapitels bildet die Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Gender-Aspekten im Umweltbereich und in den Konzepten einer nachhaltigen Entwicklung.

Dem empirischen Teil der Arbeit geht in Kapitel sechs eine Präsentation der Gemeinde Großrußbach, in der ich einen nachhaltigen Gemeindeprozess untersucht habe, voran. Dazu dienen unter anderem einige demographische Daten sowie eine Beschreibung der Anfänge der Gemeindeentwicklung. Auch die Projekte, die im Rahmen des Prozesses angedacht wurden, werden kurz vorgestellt.

Kapitel sieben zeigt die methodische Vorgangsweise bezüglich der durchgeführten Interviews sowie der empirischen Fallstudie über die Gemeinde.

Schließlich sollen im achten Kapitel anhand meiner ethnologischen Fallstudie über das ausgewählte Gemeindeprojekt in Großrußbach/NÖ detaillierte Fragestellungen, die sich aus dem theoretischen Diskurs ergeben, auf praktischer Ebene behandelt werden.

In diesem Kapitel versuche ich heraus zu finden, ob die theoretischen Maßnahmen und Leitbilder, die sich im globalen Diskurs entwickelt haben, im lokalen Raum auch tatsächlich umsetzbar sind. Partizipiert in einem nachhaltigen Gemeindeprozess wirklich ein großer Teil der Bevölkerung mit? Welche Projekte werden realisiert? Werden ökologische, ökonomische und auch soziale Schwerpunkte gesetzt? Bezüglich dieser Fragen werden auch die Spannungsfelder und Chancen in diesem nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozess exploriert.

Abschließend soll anhand des empirischen Materials auch untersucht werden, ob die in der Theorie geforderte Berücksichtigung von Gender-Aspekten in der Praxis auch wirklich umgesetzt wird.

2. Was bedeutet Nachhaltigkeit ?

Die historische Genese des Nachhaltigkeitsbegriffs rührt aus der spätmittelalterlichen deutschen Forstwirtschaft (vgl. www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de (1)).

Es sollte nur soviel Holz abgeschlagen werden, wie nachwachsen kann. Der forstwirtschaftliche Begriff wurde daraufhin auch in anderen Bereichen verwendet, ab den 1960er Jahren wurde die Idee der Nachhaltigkeit auch politisch aufgegriffen, denn die Wissenschaft beschäftigte sich immer mehr mit dem Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd, der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und dem Bevölkerungswachstum. Der Begriff gilt in den letzten Jahren als Leitbild für eine zukunftsfähige Entwicklung, als Kursänderung entgegen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die in den sogenannten Entwicklungsländern zu immer mehr Armut, Umweltschäden und Verlust von Ressourcen führte. Ein gemeinsames internationales Vorgehen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fand in der ersten weltweiten UNO-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm ihren vorläufigen Höhepunkt. Diese Konferenz stellt den Beginn einer internationalen Umweltpolitik dar. Ein wichtiger Schritt zur Konzeptualisierung von Nachhaltigkeit bezüglich ihrer integrativen Perspektive war der Brundtland – Bericht, die erste Publikation der unabhängigen Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, die 1983 von den Vereinten Nationen gegründet wurde. Der Bericht definiert Nachhaltigkeit folgendermaßen:

„Sustainable development meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“

(www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de (2))

Dieses Nachhaltigkeitskonzept verlangt die Verbindung zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten gesellschaftlicher Entwicklung, wobei in diversen Umweltdiskursen häufig um das Primat einer der drei Säulen gerungen wird (vgl. LITTIG/ GRIEBLER 2004: 24). In den meisten Nachhaltigkeitsdebatten lässt sich eine starke Betonung der Ökologie oder Ökonomie erkennen, die soziale Dimension wird dabei oft außer Acht gelassen. Der Schwerpunkt Ökologie entstand im Kontext der Umweltbewegungen in den 1970er Jahren, als die Feststellung getroffen wurde, dass die Ökologie die Grundvoraussetzung menschlicher Entwicklung sei. Dieser Ansatz zielt in erster Linie darauf ab, ökologische Systeme zu erhalten, umweltzerstörende Stoffe zu reduzieren sowie den Umweltverbrauch generell zu minimieren.

„Ökonomische und soziale Aspekte sind bei diesem Ansatz nur insofern relevant als die Ökologisierung gesellschaftlicher Entwicklung wirtschafts- und sozialverträglich sein soll.“ (LITTIG/ GRIEBLER 2004: 25)

Aus der Sicht der Kultur- und Sozialanthropologie bestehen aber auch soziale und kulturelle Bedürfnisse der Menschen, für die im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft Sorge getragen werden muss.

Auch wenn das Drei-Säulen-Modell, das zum ersten Mal in der UN – Vollversammlung für die Brundtlandkommission Eingang fand, sehr verbreitet ist und die generell positive Gleichrangigkeit zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem postuliert, ist ein wesentlicher Kritikpunkt die vage Definition bzw. Bestimmung sozialer Nachhaltigkeit. In den Sozialwissenschaften finden sich verschiedene Definitionen von sozialer Nachhaltigkeit, so könnte sie im existenziellen Sinn bedeuten, Strukturen und Prozesse zu schaffen, die den Menschen befähigen, selbstständig die eigene materielle Existenz zu sichern (vgl. MÜLLER – CHRIST 1998: 35). Soziale Nachhaltigkeit legt auch mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen, zwischen den Ländern im Norden und Süden sowie zwischen den Geschlechtern nahe. In diesem Zusammenhang spielt auch die Wahrung von Fürsorge und Gemeinschaftsfähigkeit entgegen den Individualisierungsbewegungen in der Gesellschaft eine Rolle. Neben der unpräzisen Definition von sozialer Nachhaltigkeit auf den Weltumweltkonferenzen ist das Streben nach einer nachhaltigen Gesellschaft mit viel Aufwand und einem Umdenken bezüglich moderner Gesellschafts- und Konsumverhalten verbunden. Laut dem Drei-Säulen-Modell aber werden solche Forderungen nur durchgesetzt, wenn sie eine ökonomische Profitmaximierung und eine ökologische Entwicklung nicht behindern.

„Auch wenn es auf den ersten Blick einleuchtend ist, wenn formuliert wird, dass die Natur jeder menschlichen Entwicklung vorgeht und daher der Ökologie eine prioritäre Rolle zufallen sollte, ist letztlich zwischen der Natur als solcher und der gesellschaftlichen Konstruktion und Beschreibung von Natur durch die ökologischen Wissenschaften zu unterscheiden.“ (BRANDL/ HILDEBRANDT 2002: 14)

Das heißt, dass technische Innovationen und Erneuerungen auf stofflicher und energetischer Basis allein nicht ausreichen werden, neben besserer Effizienz werden auch suffiziente Arbeits-, Lebens-, Wirtschafts- und Konsumstile nötig sein.

Naturressourcen haben ihre Grenzen, da aber in der ökonomischen Theorie die Natur als unerschöpfbare Ressource bzw. als ein Produkt gesehen wird, war man der Meinung, es gäbe keine Grenzen des Wachstums.

Dass das Wirtschaftswachstum aber nicht isoliert gesehen werden kann und sich auf Gesellschaft und Umwelt auswirkt, ist teilweise bis heute nicht ins Bewusstsein der Menschen vorgedrungen. Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ ist in unserer heutigen Zeit zu einem inflationär verwendeten Wort geworden und wird allzu oft von großen Institutionen oder Regierungen missbraucht, etwa um die Entwicklung der sogenannten Dritte Welt – Länder zu minimieren und für den Missbrauch und die Verschwendung der Ressourcen büßen zu lassen, für den ohnehin hauptsächlich die Industrieländer verantwortlich sind.¹ Auch deswegen ist die Geschichte dieses Konzepts Gegenstand verschiedener kritischer Untersuchungen aus den Blickwinkeln der Geographie, der Kultur- und Sozialanthropologie und anderer Disziplinen.

Aufgrund der Verschiedenheit der beteiligten AkteurInnen mit differenten Vorstellungen, Methoden, Maßnahmen und Instrumenten sind eindeutige Lösungen schwierig zu bestimmen, vielmehr wird Nachhaltigkeit zu einer multifunktionalen Abstimmungsaufgabe (vgl. BRANDL/ HILDEBRANDT 2002: 15). Es geht um die Initiierung eines dauerhaften gesellschaftlichen Lernprozesses, für den die Agenda 21, ein weltweites Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung, das mit ihren Handlungsaufträgen auf der UNO - Umweltkonferenz 1992 in Rio erstellt wurde, einen Rahmen bietet.²

Dieses Leitkonzept kann nicht von zentralen Stellen verordnet werden, sondern basiert auf dem Prinzip der Selbstorganisation und unterstützt „bottom-up“ Bewegungen (vgl. RITT 2002: 106).

Im nächsten Kapitel soll aufgezeigt werden, wie es durch verschiedene Diskurse und Rahmenbedingungen zu einem nachhaltigen Leitbild gekommen ist.

¹ Dieser Meinung war man seitens der Dritte Welt – Länder, als die ersten internationalen Bestrebungen zu einem gemeinsamen Umweltvorgehen begannen. Näheres dazu findet sich im anschließenden Kapitel.

² Eine detaillierte Beschreibung der auf der Weltumweltkonferenz in Rio 1992 deklarierten Agenda 21 und den daraus resultierenden Möglichkeiten für lokale AkteurInnen findet sich in Kapitel Vier.

2.1. Der wissenschaftliche Diskurs über das Konzept der nachhaltigen Entwicklung

Für den englischen Begriff „sustainable development“ existieren verschiedene deutsche Übersetzungen wie dauerhafte, nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung.

In meinem Kontext³ und auch aufgrund des häufigen Vorkommens in der Literatur werde ich den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ verwenden. Neben der Definition im Brundtland – Bericht meint nachhaltige Entwicklung auch, dass die Grundbedürfnisse der Armen überwiegende Priorität haben und bei Technologie und sozialer Organisation die Umweltverträglichkeit gegenwärtiger wie zukünftiger Bedürfnisse beachtet werden muss (vgl. NOHLEN 2002: 759).

Das Konzept, das anfänglich in der Studie „Grenzen des Wachstum“ des Club of Rome Anklang fand, hat sich auf Basis verschiedener alternativer Entwicklungstheorien herausgebildet und weiterentwickelt.

Aus Sicht der Kultur- und Sozialanthropologie erscheint es mir äußerst wichtig, bei der Behandlung des Diskurses über Nachhaltigkeit die Notwendigkeit einer Umstrukturierung bisheriger Lebensstile zu betonen. Entgegen neoliberaler Strömungen, die in den letzten Jahren durch Privatisierungen immer stärker wurden, will ich in diesem Zusammenhang den emanzipatorischen Gehalt gesellschaftlicher Demokratisierung unterstreichen.

Denn im Sinne der Nachhaltigkeit bedarf es gesellschaftlicher Veränderungen politischer, sozialer, ökologischer sowie ökonomischer Natur und das bedeutet die Durchsetzung von Interessen aller, vor allem Marginalisierter und aus gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen Ausgeschlossener.

Laut Nohlen kann innerhalb des „sustainable development“ – Konzepts hauptsächlich zwischen zwei Strömungen unterschieden werden (vgl. NOHLEN 2002: 759).

Auf der einen Seite ist eine gemäßigte Richtung zu erkennen, die meist von Industrieländern ausgeht und die nicht das kontinuierliche Wachstum an sich hinterfragt, sondern lediglich auf technische Innovationen und Entwicklungen von Ersatzstoffen und Recyclingstrategien zur Lösung der Umweltprobleme setzt.

Diese Strömung, die vorwiegend von liberal – konservativen Kräften getragen wird, hat einen systemimmanenten Charakter, der Ausschlussmechanismen bestimmter

³ Damit ist der Kontext rund um die Entstehung der Lokalen Agenda 21 gemeint. Der Aktionsplan ist auf der Weltumweltkonferenz 1992 in Rio verabschiedet worden und versteht sich als Maßnahmenkatalog für Kommunen, die eine nachhaltige Entwicklung anstreben wollen.

gesellschaftlicher Gruppen eher noch verstärkt. Liberale Demokratiebewegungen garantieren nur eine scheinbare Freiheit, da sie auf einem konkurrierenden Prinzip aufbauen, bei dem zwar möglichst viele eingeschlossen werden aber der unterschiedliche soziale Status und die daraus resultierenden ungleiche Ressourcenverteilung unberücksichtigt bleiben (vgl. BÖHM 2001: 50).

Die zweite und revolutionäre Strömung postuliert die Notwendigkeit einer tiefgreifenden strukturellen Veränderung von Wirtschaft, Gesellschaft und Verhaltensmustern in den Industrieländern (vgl. NOHLEN 2002: 759). Dieser Schritt ist meiner Meinung nach auch aufgrund der momentan spürbaren globalen Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf soziale Bereiche die aussichtsreichere Lösung.

Die ersten alternativen Entwicklungsansätze und kritischen Stimmen entstanden als Gegenbewegung zu den aufkommenden, von Industrieländern geprägten Umweltdebatten.

Die Cocoyoc - Erklärung gilt als eines der ersten Dokumente alternativer Entwicklung und wurde 1974 von einem Wissenschaftsgremium auf einem UNCTAD⁴ -Symposium in Mexiko abgegeben. Das Revolutionäre an diesem Ansatz war, dass zum ersten Mal der Entwicklungsbegriff und die Inhalte selbst kritisiert wurden, Ziel und Zweck von Entwicklung sollten demnach neu definiert werden. Menschen haben gewisse Grundbedürfnisse, daher sollte jeder Wachstumsvorgang zur Befriedigung dieser Bedürfnisse führen. Das Hauptanliegen der Entwicklung besteht demnach darin, die Lebensbedingungen der ärmsten Teile der Gesellschaft zu verbessern.

Wirtschaftliches Wachstum soll nicht nur der wohlhabenden Minderheit nutzen und die Schere noch weiter auseinander klaffen lassen, so die Meinung der Länder des Südens.

Das Konzept der kollektiven Eigenständigkeit („collective self – reliance“) kann als Weiterentwicklung der Cocoyoc – Ansätze verstanden werden.

Die strategischen Inhalte haben die Zielsetzung, dass Entwicklungsländer durch verstärkte Zusammenarbeit untereinander eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den Industrieländern und transnationalen Konzernen erreichen.

1975 folgte der Bericht der schwedischen Dag Hammarskjöld-Stiftung⁵, worin, ähnlich den vorherigen Forderungen, die Beseitigung von Armut oberste Priorität hat.

⁴ United Nations Conference on Trade and Development.

⁵ Die Stiftung wurde in Gedenken an den verstorbenen UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld ins Leben gerufen und beschäftigt sich mit Entwicklungsfragen und der internationalen Zusammenarbeit (vgl. www.dhf.uu.se/).

Die Kritik dieser Ansätze richtete sich also gegen ein Entwicklungsmodell, das auf die Industrieländer zugeschnitten war und darüber hinaus wachstumsorientiert und ressourcenverschlingend ist.

Auch W.M. Adams macht in seinem Artikel "Sustainable Development?" darauf aufmerksam, dass innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte teils heftige Kontroversen bestehen und dass grundsätzlich zwischen denjenigen, die rationale, technische Lösungen vorschlagen und denen, die nachhaltige Entwicklung mittels radikaleren Änderungen in der Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben wollen, unterschieden werden kann (vgl. ADAMS 2002: 413).

Einen weiteren alternativen Weg in der Nachhaltigkeitsdebatte zeigt Bennholdt-Thomsen mit ihrer Theorie der Subsistenzperspektive auf. Ähnlich wie beim Schrumpfungsmodell von Hager und Schenkel⁶, das in Anlehnung auf natürliche Prozesse kein Wachstum ohne Schrumpfungen für möglich hält, sieht die Wissenschaftlerin das Wachstum ohne Grenzen als utopische Wunschvorstellung. Die Subsistenzperspektive, die eine völlig andere Orientierung vorgibt als das kapitalistische Wirtschaftsmodell, zielt auf Bewahren und Erhalten und nicht auf das ständige Wachsen und Vermehren ab. Diese Perspektive steht im Gegensatz zur Mehrwertproduktion und den Wachstumstheorien.

„Subsistenzproduktion – oder Lebensproduktion – umfasst alle Arbeit, die bei der Herstellung und Erhaltung des unmittelbaren Lebens verausgabt wird und auch diesen Zweck hat.“ (vgl. MIES 1983; zitiert nach BENNHOLDT-THOMSEN 2000: 242)

Die Soziologin nennt selbst das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ suggestiv, statt dessen soll der Entwicklungsgedanke radikal aufgegeben werden für eine Perspektive der Subsistenz. Diese andere Art des Wirtschaftens versucht aus ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Gründen die Naturressourcen nicht auszubeuten.

„Damit ist ein sich Konzentrieren auf das gemeint, was wir zum guten Leben brauchen. Und das steht im Gegensatz zum Konsum als Selbstzweck, zum Luxuskonsum und zur Wegwerfmentalität unserer Gesellschaft.“ (BENNHOLDT-THOMSEN 2000: 241)

⁶ Das Modell zweifelt an, dass ein andauerndes Wirtschaftswachstum der menschlichen Entwicklung wohl gesinnt ist. „Groß werden setzt klein sein voraus“ (HAGER 2000: 3) Den natürlichen, rhythmischen Prozess von Wachsen und Schrumpfen kennen diverse Wissenschaften. Die Naturwissenschaften beschreiben den Rhythmus von der Winterstarre zu entfalteten Blüten, die Gerontologie das Schrumpfen des Gewebes von alternden Menschen. Nur in der Ökonomie hält man an einer Wachstumsformel fest. Eine Endlichkeit der natürlichen Ressourcen geht in die meisten Wirtschaftstheorien nicht ein (vgl. HAGER 2000: 8).

Die Autorin plädiert mit dem Subsistenzmodell für eine Regionalorientierung zum Zweck der internen Konsolidierung, als gezielte Orientierung gegen die Globalisierungsbewegungen. Diese Regionalisierung bezieht sich auf kleinräumige landschaftliche Einheiten. Mit Subsistenzorientierung meint sie etwa die Förderung regionaler Produkte, Initiativen oder Aktivitäten.

Sie verfolgt einen radikalen „bottom–up“-Ansatz und kritisiert jegliche Form der Zentralisierung und Machthierarchismen am Markt. Damit sind jene Strukturen und Zusammenschlüsse gemeint, die von globalen AkteurInnen geschaffen werden und kleine lokale und regionale Subsistenzmärkte verhindern. Sie glaubt in diesem Zusammenhang, dass der naturgesetzliche Automatismus der Marktwirtschaft ein Konstrukt ist und ruft zur Eigenverantwortung für das eigene wirtschaftliche Handeln auf.

„Die verantwortlich handelnde Person kommt im herrschenden Verständnis von Markt überhaupt nicht vor. Geschuldet ist diese Sicht dem weit verbreiteten Glauben an die Eigengesetzlichkeit des kapitalistischen Marktes [...].“

(BENNHOLDT-THOMSEN 2000: 245)

Jedoch tragen alle Beteiligten Verantwortung, jeder Einzelne kann seine Wirtschaftsweise bestimmen. Mit konsequentem lokalen Einkauf können eher menschliche Verantwortung, Qualität und Versorgungssicherheit gewährleistet werden als durch den Primat der rücksichtslosen Gewinnmaximierung (vgl. BENNHOLDT-THOMSEN 2000: 250).

Karl Polanyi beschreibt die Idee des selbstregulierenden Marktes, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts verbreitet hat und nennt den Prozess „Great Transformation“ (vgl. POLANYI 1977: 17). Damit gemeint ist die große weltgeschichtliche Umwälzung des ökonomischen Denkens und Handelns, die dahin führt, dass die Wirtschaft die Gesellschaft bestimmt und nicht umgekehrt.

Die sozialen Folgen durch den gewinnstrebenden wirtschaftlichen Fortschritt werden akzeptiert. Diese Transformation hin zu einer materialistischen Gesellschaft wird durch die Privatisierungen zunehmend verstärkt.

Veronika Bennholdt–Thomsen geht noch einen Schritt weiter und meint, dass die vorgebliche Eigengesetzlichkeit des Marktes und die mit allen Mitteln gewollte Gewinnmaximierung, die einer kriegerischen Sicht von Ökonomie gleichen, zur Entökonomisierung der Frauenarbeit geführt haben. Der Prozess der Hausfrauisierung

schritt immer weiter voran und die Ökonomie teilte sich in einen öffentlichen und in einen privaten Bereich.

„Im Zuge dieser Entwicklung verschwindet auch die Verbindung von Subsistenz und Markt. Der Markt ist von nun an, per kapitalistischer, patriachaler Definition, nur noch dazu da, um Profite zu realisieren.“ (BENNHOLDT-THOMSEN 2000: 246)

Damit gemeint ist die enorme Benachteiligung von Frauen in der Ökonomie durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Frauen werden in den privaten Raum zurück gedrängt, die häufige Doppelbelastung von Familie und Arbeit ist ein weiteres Problem, während das Ziel des Wirtschaftens, die Gewinnmaximierung, den Männern vorbehalten ist. Die Autorin meint des Weiteren, dass durch die Regionalisierung der Märkte die Verbindung von Subsistenz und Markt wieder hergestellt werden würde und dadurch auch wieder die Stellung der Frauen in der Ökonomie verbessert werden könnten. Nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Subsistenz muss Ziel in der Ökonomie sein.

2.2. Institutionalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs

Verschiedene Schritte eines gemeinsamen internationalen Umweltschutzes wurden schon sehr früh unternommen. So wurde das erste institutionalisierte rechtsverbindliche internationale Abkommen mit der „Konvention zur Regelung des Walfangs“ ein Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen. Vor Beginn der 1970er Jahre waren aber die Grenzen des Wachstums noch nicht ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen, im Gegenteil, man war der Meinung, dass der wirtschaftliche und damit der soziale Wohlstand immer weiter wachsen würde.

In den 1970er Jahren nahmen diverse internationale umweltorientierte Institutionen als kollektive HandlungsträgerInnen den Gedanken auf, dass Entwicklung und Ökologie in engem Zusammenhang stehen und machten diese Ideen zum Inhalt ihrer Konzepte und Entwicklungsstrategien. Im Kontext der Weltumweltkonferenzen in den 1970er Jahren entwickelte sich systematisch eine globale ökologische Sicht auf die Probleme und die Umweltdebatte wurde politisiert. Die Institutionalisierung des Nachhaltigkeitsgedankens auf Basis einer gesellschaftlich akzeptierten Leitidee schritt mit dem Brundtland – Bericht 1987 und den Nachfolgepapieren der Weltumweltkonferenzen weiter voran.

In diesem Zusammenhang zeigte sich, dass die Institutionen bzw. kollektiven AkteurInnen bei ihrem Handeln stets strukturellen Rahmenbedingungen unterliegen, die mitgedacht werden müssen.

Nach einer Reihe von sozialwissenschaftlichen Ansätzen bewegen sich die AkteurInnen in institutionellen Zusammensetzungen von Regeln, Sitten, Gebräuchen, Normen und Werten, die ihre Handlungen prägen. Die Anstrengungen, die sich hinter konkreten Lern- und Veränderungsprozessen verbergen, dürfen nicht nur von individuellen AkteurInnen unternommen werden, beispielsweise in Form von Partizipationsverfahren, sondern auch von sogenannten kollektiven Akteuren wie Organisationen, Unternehmen und der Politik.

„Es sollten vielmehr politisch – praktische Anstrengungen unternommen werden, damit sich Aspekte intra- und intergenerationaler Gerechtigkeit auch handlungspraktisch einlösen lassen.“ (BESCHORNER/ BEHRENS 2007: 35)

Da nicht nur allein staatliche, sondern zunehmend auch private AkteurInnen bzw. Unternehmen in der Gestaltung von Regelsystemen mitwirken und damit großen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung haben, sollten diese auch mehr soziale Verantwortung übernehmen.

Wie bereits erwähnt, werden im aktuellen wissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs Ökologie, Ökonomie und Soziales häufig als gleichwertige Handlungsfelder gesehen. Probleme, seien sie nun ökologischer, ökonomischer oder sozialer Natur, hängen zusammen und daher können diese Bereiche auch nicht getrennt voneinander behandelt werden. Diese angestrebte Verbindung der drei Aspekte im aktuellen Wissenschaftsdiskurs kann aber auch in ein Dilemma führen, wenn etwa soziale Maßnahmen nur dann als nachhaltig eingestuft werden, wenn sie auch einen wirtschaftlichen Nutzen haben (vgl. EHRENSTRASSER 2006: 8).

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die heutige Diskussion über Nachhaltigkeit oder „sustainable development“ zu sehr von den Industrieländer geprägt wird und zu wenig das Wirtschafts- und Konsumverhalten der einzelnen Nationen hinterfragt wird.

Aus diesem Umstand heraus entstand das Übertragbarkeitskriterium, ein weiterer Eckpfeiler des Nachhaltigkeitskonzepts. Dem zufolge agiert eine Gesellschaft nur dann nachhaltig, wenn ihr Lebensstil sowohl zeitlich als auch geographisch übertragbar ist.

Damit wird einerseits das reziproke Ausspielen ökologischer, sozialer und ökonomischer Ziele vermieden, andererseits werden der gesamtgesellschaftlich enorme Ressourcenverbrauch und das Konsumverhalten der Industrieländer thematisiert (vgl. HOFFMANN et al. 2007: 17).

Ein weiteres und ähnliches Beispiel für ökonomische Nachhaltigkeit nennt der Wissenschaftler Wolfgang SACHS (vgl. SACHS 1999). Er fordert, dass es in den Industrieländern zu einem Wandel von einer Überfluss- zu einer Einflusswirtschaft kommen muss, in der die KonsumentInnen mehr Macht gegenüber den Produzenten haben (vgl. EHRENSTRASSER 2006: 10). Umweltbewusste Konsumstile könnten Druck auf Anbieter bzw. Produzenten auslösen. Zudem meint er, dass ein nachhaltiger Konsum bzw. ein nachhaltiger Lebensstil Sparsamkeit und Regionalorientierung beinhalten müsste, ein Bereich, der in Folge anhand eines nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozesses thematisiert wird.

3. Internationale Bestrebungen

3.1. Die Entstehung eines nachhaltigen Leitbildes

Anhand der Beschreibungen von verschiedenen Institutionen, Umweltkonferenzen und Diskursen will ich aufzeigen, wie sich die Umweltpolitik bzw. später eine nachhaltige Entwicklung auf internationaler Ebene herauskristallisiert hat, um dann wieder lokal zu wirken. Diverse Institutionen in Skandinavien arbeiteten bereits sehr früh in Umweltbelangen, eine Umweltpolitik im globalen Kontext mit internationalen grenzüberschreitenden Initiativen und Bestrebungen gab es aber erst ab den 1960er Jahren (vgl. WENDLER 2006: 14).

Erste Ansätze eines internationalen Vorgehen zum Schutz der Umwelt zeigten sich jedoch bereits am Beginn des 20. Jahrhunderts.⁷ Verschiedene Quellen datieren den Anfang der Geschichte des internationalen Naturschutzes auf das Jahr 1872, als durch den Beschluss des amerikanischen Kongresses der Yellowstone National Park gegründet und dadurch eine weltweite Errichtung von Schutzgebieten eingeleitet wurde (vgl. www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de (4)).

Bis in die 1960er Jahre beschränkte sich das politische Handeln auf regionale Umweltbelastungen oder Probleme in abgeschlossenen Reservaten. Erst zu Beginn der 1970er wurde durch die Publikation der Studie „Grenzen des Wachstums“ vom Club of Rome die Umweltfrage globalisiert und der Sorge um die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen Rechnung getragen. Durch diesen Bericht wurde auch einer breiteren Öffentlichkeit bewusst, dass dem Wachstum Grenzen gesetzt sind.

3.2. Club of Rome

Der „Club of Rome“ wurde 1968 in Rom gegründet und setzt sich aus bedeutenden Persönlichkeiten der Wissenschaft, des Ökologiebereichs, der Wirtschaft und der Kultur zusammen.

Der Zusammenschluss beschreibt sich selbst als eine nicht–profitorientierte nichtstaatliche Organisation, als eine Denkfabrik und ein Zentrum für Forschung und

⁷ Die erste internationale Konferenz für Vogelschutz fand beispielsweise bereits 1911 in Paris statt (vgl. www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de (3)).

Handeln, für Innovation und Initiativen (vgl. www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de (5)). Die Studie des Club of Rome, „Grenzen des Wachstums“ („Limits to Growth“), die als eine der ersten Studien zur nachhaltigen Entwicklung gilt, basierte auf dem Modell der „Dynamik komplexer Systeme“ einer homogenen Welt. Anhand eines vereinfachten Computersimulationsmodells wurden eine Reihe von Szenarien durchgespielt, in denen die Wechselwirkungen zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Bereichen berücksichtigt wurden. Das Ergebnis:

„Die Menschheit geht einer ökologischen Katastrophe entgegen, wenn nicht ein weltweites Null-Wachstum bei der Bevölkerung und der Industriellen Produktion erreicht wird. Ein Gleichgewichtszustand des Weltsystems könnte optimal herbeigeführt werden, wenn das Wachstum der Bevölkerung bis 1975 und das der Industriellen Produktion bis 1990 gestoppt würden.“ (NOHLEN 2002: 164)

Der vereinfachte Bericht, der auf dem Modell einer homogenen Welt basierte und zwar die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Ebenen erkannte aber nicht auf unterschiedliche regionale Gegebenheiten einging, wurde häufig kritisiert.

Dennoch war er ausschlaggebend für den Beginn eines internationalen Diskurses und er vergegenwärtigte einer breiteren Masse, dass es zu weltweiten Krisenzuständen kommen wird, wenn die Tendenzen wie beschleunigtes Wachstum der Bevölkerung, Steigerung der Produktion und der Verbrauch an Ressourcen weiter bestehen. Für eine Verbesserung der Situation seien aufeinander abgestimmte internationale Maßnahmen in Form von politischen und institutionellen Prozessen auf allen Ebenen erforderlich. Weiters wird festgehalten, dass ein weltweiter Gleichgewichtszustand anzustreben sei und die Verhältnisse in den Entwicklungsländern verbessert werden müssen. Die Hauptverantwortung liege bei den Industrienationen, da diese den Gedanken eines immer währenden Wirtschaftswachstum erzeugt haben.

Trotz fortlaufender Publikationen, ist der erste Bericht des Clubs die häufigste und essentiellste Referenz.

Eine Reaktion seitens der sogenannten Dritte Welt Länder, die sich durch diese Studie und mögliche zukünftige Maßnahmen in ihrer Entwicklung gefährdet sahen, folgte bald darauf.

Das Bariloche-Modell, benannt nach der forschungsfördernden Stiftung Bariloche in Argentinien, stellte das Gegenkonzept der Entwicklungsländer zum Bericht des Club of Rome dar. Anstatt der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen stellte dieses Modell die „Grenzen des Elends“ in den Mittelpunkt (vgl. NOHLEN 2002: 95).

„Die Ursachen lägen...nicht in den physischen Grenzen der Erde, sondern seien sozioökonomischer und politischer Natur, beruhten auf ungleicher Machtverteilung und seien folglich überwindbar.“ (NOHLEN 2002: 95)

Darüber hinaus wurde von der Stiftung die Verknappungsannahme aller Weltrohstoffe widerlegt, die Wachstumspolitik solle sich stattdessen an die Grundbedürfnisse der Bevölkerung in den Entwicklungsländern richten.

3.3. Vor der Umweltkonferenz von Stockholm

Damit es überhaupt zu einer ersten globalen Umweltkonferenz kommen konnte, musste das Konferenzsekretariat mit ihrem Vorsitzenden Maurice Strong die Entwicklungsländer zu einer Teilnahme motivieren.

„Die Umweltproblematik wurde im Süden nur mit den Folgen industrieller Produktion in Zusammenhang gebracht und damit als alleiniges Problem der Industrieländer angesehen.“ (MISSBACH 1999: 104)

Die Entwicklungsländer nahmen für eine positive Wirtschaftsentwicklung und eine Verringerung der Arbeitslosenrate die Umweltverschmutzung in Kauf. Die politischen Bemühungen der westlichen Industrieländer um ein internationales Vorgehen zugunsten des Umweltschutzes wurden als Versuch gewertet, deren industrielle Entwicklung zu dämmen.

Das Interesse an Umwelt und Entwicklung und an einer Teilnahme bei einer internationalen Konferenz der Entwicklungsländer konnte der Founex–Bericht wecken, der 1971 in der Vorbereitungskonferenz von ExpertInnen erstellt wurde und als wichtiges entwicklungspolitisches Dokument für eine globale Umweltpolitik galt. Die VertreterInnen aus den Entwicklungsländern und Industrieländern gaben ihre unterschiedlichen Meinungen zur Umweltproblematik kund.

„Umweltbelange sollten demnach kein Hindernis für die Entwicklung bedeuten, sondern sie sollten vielmehr einen Teil des Entwicklungsprozesses ausmachen.“ (WENDLER 2006: 16)

Mit Hilfe des Ecodevelopment–Ansatzes, eines Vorläufers nachhaltiger Entwicklung, sollte eine ökologisch verträgliche Entwicklung in den Ländern des Südens stattfinden. Das Konzept integrierte frühzeitig ökologische, ökonomische und soziale Dimensionen und thematisierte unterschiedliche Macht-, Interessens- und Verteilungsfragen. Eine

weitere Idee dieses Ansatzes war der Technologietransfer von den Industrieländern zu den Entwicklungsländern. Damit trug der Ecodevelopment-Ansatz entscheidend zu einer globalen politischen Debatte in Umweltfragen bei. Aus der Sicht der Entwicklungsländer war das Umweltproblem hauptsächlich auf die Unterentwicklung und Armut zurückzuführen.

„Während Umweltprobleme in den Industrieländern durch industrielle Produktionsverfahren, Kostenstrukturen und Handelsbeziehungen verursacht würden, sei das entscheidende Umweltproblem der Entwicklungsländer ihre Armut.“

(MISSBACH 1999: 105)

Die Bekämpfung der Armut wurde hiermit zum Entwicklungs- und Umweltthema, das man zu einem untrennbaren Komplex festschrieb. Auch die Frage der Souveränität wurde geklärt, indem den Entwicklungsländern die Kompetenz zugesprochen wurde, über deren Umweltstandards selbst zu entscheiden. Diese Entscheidungen waren essentielle Schritte, um die Interessen aller Länder zu wecken und die Teilnahme der Entwicklungsländer an der 1972 stattfindenden Umweltkonferenz in Stockholm zu garantieren. Die Thesen des Club of Rome, eine vereinfachte Behandlung des Umweltproblems in Form eines Weltmodells, wurden als Grundlage politischer Entscheidungen in Stockholm abgelehnt (vgl. WENDLER 2006: 16).

Durch die Überzahl der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern wurden die Interessen der InitiatorInnen, nämlich der Industrienationen, immer mehr zurück gedrängt und den entwicklungspolitischen Themen kam mehr Bedeutung zu.

3.4. Welt – Umweltkonferenz in Stockholm 1972

Die UNO – Weltkonferenz über die menschliche Umwelt im Jahr 1972 in Stockholm war die erste UNO – Weltkonferenz zu diesem Thema überhaupt. Es wurde die United Nations Conference on the Human Environment (UNHCE) einberufen. An die 1.200 VertreterInnen aus 112 Staaten und 400 TeilnehmerInnen aus dem nicht-staatlichen Sektor nahmen an dieser Konferenz, die unter dem Motto „Only one Earth“ stand, teil. Die zentralen Themen waren Umwelt und Entwicklung, jedoch hatten die Verantwortlichen der Entwicklungsländer wie schon in den Jahren zuvor eine andere Vorstellung von den Gründen der Wachstumsgrenzen. Diese wiesen darauf hin, dass

die Umweltproblematik in der Dritten Welt hauptsächlich auf Hunger und Elend zurückzuführen sei.

„Die Entwicklungsländer befürchteten eine durch die ökologischen Grenzen des Wachstums begründete Verringerung der Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Volkswirtschaft und wandten sich deshalb gegen die von Wissenschaftlern in die Debatte geworfenen Vorstellungen von Nullwachstum und qualifiziertem Wachstum.“
(NOHLEN 2002: 882)

Diesen Befürchtungen sollte eine Deklaration der Konferenz der Vereinten Nationen Abhilfe schaffen, die besagt, dass der Umweltschutz aller Staaten das Entwicklungspotential der Entwicklungsländer nicht negativ beeinflussen, sowie bessere Lebensbedingungen für alle erreicht werden soll. Die gemeinsam erarbeitete Deklaration von Stockholm enthielt 26 Prinzipien für Umwelt und Entwicklung, 109 Handlungsempfehlungen für die Umsetzung derselben und einen Aktionsplan.

„Diese Kooperation verlange einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Natur und seinen natürlichen Ressourcen, der Mensch hat nicht nur ein Grundrecht auf angemessene Lebensbedingungen, sondern auch die Pflicht, Umwelt und Ressourcen für gegenwärtige und zukünftige Generationen zu erhalten (Grundsätze 1-3).“
(HIGARTSBERGER 1999: 15)

Der Aktionsplan besteht unter anderem aus dem globalen Erdbeobachtungssystem „Earthwatch“, das dem Monitoring und der Bewertung der globalen Umwelt dient.

„Earthwatch“ stellt den Rahmen für das UN–System bei der Integration seiner Aktivitäten in der Umweltbeobachtung und Bewertung und wird vom UN–Umweltprogramm UNEP geführt. Die Aufgaben von „Earthwatch“ sind das Koordinieren diverser Aktivitäten, das Bewerten von UN–Berichten, die Früherkennung von aufkommenden grenzüberschreitenden Problemen und das Sicherstellen von sozio–ökonomischen Informationen für eine nachhaltige Entwicklung.

Das auffallendste Ergebnis der Umweltkonferenz in Stockholm war die Gründung des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme – UNEP), das wesentlich zu Erstellung der „World Conservation Strategy“, veröffentlicht 1980, beigetragen hat. Die UNEP hat sich mitunter zur Aufgabe gemacht, die umweltrelevanten Tätigkeiten aller UNO–Organisationen zu koordinieren und nachhaltige Entwicklung durch geeignete Umweltpraktiken zu unterstützen (vgl. NOHLEN: 831). Ihr Sitz in Nairobi/Kenia unterstreicht einen weiteren Schwerpunkt, nämlich die Unterstützung Afrikas in allen entwicklungsrelevanten Fragen.

Auch wenn auf der Umweltkonferenz in Stockholm erstmals Umwelt und Entwicklung nicht dissoziativ voneinander betrachtet wurden und das Medienecho groß war, die tieferen Kontexte und gegenseitigen Abhängigkeiten der Umweltprobleme sowie die Interessen der Entwicklungsländer wurden nicht berücksichtigt. Darüber hinaus kam es trotz Vorbereitungen im Vorfeld zu keinen rechtlich bindenden Verpflichtungen für die Staaten (vgl. MISSBACH 1999: 106).

Die Ziele, die man sich gesetzt hatte, wurden nicht erreicht, im Gegenteil, es wurden später negative Entwicklungen in einzelnen Bereichen festgestellt.

„Im Mai 1982 wurde von der UN – Generalversammlung eine Sondersitzung des Regierungsrates von UNEP in Nairobi einberufen, die darauf hinwies, dass die grundlegenden Ziele von Stockholm nicht erreicht wurden und die Situation der Umwelt in allen Bereichen sich weltweit verschlechtert hat.“ (NOHLEN 2002: 882)

Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die Wirtschafts- und Zivilisationsmodelle der Industrienationen auf dem kontinuierlichen Wachstum zu Lasten der ökologischen und sozialen Dimension basierten. Tiefgreifende Veränderungen konnten noch nicht erreicht werden.

3.5. Der Brundtland – Bericht

Eine weitere Kontroverse in der Ökologie bzw. Entwicklungsdebatte stellt der Brundtland – Bericht dar. Im Herbst 1983 wurde auf Beschluss der UN– Vollversammlung und durch den zuvor getätigten Aufruf des UNEP die „World Commission on Environment and Development“, besser bekannt unter dem Namen „Brundtland–Kommission“, gebildet.

Das Besondere an diesem Zusammenschluss war, dass die unabhängige UN– Sonderkommission unter dem Vorsitz der Norwegerin Gro Harlem Brundtland eine starke Beteiligung von VertreterInnen aus Entwicklungsländern vorzuweisen hatte. Von 22 Mitgliedern aus 21 Staaten kamen nur neun aus Industrieländern.

Der kommissionelle Bericht „Our Common Future“ folgte im April 1987.

Die beiden zentralen Begriffe in diesem Bericht waren „neues Wachstum“ und „dauerhafte Entwicklung“. Der Terminus „dauerhafte Entwicklung“ wurde dabei als ein

Entwicklungsweg bzw. Wachstumsprozess definiert, der die Handlungsmöglichkeiten kommender Generationen nicht schon heute einschränkt⁸.

Der Bericht ist bemüht, ökologische, wirtschaftliche und soziale Probleme notwendigerweise in eine integrative Betrachtungsweise zu stellen und diverse Agglomerationen von Umwelt- und Gesellschaftsproblemen sowie Entwicklungen nicht differenziert, sondern als Einheit zu betrachten, die reziprok abhängig sind. Die Kommission erkennt beispielsweise die starke globale Vernetzung des Ökosystems und dass verursachte Umweltschäden in ihren Folgen nicht auf den Norden oder Süden begrenzt bleiben.

Ferner kommt man zur Überzeugung, dass der Grund und die Hauptursache für die Umweltzerstörung der Raubbau der Entwicklungsländer an den natürlichen Lebensgrundlagen ist. Deshalb stellt ein Ziel die Lösung der Verschuldungskrise dar. Durch die steigende Armut in den Ländern des Südens verstärkt sich der Druck auf die natürlichen Ressourcen, da die Menschen immer mehr in direkte Abhängigkeit dieser Ressourcen geraten.

Zusammenfassend hat der Brundtland – Report die Lösungen nicht mehr nur im bloßen Umweltschutz gesucht, sondern hat den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklungsproblematik verlagert. Er fordert ein qualitatives zukunftsverträgliches Entwicklungsmodell anstatt einer bisherig expansiv und quantitativ geführten Wirtschaftspolitik und trägt damit zu einem Paradigmenwechsel bei.

„Den Weg einer nachhaltigen Entwicklung können wir also nur gehen, wenn wir nach Kompetenzen handeln, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Belange auf Dauer in Einklang bringen.“ (KOLLMANN et al. 2003: 42)

Kritisiert wurde der Bericht jedoch, weil er zur Lösung der beschriebenen Probleme lediglich den technischen und ökonomischen Fortschritt im Sinne einer ökologischen Ökonomie heranzog. Sozio-kulturelle Unterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im Umgang mit knappen Ressourcen wurden völlig ausgeblendet und die Modernisierung von traditionellen Gesellschaften nach westlichem Vorbild wurde nicht hinterfragt. Damit wurde weiterhin ein immer währendes Wachstum angestrebt, für das lediglich neue Innovationen und Techniken erforderlich sind. Die sozialen Belange bzw. Fragen der Entwicklung wurden so gut wie gar nicht näher ausgeführt. Der Schwerpunkt war weiter im ökonomischen Bereich situiert, eine

⁸ Vgl. Kapitel 2.

Kursänderung in der Wirtschaftspolitik und ein stärkeres Umweltbewusstsein lagen daher in weiter Ferne.

3.6. Der Brandt – Report

Willy Brandt, Vorsitzender der unabhängigen, für internationale Entwicklungsfragen zuständigen, Nord–Süd Kommission, schreibt im Vorwort des Berichts, der 1980 erschien:

„Unser Bericht gründet sich auf das wohl einfachste gemeinsame Interesse: Dass die Menschheit überleben will und - wie man hinzufügen könnte - auch die moralische Pflicht zum Überleben hat. Dies wirft nicht nur die klassischen Fragen nach Krieg und Frieden auf, sondern schließt auch ein, wie man den Hunger in der Welt besiegt, wie man das Massenelend überwindet und die herausfordernden Ungleichheiten in den Lebensbedingungen zwischen Reichen und Armen. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Dieser Bericht handelt vom Frieden.“ (INDEPENDENT COMMISSION ON INTERNATIONAL DEVELOPMENT ISSUES 1981: 7)

Mit diesem Bericht, an dem auch VertreterInnen aus Entwicklungsländern mitgearbeitet haben, hätte eine Wende in der internationalen Umweltpolitik eingeleitet werden können. Anders als beim Brundtland – Bericht sind die Forderungen im Brandt–Bericht viel klarer und definierter.

Die Kommission stellte sich zur Aufgabe, einvernehmliche Lösungen zwischen Nord und Süd zu den Problemen wie Armut, steigende Verschuldung, Protektionismus, zunehmende Gefährdung der Umwelt und Wettlauf um Energie und Rohstoffe zu finden (vgl. NOHLEN 2002: 127).

Die Nord – Süd-Kommission verlangt die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft. Dem Ernährungsproblem, dem Bevölkerungswachstum, der wachsenden Umweltproblematik und der Ressourcenknappheit sollen eine gezielte Erhöhung der Entwicklungshilfe, eine internationale Energiestrategie und ein weltumspannendes Nahrungsmittelprogramm entgegenwirken.

Darüber hinaus soll durch eine Handelsliberalisierung, durch den Abbau des Protektionismus sowie eine Mitsprache im Rohstoffhandel den Ländern im Süden ermöglicht werden, ihre Armut zu bekämpfen und die Exportkapazitäten zu erhöhen.

Obwohl die teils visionären Ergebnisse in der Öffentlichkeit breit diskutiert wurden und auch Einzug in Parlamentsdebatten hielten, blieben sie bis heute unverwirklicht. Überdies kam von den Ländern des Südens die Kritik, dass der Bericht zu sehr Wert auf externe Entwicklungshilfe lege und durch den Transfer von Ressourcen und Geldern die Abhängigkeit zu den Industrienationen noch größer werden würde. Die internen Entwicklungshemmnisse in den Entwicklungsländern und die eigenen Anstrengungen und Reformen dürfen dabei nicht außer Acht gelassen werden (vgl. NOHLEN 2002).

3.7. Welt – Umweltkonferenz in Rio 1992

Der Bericht der Brundtland – Kommission und eine Reihe von Vorkonferenzen⁹ machten deutlich, dass ein grundlegender Kurswechsel in der globalen Umweltpolitik und damit dringender Handlungsbedarf unumgänglich seien. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, das immense Bevölkerungswachstum und ein rücksichtsloses Konsumverhalten sollten einer dauerhaften und zukunftsverträglichen Entwicklung weichen. Diesen Forderungen und Vorschlägen mussten auch international verbindliche Verträge und Konventionen folgen.

Zwanzig Jahre nach Stockholm fand 1992 in Rio de Janeiro, Brasilien, die zweite und bisher größte internationale Weltgipfelkonferenz statt. Die UN–Konferenz über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Ecology and Development bzw. UNCED) wurde von vielen ExpertInnen als letzte Chance gesehen, die globalen ökologischen Probleme in den Griff zu bekommen. Eigentliches Ziel war die Festlegung konkreter, verbindlicher Schritte zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit (vgl. NOHLEN 2002: 882). Eingebettet waren diese Ideen in das Konzept des „sustainable development“ bzw. der nachhaltigen Entwicklung.

Die UNCED verabschiedete verschiedene Dokumente, die wenigsten enthalten jedoch verbindliche Richtlinien, was vor allem auf die Politik der USA, die sich der Festschreibung konkreter Maßnahmen widersetzte, zurück zu führen ist. Die kompromisslose Haltung der US–Regierung distanzierte sie von der EG, dem Vorläufer der EU, brachte ihr, was Umweltfragen betrifft, eine internationale Isolation und war ausschlaggebend für die Minimalkonsense, die auf der Konferenz erzielt werden

⁹ Bei der ersten der vier Vorkonferenzen, die 1990 in Nairobi stattfand, nahm die Agenda 21 erste Formen an.

konnten. Problematisch waren außerdem die Meinungsverschiedenheiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

„At Rio there were differences between Northern and Southern countries over the key problems (for the industrialized countries, global atmospheric change and tropical deforestation; for unindustrialized countries, poverty and the problems that flow from it),...” (ADAMS 2002: 416)

Hervorgegangen ist aus dieser Konferenz unter anderem die “Rio–Deklaration”, die 27 Prinzipien für eine Grundlegung der ökologischen Rechte und Pflichten der Menschheit enthält (vgl. NOHLEN 2002: 882). Statt der beabsichtigten völkerrechtlichen Verbindlichkeiten kam es bei vielen Themen lediglich zu Absichtserklärungen.

Völkerrechtlich verbindlich wurden hingegen die Klimaschutzkonvention, mit der sich die Staaten, jedoch ohne zeitlichen Rahmen, verpflichteten, die Treibhausgase weltweit auf den Stand von 1990 zurückzuführen und die Konvention gegen die Abnahme der Biodiversität. Letztere wurde jedoch von den USA abgelehnt.

Durchwegs als Erfolge kann man die Schaffung der „Commission on Sustainable Development“ (UNCSD) und die Erstellung der Agenda 21 bezeichnen. Die Kommission hat eine Kontrollfunktion bei der Implementierung internationaler Umwelt- bzw. Entwicklungsvereinbarungen und verfasst jährlich einen Bericht.

Die Agenda 21, deren Relevanz im lokalen Raum in dieser Arbeit hervorgehoben wird, ist ein umfangreicher Aktionsplan, der Fragen der Umwelt-, Sozial- und Entwicklungspolitik aufwirft und als Orientierung nachhaltiger Strategien auf lokaler und nationaler Ebene gilt.

Neben rund 150 Staaten hat auch Österreich dieses Aktionsprogramm verabschiedet und sich so für eine nachhaltige Entwicklung in allen Politikbereichen entschieden.

Es besteht aus 40 Kapiteln, die in die Schwerpunkte „Soziales und Wirtschaft“, „Erhaltung und Bewirtschaftung von Ressourcen“, „Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen“ und „Möglichkeiten der Umsetzung“ unterteilt sind¹⁰

(vgl. HIGARTSBERGER 1999: 28).

„Die Konferenz war ausschlaggebend für die Verbreitung des Begriffs „Nachhaltigkeit“ unter dem Aspekt der gleichzeitigen Betrachtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension.“ (EHRENSTRASSER 2006: 3)

¹⁰ Eine genauere Übersicht über die einzelnen Kapitel liefert die Diplomarbeit von Michaela Higartsberger..

Positiv zu bemerken sind die erstmalige Miteinbeziehung von Nichtregierungsorganisationen in die Konferenz, auch wenn deren Mitspracherecht sehr eingeschränkt war und die enorme Medienpräsenz, die dem Umweltschutz gewidmet wurde. Als gänzlicher Erfolg kann die Weltumweltkonferenz jedoch nicht gesehen werden, sie war lediglich ein Schritt in die richtige Richtung.

Dafür gab es zu viele enttäuschende Ergebnisse, wie etwa beim Klimaschutz oder der seitens der Industrieländer verweigerte Kapital- und Technologietransfer.

Die Entwicklungsländer wollten eine Entschädigung dafür, dass ihre industrielle Produktion nun, anders als damals bei den Industrieländern, verpflichtend umweltschonend sein sollte. Die benachteiligten Länder verfügten darüber hinaus nicht über das nötige Know-How bezüglich internationaler Umweltstandards.

Trotz allem ist die Agenda 21 der erste weltweit unternommene Versuch, Nachhaltigkeit als Entwicklungsstrategie in sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereichen umzusetzen.

„Mit dem Annehmen der Agenda 21 erkannten die Industrieländer ihre Rolle beim Umweltschutz an, die eine größere als die der Entwicklungsländer ist.“ (HILLBRAND 1997: 43)

3.8. Welt – Umweltkonferenz in Johannesburg (Rio +10)

Die dritte und bis heute letzte UN – Weltumweltkonferenz fand zehn Jahre nach Rio 2002 in Johannesburg statt.

„Ziel des in Johannesburg verabschiedeten Aktionsprogramms ist die wirksame Umsetzung der bereits in Rio vereinbarten Agenda 21.“ (NOHLEN 2002: 440)

Wie schon in den vergangenen Dekaden waren die getroffenen Vereinbarungen meist unverbindlich, die Inhalte des Aktionsplans waren lediglich Handlungsvorschläge.

Die wichtigsten Themen der Konferenz waren die Verbesserung der sanitären Versorgung der Ärmsten, der Schutz der biologischen Artenvielfalt, der Klimaschutz und der Abbau von chemischen Schadstoffen.

Die bisher größte UN – Konferenz mit ca. 40.000 TeilnehmerInnen konnte kaum Erfolge verbuchen und wurde aufgrund der ungeheuren Größe heftigst kritisiert und hinterfragt.

Unterschiedliche Meinungen und Einstellungen hätten auf themen- und regionsspezifischen Konferenzen viel einfacher auf einen Nenner gebracht werden können.

Im Rahmen der Vorbereitung für den Gipfel in Johannesburg im April 2002 wurde unter dem Titel „Österreichs Zukunft nachhaltig gestalten“ auch die österreichische Strategie für eine nachhaltige Entwicklung¹¹ vom Ministerrat beschlossen (vgl. KOLLMANN et al. 2003: 46).

3.9. ICLEI

„Ein Knotenpunkt, an dem etliche lokale Initiativen aus allen Teilen der Welt zusammenlaufen, stellt der Internationale Rat für Kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) dar...“ (HIGARTSBERGER 1999: 30)

Der ICLEI (International Council for Local Environmental Initiatives – Local Governments for Sustainability) versteht sich selbst als Kommunalverband, als Zusammenschluss von Städten, Gemeinden, Kreisen, Stadtumland-Verbänden und Regionen aus aller Welt.

Dieser wurde 1990 während des “World Congress of Local Governments for a Sustainable Future” von über 43 nationalen Regierungen in New York gegründet.

Der Zusammenschluss ist außerdem der Netzwerkbildung und der Koordination dienlich und arbeitet als internationale Umweltagentur der Kommunen.

Auf der europäischen Website werden Mitglieder- und Informationsdienste angeboten, darunter auch einige Themen wie Lokale Agenda 21, Klimaschutz, Umweltmanagement und laufende Programme und Kampagnen.

Jedoch arbeiten nicht alle lokale Initiativen im Bereich der Lokalen Agenda 21 unter der Schirmherrschaft des ICLEI, viele Projekte sind ohne ICLEI – Mitgliedschaft nachhaltig tätig. Eines der größten in Europa ist die Charta von Aalborg, die im nächsten Kapitel näher erklärt werden soll. Auch die Gemeinde 21¹², die auf Gemeindeebene Nachhaltigkeitsprozesse in Niederösterreich initiieren will, hat diese Charta als Leitidee.

¹¹ Die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie wird im Kapitel 4.6. näher erläutert.

¹² Die Gemeinde 21, eine Institution des Landes Niederösterreich, die nachhaltige Entwicklung in den Gemeinden fördert, wird im Kapitel 4.10. vorgestellt.

3.9.1. Charta von Aalborg

Die erste „Europäische Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden“ fand 1994 in Zusammenarbeit mit der europäischen Kommission und dem ICLEI in der dänischen Stadt Aalborg statt. Über 600 VertreterInnen hatten sich zum Ziel gesetzt, die Ideen der Lokalen Agenda 21 in Form von realen Prozessen in Europa in die Praxis umzusetzen.

„Mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg verpflichten sich die Städte und Gemeinden, in einen Lokalen Agenda–Prozess einzutreten, das heißt ein langfristiges Handlungsprogramm mit dem Ziel der Zukunftsbeständigkeit zu entwerfen.“ (vgl. HIGARTSBERGER 1999: 33)

Die Charta greift die Probleme und Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung auf und verweist auf die Verantwortung der Gemeinden, die damit zu SchlüsselakteurInnen einer nachhaltigen Zukunftsentwicklung werden.

Der erste Teil der Charta besteht aus einer Konsenserklärung zur Initiierung von nachhaltigen Entwicklungsplänen auf lokaler Ebene. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Gemeinden im Sinne des Subsidiaritätsprinzips das Recht auf kommunale Selbstverwaltung haben, mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet sind und über eine gute finanzielle Grundlage verfügen.¹³

Im zweiten Teil erklären sich die UnterzeichnerInnen bereit, die Aktivitäten des Netzwerks aktiv mitzutragen und im dritten Teil ist der Aufruf an alle lokalen EntscheidungsträgerInnen enthalten, einen Lokalen Agenda 21 – Prozess zu starten. Am offiziellen Schreiben ist zu erkennen, dass bereits dringender Handlungsbedarf identifiziert wurde. So heißt es im ersten Teil der Charta:

„Wir haben erkannt, dass der heutige hohe Pro–Kopf–Verbrauch von Ressourcen in den Industrienationen nicht für alle jetzt lebenden Menschen, ganz zu schweigen von künftigen Generationen, möglich ist, ohne das natürliche Kapital zu zerstören.“
(www.sustainablecities.net/ (1))

Mit der Unterzeichnung dieser Charta verpflichteten sich die Mitglieder, auch einen bottom–up–Ansatz zu verfolgen, eine nachhaltige Entwicklung, getragen von der Bevölkerung, die dort lebt, unter Einbeziehung aller Gesellschaftsformen. Wie bereits in der Lokalen Agenda 21, gesteht man in diesem Dokument den Kommunen eine große Bedeutung zu.

¹³ Vgl. hierzu die Kapitel I.12 und I.14 der Charta von Aalborg

„Die Kommunalverwaltung ist dort angesiedelt, wo die Umweltprobleme wahrgenommen werden, sie ist die bürgernaheste Ebene und trägt gemeinsam mit Regierungen und Verwaltungen auf allen Ebenen Verantwortung für das Wohl von Mensch und Natur.“ (www.sustainablecities.net/ (2))

Um eine Zukunftsbeständigkeit zu sichern, bemühen sich die UnterzeichnerInnen, ihren Lebensstandard der Tragfähigkeit der natürlichen Umwelt anzugleichen. In diesem Zusammenhang verfolgt man auch hier eine ganzheitliche, vernetzte Denk- und Handlungsweise. Eine nachhaltige Nutzung der Umwelt erfordert soziale Gerechtigkeit und zukunftsbeständige Wirtschaftssysteme. Damit ist gemeint, dass beim Wirtschaften die Verbraucherrate der natürlichen Ressourcen nicht höher sein sollte als die Neubildungsrate und:

„[...]dass nicht-erneuerbare Ressourcen nicht schneller verbraucht werden, als sie durch dauerhafte, erneuerbare Ressourcen ersetzt werden können.“

(www.sustainablecities.net/ (3))

Darüber hinaus werden unter Zukunftsbeständigkeit auch der Schutz der Artenvielfalt und die Qualitätssicherung von Luft, Wasser und Boden subsumiert. Die kommunalen und prozessualen Strategien, die diese Leitfäden umsetzen sollen, müssen ortsangepasst bzw. an den lokalen Raum angepasst sein.

1996 wurde in Lissabon die zweite Europäische Konferenz zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden abgehalten.

„Während also die zweijährige Anlaufphase seit der Verabschiedung der Aalborg Charta der Verbreitung der Idee kommunaler Zukunftsbeständigkeit diente, lag der Schwerpunkt dieser Konferenz nun auf der Umsetzung der formulierten Grundsätze.“

(KOLLMANN et al. 2003: 45)

Die dritte Europäische Konferenz fand 2000 in Hannover, Deutschland, statt. Die wichtigsten Themen dabei waren die Zusammenarbeit mit den Kommunen in Mittel- und Osteuropa sowie neue Kommunikationsmodelle zwischen den Gemeinden, dem privaten Sektor und BürgerInnengruppen.

3.9.2. Aalborg Commitments

Aufbauend auf die Charta wurden 2004 auf der Konferenz Aalborg +10 die Aalborg Commitments beschlossen, die zehn Jahre danach die kommunalen Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung stärken und revitalisieren sollten.

„Unsere kommunale Ebene hat tagtäglich den engsten Kontakt zu den Bürgern Europas, und wir haben die einzigartige Gelegenheit, individuelles Verhalten im Sinne der Zukunftsbeständigkeit durch Bildung und Stärkung des Bewusstseins zu beeinflussen.“ (www.aalborgplus10.dk)

Die Verkörperung eines ganzheitlichen Ansatzes stellen zehn Schwerpunktthemen dar, die gleichzeitig als Werkzeug und Spielraum für die lokale Praxis dienen. Die zehn Themen der Aalborg – Commitments:

1. Governance – gute Regierungs- und Verwaltungsführung
2. Lokales Management für Zukunftsbeständigkeit
3. Natürliche Gemeinschaftsgüter
4. Verantwortungsvoller Konsum und Lebensweise
5. Kommunalplanung und Kommunalentwicklung
6. Verbesserte Mobilität, weniger Verkehr
7. Kommunale gesundheitsfördernde Maßnahmen
8. Dynamische und nachhaltige lokale Wirtschaft
9. Soziale Gerechtigkeit
10. Von lokal zu global (Amt der NÖ Landesregierung 2006: 2)

Der letzte Punkt der Schwerpunktthemen macht die reziproke Abhängigkeit zwischen lokal und global deutlich. Es wird nach globalen Konsensen und Lösungen zur Umweltproblematik gesucht, die lokal wirken sollen, um dann wiederum globale Veränderungen zu erzielen.

Bei der Unterzeichnung der Aalborg Commitments und der Entscheidung für eine lokale Initiierung erklären sich die Gemeinden bereit, innerhalb von zwei Jahren klare qualitative und quantitative Ziele zu formulieren um diese anschließend aktiv umzusetzen.

Außerdem stellt die Kampagne für zukunftsbeständige Städte und Gemeinden¹⁴ in regelmäßigen Abständen Informationen und Ergebnisse betreffend ihrer Zielerreichung zur Verfügung.

Unter dem Motto „The spirit of Sevilla“ tagte 2007 in der spanischen Stadt die bisher letzte europäische Konferenz. 1.500 VertreterInnen aus allen Mitgliedstaaten aber auch außereuropäische AkteurInnen nahmen sich dem Thema Nachhaltigkeit an.

Zentrale Inhalte waren die Umsetzung der Aalborg Commitments, die Miteinbeziehung einer breiten Bevölkerung sowie Nachhaltigkeitsansätze für den lokalen Raum.

Im Juni 2006 verabschiedete der Europäische Rat die EU–Nachhaltigkeitsstrategie und bekräftigte damit die Rolle von Lokalen Agenda 21–Prozessen, der Aalborg Charta sowie der Aalborg Commitments. Mittels Monitoring Review ist eine erste europaweite Auswertung für das Jahr 2010 angesetzt.

Ein weltweites Netzwerk stellt das Local Agenda Survey dar, das im folgenden Kapitel beschrieben wird (vgl. HIGARTSBERGER 1999: 92).

3.9.3. Local Agenda Survey

Eine Form von Monitoring führte ICLEI in Kooperation mit dem UN Department for Policy Coordination and Sustainable Development (DPCSD) im Jahre 1997 ein.

Diese Erhebung namens Local Agenda 21 Survey: A Study of Responses by Local Authorities and their National and International Associations to Agenda 21 soll die weltweiten Fortschritte und Entwicklungen der Lokalen Agenda 21–Prozesse untersuchen. Die Analyse achtet dabei sowohl auf qualitative wie auch auf quantitative Aspekte.

Um Zahlen zu bereits laufenden LA–21–Projekten bzw. Prozessen zu erhalten, wurden nationale Regierungen, Entwicklungsbehörden und nationale wie internationale VertreterInnen lokaler bzw. regionaler Einheiten befragt (vgl. HIGARTSBERGER 1999: 92). Bei der Untersuchung qualitativer Aspekte mussten bei den LA-21-Projekten essentielle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung sowie eine entsprechende Planung und Umsetzung berücksichtigt werden. Als Hilfe zum Verifizieren der Prozesse wurde Lokale Agenda 21 definiert als:

¹⁴ Mehr Infos über die europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden siehe www.iclei-europe.org.

„A participatory, multistakeholder process to achieve the goals of Agenda 21 at the local level through the preparation and implementation of a long – term, strategic plan that addresses priority local sustainable development concerns.”

(COMMISSION ON SUSTAINABLE DEVELOPMENT 2002: 6)

4. Agenda 21 und Nachhaltigkeit in Österreich

4.1. Agenda 21 - Die Bedeutung

Das wichtigste Aktionsprogramm für die vorliegende Arbeit ist die in Rio verabschiedete Agenda 21. Hier werden detaillierte Maßnahmen und Handlungsanleitungen von den Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung in Bereichen wie Umwelt, Soziales und Ressourcennutzung dokumentiert. Auch Programme für eine nachhaltige Ausgewogenheit zwischen Konsum, Bevölkerung und Lebenserhaltungskapazität der Erde finden ihre Beachtung. Diese Überlegungen sollen die Bedürfnisse aller Menschen der Gegenwart erfüllen, ohne die Entwicklungsmöglichkeiten der zukünftigen Generationen zu schmälern.

Der Terminus „Agenda“ kommt aus dem Lateinischen, bedeutet „was zu tun ist“ und der Zusatz „21“ bezeichnet den Weg ins 21. Jahrhundert.

Im Kapitel 1.3. der Agenda 21 heißt es:

„Die Agenda 21 ist Ausdruck eines globalen Konsenses und einer politischen Verpflichtung auf höchster Ebene zur Zusammenarbeit im Bereich von Entwicklung und Umwelt.“ (www.agenda21-treffpunkt.de)

Es sind in erster Linie die Regierungen der einzelnen Staaten, die auf nationaler Ebene die Umsetzung dieser nachhaltigen Entwicklung in Form von Strategien, nationalen Umweltplänen und Aktionen planen müssen.

Auch die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen und der breiten Öffentlichkeit muss Einzug finden. Denn Umweltschutz und Nachhaltigkeit beginnen bei den lokalen Kommunen, im kleinsten Rahmen muss ein Umdenken in den Köpfen der Menschen stattfinden. Unter dem Begriff „Kommunen“ verstehe ich in diesem Kontext staatsrechtlich eigenständige Gemeinden oder Städte. Auswirkungen auf den Zustand der Umwelt haben ihren Ausgangspunkt im menschlichen Handeln auf unterster räumlicher Ebene.

„Deshalb muss auch dort die Kompetenz liegen, nach Lösungsmöglichkeiten und Auswegen zu suchen, die den unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Anforderungen entsprechen.“ (HILLBRAND 1997: 44)

Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Staaten und Länder gelegt werden, die im Umbruch begriffen sind und wo sich ein breites Umweltbewusstsein noch nicht durchsetzen konnte.

Wie bereits im Kapitel „Welt – Umweltkonferenz in Rio 1992“ erwähnt, setzt sich ein Abschnitt der Agenda 21 mit der Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen auseinander. Damit sind neue Formen der Partizipation gemeint, eine echte Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen mit Schwerpunktsetzung auf Frauen, Jugendlichen und Nichtregierungsorganisationen, die in die Entscheidungs-, Planungs-, und Umsetzungsprozesse miteingebunden werden sollen. Partizipation kann dabei als lebensraumbezogenes Bedürfnis verstanden werden, da die Gestaltung dieses Lebensraumes vorwiegend zur Befriedigung dieses Bedürfnisses beiträgt (vgl. KOLLMANN et al. 2003: 31). Und:

„Es entscheidet nicht eine Mehrheitsentscheidung, wie eine Lokale Agenda 21 aussehen wird, sondern der Konsens. Das bedeutet, dass ein kontinuierlicher Diskussionsprozess, ein Abwiegen von Argumenten, ein Angleichen von Interessen stattfindet und auch der eine oder andere Kompromiss geschlossen werden muss.“
(HILLBRAND 1997: 49)

4.2. Lokale Agenda 21

Der Brückenschlag zwischen Globalität und Lokalität repräsentiert das Kapitel 28 der Lokalen Agenda 21. Das Kapitel 28, „Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21“, spricht die Aktivitäten und die Mitwirkung der Kommunen an und meint damit die örtliche bzw. lokale Ebene.

„Das in einer Lokalen Agenda 21 aufgestellte Handlungsprogramm soll die kommunale Entwicklung in das 21. Jahrhundert hineintragen und damit konkreten Zielen für eine umweltverträgliche Entwicklung eine Möglichkeit zur Verwirklichung geben.“
(HILLBRAND 1997: 46)

Die Handlungsgrundlage bzw. die Handlungsspielräume der Kommunen zur Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in der nationalen Politik Österreichs werden im nächsten Kapitel, „Lokale Agenda 21 und Nachhaltigkeit in Österreich“, näher erläutert.

Warum die Kommunen eine so entscheidende Rolle in einem Agenda 21 – Prozess spielen, macht der erste Absatz des Kapitels 28 deutlich:

„Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die

kommunale Umweltpolitik und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung.“ (www.nachhaltigkeit.at (1))

Die Ziele eines solchen Prozesses sind unter anderen, dass bis 1996 die Kommunalverwaltungen einzelner Länder mit Einbeziehung ihrer BürgerInnen einen kommunalen Agenda 21 – Prozess initiieren sollen.

Die Lokale Agenda 21 muss dabei als dauerhafter, dynamischer Prozess verstanden werden, anpassungsfähig an die jeweils aktuellen Rahmenbedingungen und Entwicklungen (vgl. RÖSLER 2000: 25). Damit ist nicht nur eine umweltschonende Entwicklung gemeint, sondern die Prioritäten wurden auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowie in der eigenen Ressourcennutzung gesetzt.

Ferner soll ein Konsultationsprozess, dessen Ziel die Intensivierung des Austausches von Informationen und Erfahrungen ist, eine engere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen erleichtern. Durch die Vernetzung zwischen den Kommunen sollen sich kumulative positive Effekte entwickeln, angelehnt an ein übergeordnetes Leitbild. Das primäre Ziel solcher Konsultationsprozesse ist die Konsensfindung.

An diesem Punkt sei erwähnt, dass es bereits vor der Erstellung der Agenda 21 einige Aktivitäten und Initiativen in Österreich gegeben hat, die deren Prinzipien und Grundideen entsprechen. Auch dazu hat man sich im Kapitel 28 geäußert:

„Ein wichtiges Ziel in diesem Zusammenhang wäre, bereits vorhandene Institutionen, die mit der Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen und dem kommunalen Umweltmanagement befasst sind, vermehrt zu fördern, auszubauen und zu verbessern.“ (www.nachhaltigkeit.at (2))

In den Kommunen würde man durch den Kommunikationsprozess zwischen BürgerInnen, Gemeindemitgliedern, Gewerbeorganisationen und Wirtschaft zu der für den lokalen/regionalen Raum am besten geeigneten Strategie gelangen. Und:

„Durch den Konsultationsprozess würde das Bewusstsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft.“ (www.nachhaltigkeit.at (3))

Zusammenfassend muss erwähnt werden, dass hier nicht nur Entwicklungsstrategien zum Tragen kommen, sondern, dass mit der Auseinandersetzung mit der eigenen Umgebung, mit den Schwächen und Stärken der Region ein Identitätsbewusstsein hervorgebracht werden kann.

Inwieweit dies auf Lokale Agenda 21 – Prozesse im Weinviertel zutrifft, werde ich später mittels einer empirischen Studie über eine Gemeinde diskutieren.

Einer der wichtigsten Merkmale eines Lokalen Agenda 21 – Prozesses ist, wie bereits vorher schon einige Male erwähnt, eine breite BürgerInnenbeteiligung.

Wie groß und wie qualitativ die Beteiligung seitens der Bevölkerung an einem nachhaltigen Entscheidungsprozess ist, wird vor allem von der Qualität des Verfahrens abhängen. Inwieweit sich die BürgerInnen an einer Willensbildung beteiligen, hängt auch von der persönlichen Betroffenheit in ihrem unmittelbaren Umfeld, mit dem sie sich identifizieren, ab (vgl. EHRENSTRASSER 2006: 18).

Ist eine breite BürgerInnenbeteiligung und hohe Transparenz für alle Akteure gegeben, wirkt sich das wiederum positiv auf die Akzeptanz und Identifikation mit den Ergebnissen aus. Das Ins Leben rufen eigener Stärken muss und soll an die Topographie angepasste Projekte initiieren.

So wie es weltweit unterschiedliche Verfahren gibt, finden auch im Weinviertel, adaptiert für die jeweilige Gemeinde, verschiedene Lokale Agenda 21 – Prozesse statt. Genauso eigenständig und speziell wie jeder dieser Prozesse sind auch die einzelnen Kommunen, innerhalb derer gegensätzliche Interessen von verschiedenen Gesellschaftsgruppen aufeinander stoßen.

Aus kultur- und sozialanthropologischer Sicht ist es mir äußerst wichtig, nachhaltige Entwicklung nicht nur mit ökologischer Entwicklung gleichzusetzen, sondern mit einer steigenden Lebensqualität, einer angemessenen Sozialpolitik sowie der Förderung regionaler bzw. lokaler Aspekte. Wichtig dabei ist eine ganzheitliche Sichtweise, eine Vernetzung von Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik, da diese Politikfelder eng miteinander verknüpft sind (vgl. HIGARTSBERGER 1999: 62).

4.3. Lokale Agenda 21 in Österreich

Im Jahre 2003 wurde in der Landesumweltreferentenkonferenz die „Gemeinsame Erklärung zur Lokalen Agenda 21 in Österreich“ unterzeichnet. Darin sind zehn Ziele bzw. Maßnahmen einer Lokalen Agenda 21 in Österreich beschrieben¹⁵.

¹⁵ Vgl. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft (2003).

„Die Grundlagen für die "Gemeinsame Erklärung zur Lokalen Agenda 21 in Österreich" bilden die von Österreich mitunterzeichnete, beim Erdgipfel der Vereinten Nationen im Jahr 1992 in Rio de Janeiro formulierte weltweite Agenda 21.“(Akademie für Umwelt und Natur 2009: 1)

1998 starteten dann die ersten Lokalen Agenda 21-Prozesse in Österreich. Momentan laufen 419 Prozesse auf lokaler bzw. Gemeindeebene und 35 auf regionaler Bezirksebene¹⁶. Die Zahlen der aktiv Beteiligten konnten kontinuierlich seit Beginn gesteigert werden. Mittlerweile sind auch in allen Bundesländern eigene Agenda 21-Ansätze und Leitstellen entstanden, wobei noch nicht in allen Evaluierungsergebnisse der bestehenden Nachhaltigkeitsprozesse vorliegen. Neben einer eigenen Internetplattform zu Lokalen Agenda 21-Prozessen¹⁷ in Österreich finden auch regelmäßig Lokale Agenda 21-Gipfelkonferenzen statt. Die Ziele und Programme der Lokalen Agenda 21 sollen auch in eine neue Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes und der Länder (ÖSTRAT) einfließen.

„Die Lokale Agenda 21 soll als Good Governance-Modell für österreichische Gemeinden, Städte und Regionen mit einem besonders auf Qualität und Wirkung ausgerichteten Fokus weiter ausgebaut werden und damit die Bemühungen der Länder und des Bundes für eine Nachhaltige Entwicklung spürbar unterstützen.“
(Akademie für Umwelt und Natur 2009: 2)

Doch um solche Prozesse intensivieren zu können und eine nachhaltige Zukunftsplanung – sozial, ökologisch und ökonomisch – umzusetzen, waren einige Vorarbeiten zu leisten. Der Weg in eine nachhaltige Zukunft in Österreich wurde mit dem Nationalen Umweltplan geebnet, der anschließend vorgestellt wird.

4.4. Der Nationale Umweltplan

Entscheidende Handlungsspielräume, um eine nachhaltige Entwicklung zu initiieren wurden Österreich durch die Erstellung des Nationalen Umweltplans 1995, von mir anschließend kurz NUP genannt, eröffnet.

„Der Nationale Umweltplan soll allen Beteiligten als verbindlicher Orientierungsrahmen dienen und dabei helfen, den erforderlichen Strukturwandel nachhaltig mitzugestalten.“
(HILLBRAND 1997: 59)

¹⁶ Stand Mai 2009 (vgl. www.nachhaltigkeit.at (4)).

¹⁷ Vgl. www.nachhaltigkeit.at (5).

Die Fortschreitung der Belastung für die Umwelt und das Ökosystem macht den Handlungsbedarf zu einer globalen Herausforderung. Um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, sind laut einer Präambel der Agenda 21 die nationalen Regierungen verantwortlich.

„Obwohl die Lokale Agenda 21 nicht explizit angesprochen wird und Gemeindevertreter an der Erstellung nicht mitgearbeitet haben, betont der NUP doch an verschiedenen Stellen die wichtige Rolle der Kommunen in der Umweltpolitik.“

(HIGARTSBERGER 1999: 40)

Insbesondere haben laut dem NUP die Kommunen bzw. Gemeinden in den Bereichen eine entscheidende Rolle inne, in denen sie auch Gestaltungsmöglichkeiten haben. Bei den Vorarbeiten des NUP sollten mehrere Arbeitsgruppen das Prinzip der Nachhaltigkeit in umweltrelevante Politikfelder implementieren und sektorübergreifende bzw. interdisziplinäre, langfristige Ziele quantitativer sowie qualitativer Natur definieren. Außerdem wurden auch langfristige praktische Konzepte erarbeitet und später dann auch in der Öffentlichkeit etabliert.

„Damit unternimmt Österreich, das bereits seit 1984 den umfassenden Umweltschutz in der Bundesverfassung verankert hat, einen weiteren logischen Schritt in Richtung auf die Durchsetzung einer Strategie nachhaltiger Entwicklung, zu der es sich auch international politisch verpflichtet hat.“

(ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG 1996: 12)

„Der vorliegende Nationale Umweltplan für Österreich soll, unter Beachtung nationaler, europäischer und internationaler Normen, Maßnahmen und Erfahrungen, langfristig orientierte Zielsetzungen und Standards für Österreich definieren, die eine umweltgerechte Entwicklung und den dazu erforderlichen Strukturwandel einleiten.“

(ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG 1996: 12)

Dazu wurde ein Katalog mit langfristig orientierten Qualitätszielen und Maßnahmen zu dessen Realisierung erarbeitet. Die langfristige Zielsetzung des NUP soll nicht auf starren, statischen und unveränderbaren Konzepten beruhen, im Gegenteil, die Maßnahmen und Schwerpunktsetzungen sollen den ständigen Veränderungen und neuen Erkenntnissen gerecht werden. Daher wird der NUP auch in regelmäßigen Abständen mit Korrekturen und Verbesserungen versehen.

Im NUP wurden einige Schwerpunkte gesetzt, essentielle Sektoren sind dabei Energie, Industrie und Gewerbe, Verkehr und Transportwesen, Landwirtschaft, Wald und Wasser und Tourismus- und Freizeitwirtschaft.

„Um auch die Jugend Österreichs in die nationale Umweltplanung einzubeziehen, wurde als komplementäre Initiative der Jugendumweltplan ins Leben gerufen.“

(ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG 1996: 13)

Der Jugendumweltplan ist das Bindeglied zwischen dem NUP und den jungen Menschen und bietet den teilweise noch nicht Wahlberechtigten ein Forum, wo sie ihren Wünschen, Ideen und Vorstellungen zur zukünftigen Umweltpolitik Ausdruck verleihen können. Dadurch soll auch den nachfolgenden Generationen ein verstärktes nachhaltiges Umweltbewusstsein vermittelt werden.

Abschließend sei festgehalten, dass im NUP übergeordnete Leitlinien, Ziele und Instrumentarien für eine österreichweite nachhaltige Entwicklung enthalten sind. Kritisch gesehen werden muss jedoch der Umstand, dass bei der Erstellung der NUP mehrere relevante Interessensgruppen, wie beispielsweise NGOs, übergangen wurden. Damit wurde eines der grundlegenden Merkmale einer nachhaltigen Entwicklung missachtet. Auch eine breite Bevölkerung wurde bei der Erstellung übergangen. Auch wenn in einigen Kapiteln des NUP die Förderung einer breiten öffentlichen Bewusstseinsbildung und eines wechselseitigen Dialogs aller gesellschaftlicher Schichten genannt wird, so kann nicht von einer reinen bottom-up Bewegung die Rede sein. Nachhaltigkeit wird zwar vom NUP nicht verordnet und auch der Erfolg wäre nur realistisch, wenn die Initiativen von der gesamten Bevölkerung getragen werden, aber was Nachhaltigkeit bedeutet und wie richtig gehandelt wird, entscheidet immer noch der Maßnahmenkatalog.

Darüber hinaus ist neben dem positiv zu erwähnenden Jugendumweltplan nur sehr wenig Konkretes über soziale Nachhaltigkeit zu vernehmen.

4.5. Österreichisches Institut für nachhaltige Entwicklung

Ebenfalls 1995 entstand das „Österreichische Institut für nachhaltige Entwicklung“ (ÖIN). Der gemeinnützige Verein, mit Sitz an der Universität für Bodenkultur in Wien, versucht mitunter nachhaltige Entwicklung und Lokale Agenda 21 – Prozesse sowohl auf lokaler als auch regionaler Ebene zu initiieren.

Die lokale sowie die regionale Handlungsebene versucht das ÖIN zu vernetzen.

In den Projekten wird interdisziplinär gearbeitet und die Ideen werden in den Handlungsfeldern der Unternehmen, Regionen, der Zivilgesellschaft und der Politik umgesetzt.

Die Vision des ÖIN beschreibt eine Gesellschaft, in der die Wechselwirkungen zwischen Umwelt, Wirtschaft und sozialen Aspekten ganzheitlich anerkannt und berücksichtigt werden (vgl. www.oin.boku.ac.at).

4.6. Österreichische Strategie für nachhaltige Entwicklung

Aufbauend auf Vorarbeiten und auf den NUP wurde 2002 die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie im Ministerrat verabschiedet, jedoch nicht auf parlamentarischer Ebene beschlossen. Damit hat sie keine klare rechtliche Verbindlichkeit, die über eine Legislaturperiode hinausreicht. Insofern sind langfristige Zielsetzungen, die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung angestrebt werden, nur schwer möglich.

Außerdem ist eines der Primat die Budgetkonsolidierung, die einen gesunden Staatshaushalt, keine neuen Schulden und eine Senkung der Abgabenquote bedeutet (vgl. LITTIG/ GRIEBLER 2004: 57). Die Relevanz der Budgetkonsolidierung steht in Konkurrenz mit der Tatsache einer Gleichrangigkeit der drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

„Gleichzeitig gibt es in der Nachhaltigkeitsstrategie der österreichischen Bundesregierung keine Angaben über die notwendigen finanziellen Mittel und deren budgetäre Zuordnung in die entsprechenden Bundes- und Länderfinanzpläne.“
(LITTIG/ GRIEBLER 2004: 57)

Neben der Beteiligung von MinisterienvertreterInnen und SozialpartnerInnen wurden diesmal auch Nichtregierungsorganisationen zur Erarbeitung dieser Strategie herangezogen. Sie beschreibt Ziele und Maßnahmen für die nationale Wirtschafts-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

„In der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie werden vier Handlungsfelder identifiziert: „Lebensqualität“, „neuer Wirtschaftsstandort“, „Lebensräume“ und „Internationale Verantwortung“.“ (POSTL 2005: 43)

Diese vier Handlungsfelder weisen 20 Leitziele und Indikatoren auf.

Ansonsten werden hier als Erfolgsfaktoren die Erforschung und Nutzung von ökologisch verträglichen, alternativen Energieformen, Regionalentwicklung, Bewahrung der Artenvielfalt, Erhaltung von Natur- und Kulturlandschaften und soziale Verantwortung, genannt (vgl. POSTL 2005: 44).

Einer der Hauptkritikpunkte ist, wie schon beim NUP, das Fehlen sozialer Zielsetzungen, hingegen sind die Formulierungen im ökonomischen sowie im ökologischen Bereich viel konkreter.

Ich will nun im Folgenden auf die Handlungsmöglichkeiten auf Bundesebene bzw. Landesebene und später auf Gemeindeebene eingehen, um so den Überblick zur nachhaltigen Entwicklung in Österreich zu vervollständigen. Hier scheint es mir notwendig, zu erwähnen, wie wichtig es ist, dass Verflechtungen und Deckungen hinsichtlich der Themenschwerpunkte zwischen einem übergeordneten nationalen Leitbild und den regionalen sowie lokalen Prozessen sehr wünschenswert sind. Leitbilder und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung sollten generell nach Möglichkeit unter Einbezug aller gesellschaftlicher Gruppen, AkteurInnen und Institutionen erarbeitet werden. Diese Leitbilder, ob auf nationaler oder lokaler Ebene, sollten dann möglichst optimal aufeinander abgestimmt sein, um unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Ziele zu vermeiden.

4.7. Regionale Entwicklung und Nachhaltigkeit auf Landesebene

4.7.1. Projekt W.I.N – Strategie Niederösterreich

WIN steht für „Wir in Niederösterreich“ und ist eine Strategie für eine gesamt angelegte, nachhaltig wirkende Planung der Landesentwicklung.

Die Basis dafür ist das Landesentwicklungskonzept, das im Auftrag des Landes Niederösterreich erarbeitet wurde, im September 2004 von der Landesregierung beschlossen und vom Landtag im November 2004 zur Kenntnis genommen wurde. Die „WIN Strategie NÖ“ versucht die beiden Ansätze „top down“ und „bottom up“ zu verbinden und kann als Wegweiser für alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und raumplanerischen Weichenstellungen im Land dienen.

Der „bottom up“ – Ansatz spiegelt sich in der intensiven Beteiligung der betroffenen Bevölkerung bei der Erarbeitung der Strategie NÖ wider.

„In einer landesweiten Befragung gaben 53.000 NiederösterreicherInnen ihre Meinung zur Zukunft des Landes ab.“ (Amt der NÖ Landesregierung 2005: 11)

Die Ergebnisse der Befragungen flossen in die Erstellung der Strategie ein.

Niederösterreich zählt 21 Bezirke, über 60 Kleinregionen, 573 Gemeinden und 4.315 Ortschaften. Die fünf Hauptregionen sind das Waldviertel, das Weinviertel, das Industrieviertel, NÖ – Mitte und das Mostviertel. Bezogen auf diese fünf Aktionsräume wurden so genannte „regionale Entwicklungskonzepte“ erarbeitet. Überdies existieren regionale Entwicklungsverbände und ein landesweiter Dachverein stellt jeder Region einen Regionalmanager zur Verfügung.

„Regionale Entwicklungsverbände und das Regionalmanagement bilden die projektorientierte Schnittstelle zwischen dem Land Niederösterreich, den Kleinregionen und den Gemeinden im Themenbereich Regionalentwicklung und Raumordnung.“ (Amt der NÖ Landesregierung 2005: 19)

Die Kleinregionen entstanden aus einem freiwilligen Zusammenschluss von mehreren Gemeinden. Mit dieser Kooperationsebene kann es auch gelingen, die Handlungsspielräume der Regionen zu erweitern.

Ein weiteres Indiz für eine bürgernahe Bewegung stellt die Tatsache dar, dass bei der Erstellung der Strategien für die Hauptregionen die Regionalmanager eingebunden waren und Anregungen der Kleinregionen eingeflossen sind.

Die Strategien für die Hauptregionen beinhalten schließlich eine Analyse der Stärken und Schwächen jeder Hauptregion sowie Empfehlungen und Leitbilder.

„Schlussendlich entstanden 19 sektorale Fachthemen, die zu neun Schwerpunkten zusammen gefasst wurden“:

- Siedlungsentwicklung
- Land- und Forstwirtschaft
- Wirtschaft
- Freizeit, Erholung, Tourismus und Kultur
- Verkehr
- Soziale Infrastruktur
- Ver- und Entsorgungsinfrastruktur
- Naturraum und Umwelt
- EU – Integrationsprozess (Amt der NÖ Landesregierung 2005: 21)

Auch auf die Rolle von Frauen wurde in den nachhaltigen Entwicklungsmaßnahmen hingewiesen.

„Die sektoralen Grundlagen wurden von externen ExpertInnen auf die Grundprinzipien einer gendergerechten und nachhaltigen Regionalentwicklung evaluiert.“ (Amt der NÖ Landesregierung 2005: 23)

Was unter einer solchen gendergerechten und nachhaltigen Regionalentwicklung verstanden wird und in welcher Form evaluiert wurde, kommt jedoch in der Strategie nicht weiter zur Sprache.

4.7.2. SIS – Das strategische Informationssystem

„Das strategische Informationssystem beinhaltet Statistikgrundlagen für alle Sektoren der Landesentwicklung und geographische Informationen auf Basis des NÖ-geographischen Informationssystems NÖGIS der Abteilung Vermessung.“
(www.strategie-noe.at)

Es ist ein Werkzeug für alle Mitarbeiterinnen und Interessierten im Land Niederösterreich, das vorhandene Strukturdaten, Kennzahlen und demographische Entwicklungen leicht abrufbar macht und online zur Verfügung stellt (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 24). Die Daten, die sich, wie schon erwähnt, auf den Inhalt des Landesentwicklungskonzepts beziehen, werden in einer einheitlichen Datenstruktur in die Datenbank eingefügt und regelmäßig aktualisiert.

„Das strategische Informationssystem (SIS) stellt einen großen Datenumfang zu jedem Bezirk zu den nun folgenden sektoralen Themen zur Verfügung“:

- Allgemeine Daten zum Bezirk
- Bevölkerung
- Siedlungsstruktur
- Lebensstandard
- Lebensqualität
- Infrastruktur
- Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
- Kommunalwesen (Amt der NÖ Landesregierung 2005: 24)

Betreut wird diese elektronische Datenbank von der Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr im Amt der NÖ-Landesregierung. Es stellt sozusagen eine Möglichkeit für ein essentielles Monitoringsystem dar, um regionale Entwicklungen zu evaluieren.

4.8. Die Hauptregion Weinviertel

Niederösterreich ist in fünf Hauptregionen unterteilt: Waldviertel, Industrieviertel, Mostviertel, NÖ – Mitte und Weinviertel, mit dem ich mich nun näher befassen werde. Grund dafür ist, dass Großrußbach, die Gemeinde, mit der ich mich im empirischen Teil näher auseinander setzen werde, auch in dieser Region liegt.

Das Weinviertel ist in die Bezirke Gänserndorf, Hollabrunn, Mistelbach, Korneuburg und die Gemeinde Gerasdorf (Bezirk Wien Umgebung) aufgeteilt.

Die aktuellen Zählungen haben ergeben, dass in den 124 Gemeinden rund 300.000 Menschen leben (vgl. www.statistik.at (1)).

Es bestehen 15 Kleinregionen sowie zahlreiche Gemeindekooperationen, Tourismusverbände und grenzüberschreitende Impulszentren (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 49).

Grenzüberschreitende Kooperationen sind aufgrund der geopolitischen Lage in der Dreiländerachse Weinviertel – Südmähren – Westslowakei sehr sinnvoll.

Mit der Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten, die bereits vorgestellt wurden, wird in den Hauptregionen hauptsächlich auf endogene Potentiale gesetzt.

Bevor darauf eingegangen wird, noch ein paar demographische Daten zur Vervollständigung. Zwischen den letzten beiden Volkszählungen (91´,01´) ist die Bevölkerung im Weinviertel um 7% gestiegen, im Vergleich dazu hat die Gesamtbevölkerung in NÖ nur um 5% zugenommen (vgl. www.oerok.gv.at/).

Ausschlaggebend hierfür ist das überproportionale Wachstum rund um Wien, während sich eine Abwanderung von jungen Leuten und damit potentiellen qualifizierten ArbeitnehmerInnen vor allem in den nördlichen, grenznahen Gebieten des Weinviertels zeigt. Wie in ganz Österreich macht sich auch hier ein kontinuierlicher Alterungsprozess bemerkbar. Die westlichen Bundesländer haben eine deutlich jüngere Bevölkerungsstruktur, das Weinviertel etwa hat nur einen ca. 16 % -igen Anteil von unter 15-Jährigen.

Auch der AusländerInnenanteil in der untersuchten Hauptregion ist mit 5,85 % unter dem österreichischen Durchschnitt (8,85 %; Volkszählung 2001) (vgl. www.oerok-atlas.at). Die Landwirtschaft hat trotz eines starken Rückgangs der Betriebe eine traditionell große Bedeutung.

„Von den derzeit bestehenden 13.665 Betrieben werden 48 % (NÖ Statistik, Stand 1999) im Nebenerwerb geführt.“ (Amt der NÖ Landesregierung 2005: 51)

Nicht nur im Bereich der Land- und Forstwirtschaft ist eine Abnahme der Beschäftigten bemerkbar, sondern auch in Industrie und Produktion, hingegen ist die Beschäftigung im Dienstleistungssektor gestiegen und dadurch enorm bedeutungsvoll für die Wirtschaftsentwicklung geworden. Trotz des gesamtwirtschaftlichen Bedeutungsverlusts ist die Landwirtschaft, insbesondere der Weinbau, sehr wichtig für das Erscheinungsbild der Region und identitätsstiftend für das Weinviertel. Auch die soziale Infrastruktur mit Bildungseinrichtungen und Krankenhäusern und die Nähe zum Ballungsraum Wien sind besonders hervor zu heben.

Die vorher angesprochene Relevanz der Landwirtschaft, vor allem des Weinbaus stellt eines der wichtigsten endogenen Potentiale dar, die im Tourismus rund um die Themen Wein, Kellergassen, Naturräume und Kulturlandschaften und im ökonomischen Bereich in Form von Direktvermarktung von lokalen Produkten ausgebaut werden können.

Für eine nachhaltige Entwicklung im Weinviertel sowohl in sozialer als auch in ökonomischer und ökologischer Hinsicht, ist die Erstellung eines Leitbildes sehr hilfreich. Diese Hilfestellung wird vom Leitbild für die Hauptregion Weinviertel, von der WIN-Strategie initiiert, geboten. Es greift die Themen Siedlungswesen, Wirtschaft, Verkehr, Soziales, Ver- und Entsorgung, Ökologie, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft und grenzüberschreitende Initiativen auf und weist ihnen sowohl Ziele als auch Umsetzungsstrategien zu.

Im Siedlungswesen zielt man vordergründig darauf ab, der Zersiedlung und Entleerung des ländlichen Raumes entgegen zu wirken. Dabei muss besonders in kleinen Orten auf kompakte Siedlungsformen geachtet werden. Hier spielt auch die Abstimmung mit den Entwicklungs- bzw. Verkehrsachsen eine wichtige Rolle.

Im Bereich der Wirtschaft sollen an den Entwicklungsachsen vermarktungsfähige Standorte entstehen, die interkommunal, interregional und grenzüberschreitend agieren sollen (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 53).

Auch eine regionale Bildungs- und Versorgungsstrategie soll im Weinviertel ein ausgewogenes und zeitgemäßes Angebot schaffen und somit eine soziale Nachhaltigkeit garantieren.

Im Sinne eines regionalen Energieleitbildes sollen in der Ver- und Entsorgung alternative und nachhaltige (nachwachsende) Energiequellen beansprucht werden, die mitunter auch autark und dezentral sowie von Großanbietern unabhängig sind.

Im Bereich der Ökologie werden Nationalparks und typische Kulturlandschaften für die regionale Wertschöpfung erhalten und gefördert.

In der Tourismuswirtschaft hätten die Weinbauregionen die Chance, ihre Angebote für den Weintourismus zu verbessern.

Andere Potentiale finden sich im Wellnessbereich, im Radtourismus, im Ökotourismus und in der Naherholung. Durch die Nähe zu Wien sollte letztere verstärkt ausgebaut und entwickelt werden.

Ebenfalls ein substanzieller Punkt ist der Erhalt einer qualitativ wie quantitativ hochwertigen Landwirtschaft, die positiv zur NahversorgerInnenstruktur beitragen kann. Die Land- und Forstwirtschaft sorgt nicht nur für die Nahrungsmittelproduktion, sondern auch für Landschaftspflege, Klimaschutz und nachwachsende Rohstoffe (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 56). Der Ausbau einer Direktverarbeitung und Produktveredelung und der Aufbau eines Agro-Clusters zur bewussten Nutzung qualitativ nachwachsender Rohstoffe könnte den regionalen Wertschöpfungsanteil steigern und den Rückgang der Betriebe bremsen.

In der Landwirtschaft, aber auch in vielen anderen ökonomischen Bereichen, kann hierfür grenzüberschreitende regionale Entwicklung dienen.

An dieser Stelle sei die EUREGIO erwähnt, die 1997 gegründet wurde und die in den Gebieten Weinviertel, Südmähren und Westslowakei eine konkrete Zusammenarbeit in der Regionalentwicklung zur Förderung von geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Räumen über Staatsgrenzen hinweg anstrebt.

Der Impetus liegt auch hier in einer breiten Beteiligung der Bevölkerung, deshalb sei nochmals erwähnt, gerade aus dem Blickwinkel der Kultur- und Sozialanthropologie, dass sich bei solchen Prozessen die nachhaltige Entwicklung nicht nur auf rein ökonomische Faktoren reduzieren lässt. Gerade bei den zentralisierten Nachhaltigkeitskonzepten und übergeordneten Leitbildern, sowohl auf nationaler als auch auf Landesebene, erweckt es oft den Anschein, als würden Innovationen, die

Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund stehen und andere nichtmaterielle Dimensionen wie soziale oder kulturelle Themen zu kurz kommen. Im nächsten Kapitel werde ich noch einmal eine Ebene herunterbrechen und auf die Handlungsspielräume innerhalb der Gemeinden eingehen.

4.9. Handlungsspielräume der österreichischen Gemeinden

Wie in den vorangegangenen Kapiteln bereits ausgeführt, setzt die zentrale Idee der Lokalen Agenda 21 auf der untersten Ebene an, nämlich bei den Kommunen, innerhalb derer letztendlich auch gehandelt werden muss, um dem bottom-up Ansatz gerecht zu werden. Da in den Kommunen bzw. Gemeinden unterschiedliche Voraussetzungen und Probleme vorherrschen, muss nach der Interpretation der Lokalen Agenda 21 auch nach individuellen Lösungsansätzen gesucht werden.

Im Bundesland Niederösterreich bietet die Gemeinde 21 ein Entwicklungskonzept für Gemeinden mit aktiver BürgerInnenbeteiligung in Planung und Umsetzung an. Das Programm, das eine neue Form von Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen anstrebt, wird im nächsten Kapitel vorgestellt.

Zuvor möchte ich aber die Handlungsspielräume der österreichischen Gemeinden aufzeigen, da diese ja in ein bestimmtes System staatlicher Gesetzgebung eingebunden sind. Das heißt, dass sich AkteurInnen in einem solchen Nachhaltigkeitsprozess auch an staatliche Vorgaben halten und orientieren müssen. Der österreichische Bundesstaat besteht momentan aus 2.358 Gemeinden¹⁸, wobei diese keine Gesetzgebungskompetenzen haben (vgl. www.statsitik.at (2)).

„Die Gemeinden üben allerdings nicht nur vom Bund oder den Ländern übertragene Verwaltungstätigkeiten aus, sondern ihnen wurde per Verfassungsgesetz ein eigener, weisungsfreier Wirkungsbereich zugestanden, die sogenannte Gemeindeselbstverwaltung.“ (HIGARTSBERGER 1999: 36)

Die Gemeindeselbstverwaltung wurde 1962 in der Verfassung verankert, um den Gemeinden einen eigenen Wirkungsbereich zu geben und diesen gegen Eingriffe der Bundes- und Landesregierungen auch schützen zu können.

¹⁸ Stand 2006 nach einer Probezählung.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip werden alle Angelegenheiten der Gemeinde zugesprochen, die ausschließlich oder vorwiegend im Interesse derselben sind und von den örtlichen Gemeinschaften, innerhalb ihrer örtlichen Grenzen gelegen, auch zu erledigen sind.¹⁹

Zusammenfassend lässt sich behaupten, dass die Gemeinden trotz fehlender Gesetzgebungskompetenzen nicht nur in der Umweltpolitik sondern ebenso in der Kultur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik Akzente setzen können und so ein wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Kommunalentwicklung, so wie es die Lokale Agenda 21 vorsieht, sind.

4.10. Gemeinde 21

Die Gemeinde 21 ist die Implementierung der Ideen und Kernpunkte bzw. die für Niederösterreich adaptierte Variante der weltweit praktizierenden Lokalen Agenda 21 in Niederösterreich auf Gemeindeebene.

„Sie ist gewissermaßen der Wegweiser für unsere Gemeinden auf den Weg ins 21. Jahrhundert.“ (www.gemeinde21.at (1))

Dahinter verbirgt sich das Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für eine Nachhaltige Entwicklung für Gemeinden und Regionen, das auf der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro im Jahre 1992 erstellt wurde²⁰.

Gemeinde 21 ist ein Baustein aber auch eine Weiterentwicklung der niederösterreichischen Dorferneuerung, da die Konzepte sich nicht nur auf das einzelne Dorf beschränken, sondern sich auf die ganze Gemeinde ausweiten.

Die Aktion „Niederösterreichische Dorferneuerung“ wurde 1985 ins Leben gerufen. Auf deren Basis sollten die OrtsbewohnerInnen Mitverantwortung übernehmen und ihren Lebensraum mitgestalten. Dieses Entwicklungskonzept wurde mit der Gemeinde 21, das ein Förderprogramm für eine gesamte Gemeinde darstellt, 2004 weiterentwickelt und mit der internationalen Bewegung der Lokalen Agenda 21 verknüpft.

Die Lokale Agenda 21-Gemeinde 21 ist sozusagen das Umsetzungsinstrument des Landesentwicklungskonzepts, die Maßnahmen und Prozesse in einer Gemeinde sollten

¹⁹ Was genau unter dem Umfang des eigenen weisungsfreien Wirkungsbereich zu verstehen ist, siehe KLECATSKY (1987): „Die österreichische Bundesverfassung“.

²⁰ Vgl. Kapitel 3.7. und 4.1. bzw. 4.2.

daher auch möglichst gut mit den übergeordneten Planungen und Leitzielen des Bundeslandes abgestimmt sein (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 9).

Die Idee präsentiert eine neue Form von Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen inklusive kompetenter und projektbezogener Unterstützung.

Das wesentliche Ziel der Gemeinde 21 ist, auf die Anforderungen, Fragen und Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte angemessen reagieren zu können und mehr Lebensqualität, für deren Gestaltung alle BürgerInnen aktiv teilhaben sollen, zu schaffen. Es soll ferner eine geeignete Schnittstelle für andere Entwicklungsprogramme liefern und durch die Eigenverantwortung der Bevölkerung soll die Gemeindepolitik entlastet werden.

Ende 2004 wurde die Pilotphase mit vier Gemeinden gestartet und von der Landesgeschäftsstelle für Dorferneuerung – Koordinierung Agenda 21, in Zusammenarbeit mit den ProzessbegleiterInnen des Verbands der NÖ Dorf- und Stadterneuerung betreut. Die Prozessbetreuung einer Gemeinde ist neben der finanziellen und fachlichen Unterstützung des Landes Niederösterreich eines der wichtigsten Merkmale des Programms. Von Seiten des NÖ Landesverbandes für Dorf- und Stadterneuerung werden den Gemeinden für den gesamten Gemeinde 21-Prozess externe und geschulte ProzessbegleiterInnen zur Verfügung gestellt (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 23). Mittlerweile laufen in 31 Gemeinden²¹ G-21-Prozesse. Unter den Aspekten der Nachhaltigkeit und der Zukunftsorientierung laufen in diesen Kommunen diverse gemeindespezifische Projekte, die von der Bevölkerung selbst getragen werden sollen.

Die Themen dieser Initiativen setzen sich aus sozialen und ökonomischen Aspekten, wie der Ortskernbelebung, aus der Stärkung lokaler Ressourcen, dem nachhaltigen Konsum- und Lebensstil und der Teilhabe und Integration aller, auch unterrepräsentierter sozialer Gruppen, zusammen.²²

Unter nachhaltigem Konsum- und Lebensstil werden in den theoretischen Konzepten die Themen Konsum regionaler Produkte, Flächenwidmung und gemeindeeigene Infrastruktur verstanden (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 9).

Durch die breite Einbindung der Bevölkerung kann auch ein sozialer Zusammenhalt und eine Identifikation mit dem Lebensumfeld entstehen. Durch die G-21 besteht die Möglichkeit für die breite Bevölkerung, mitzupartizipieren und mitzugestalten.

²¹ Stand Juli 2009 (vgl. www.gemeinde21.at (2)).

²² Für nähere Information über die Themen siehe Gemeinde 21 Handbuch vom Amt der NÖ Landesregierung.

Ein weiterer positiver Aspekt ist die finanzielle und fachliche Unterstützung des Landes. Gemeinden können die Chance wahrnehmen, durch den G-21-Prozess eine nachhaltige Entwicklung ins Leben zu rufen und sich durch Förderungen Gemeindebudget zu ersparen. Durch die fachliche Unterstützung wird der Gemeinde im organisatorischen Bereich geholfen. Im empirischen Teil dieser Arbeit soll anhand eines Beispiels untersucht werden, was ein G-21-Prozess tatsächlich in einer von mir untersuchten Gemeinde leisten kann. Wird der praktische Prozess den theoretischen Zielen von einer bottom-up Bewegung, der Partizipation aller Bevölkerungsgruppen und der Gleichrangigkeit zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Bereichen gerecht? Zunächst aber soll der Prozess skizziert werden, wie man zu einer Gemeinde 21 wird.

4.10.1. Wie wird man zu einer Gemeinde 21?

Die grundlegende Idee der Gemeinde 21 ist es Nachhaltigkeitsprojekte, die von der Bevölkerung getragen werden, auf Gemeindeebene zu initiieren. Die Bewohner selbst sollen entscheiden, wie sie ihren Wohnort zukünftig gestalten wollen und welche nachhaltigen Schwerpunkte sie setzen wollen. Das folgende Kapitel soll kurz die Herangehensweise illustrieren, wie solch ein BürgerInnenbeteiligungsprozess gestartet wird und mit welchem Aufwand und mit welchen Förderungen er verbunden ist. Für den Aufbau einer Lokalen Agenda 21 in einer Gemeinde sind gewisse Voraussetzungen zu schaffen, die einer nachhaltigen Entwicklung dienlich sind. Das wäre einerseits eine gute Verankerung des Prozesses in der Gemeindeverwaltung und –politik und andererseits die Sicherstellung der Gemeindestruktur für den Beteiligungsprozess (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 10). Mit der Sicherstellung der Gemeindestruktur ist vor allem die ausreichende Unterstützung der breiten Bevölkerung mit Arbeitsgruppen in der Projektplanung und –umsetzung sowie den Beiträgen seitens der politischen und administrativen Seite gemeint. Die strategische Ebene wird vom Bürgermeister, dem Gemeindevorstand und dem Gemeinderat gebildet. Der Bürgermeister ist Leiter der Gemeinde 21, Vorstand und Rat bilden das Beschlussorgan. Auf der operationalen Ebene ist ein Kernteam tätig, das die Heterogenität einer Gemeinde widerspiegeln soll. Es ist zuständig für die konkrete Abwicklung des Prozesses.

Die Kernteamleitung ist auch für die eigenverantwortliche Weiterführung der Gemeinde 21 nach Ende der externen Prozessbegleitung zuständig. Auf inhaltlicher Ebene agieren Arbeitsgruppen, in denen zuerst Vorarbeiten und Grundlagen geschaffen werden, um dann die Umsetzung der einzelnen Projekte in der Gemeinde voranzutreiben.

„Bei der Zusammenstellung des Kernteams und den Arbeitsgruppen ist es unerlässlich auch ortsansässige Vereine, Verbände, Institutionen usw. zu integrieren.“ (Amt der NÖ Landesregierung 2005: 14)

Darüber hinaus sind externe ProzessbegleiterInnen tätig, die den gesamten Prozess der Gemeinde 21 unterstützen.

Der gesamte Entwicklungsprozess der Gemeinde 21 wird in den theoretischen Konzepten in sechs Phasen (Informieren und Einbinden, Entscheiden, Orientieren, Planen, Umsetzen, Weiterführen) unterteilt und soll als Wegweiser dienen. In den folgenden Kapiteln werden die einzelnen Phasen nun kurz vorgestellt. Was jedoch nachhaltige Entwicklung in der konkreten Anwendung bedeutet und ob die Gemeinde 21 ein geeignetes Mittel ist, um solch einen Prozess zu starten, muss jede Gemeinde für sich herausfinden.

4.10.2. Informieren und Einbinden

Bevor sich eine Gemeinde (Kommune) dafür entscheidet, einen G 21 – Prozess zu initiieren, ist ein offener und ehrlicher Dialog zwischen allen AkteurInnen sehr hilfreich. Die erste Phase ist das Informieren und Einbinden der Bevölkerung, ein zentrales Element, das fortwährend den gesamten G 21 – Prozess begleiten soll. Um das Potential des Beteiligungswillens ausschöpfen zu können, sollten zur Aktivierung und Motivierung verschiedene Informations-, Kommunikations- und Interaktionsplattformen in Erwägung gezogen werden (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 14).

„Sinnvoll erscheint außerdem die Einrichtung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeitsgruppe, die vor allem als Schnittstelle zur breiten Öffentlichkeit fungiert, um den G 21 – Prozess nach außen hin zu präsentieren und Ansprechpartner für Außenstehende oder Interessenten zu sein.“

(Amt der NÖ Landesregierung 2005: 14)

Denkbar wären an dieser Stelle etwa regelmäßige Treffen, die Erfolge, Arbeiten oder Ideen präsentieren oder die Gründung einer Dorf- bzw. Gemeindezeitung.

Eine sinnvolle Art der Kommunikationsform, die eine breite BürgerInnenbeteiligung garantieren könnte, wäre auch eine erste Bestandsaufnahme in der Gemeinde, um Anregungen von der Bevölkerung selbst einzuholen. Eine solche Bestandsaufnahme könnte etwa mit Fragebögen oder einer der Öffentlichkeit zugänglichen Sitzung erfolgen.

4.10.3. Entscheiden

In dieser Phase entscheidet die Gemeinde mit aktiven BürgerInnen und Schlüsselpersonen nun tatsächlich gemeinsam, einen Lokalen Agenda 21 – Prozess zu starten. Dafür bedarf es eines Gemeinderatsbeschlusses mit 2/3 Mehrheit und der Beauftragung einer externen Prozessbegleitung durch ein gegengezeichnetes Arbeitspapier vom NÖ-Landesverband der Dorf- und Stadterneuerung. In dieser Phase ist das Einbinden von Schlüsselpersonen und Interessierten (Kernteamzusammenstellung) sowie die Durchführung eines Basis–Checks in der Gemeinde erforderlich.

Auch die Bedingungen für den „Förderantrag Gemeinde 21“ müssen hergestellt werden. Die Dauer der Entscheidungsphase beträgt zwei bis vier Monate, die finanzielle Förderquote maximal 80%.

4.10.4. Orientieren

Wenn die Entscheidung gefallen ist und durch einen Gemeindebeschluss bestätigt wurde, erhält die Gemeinde eine umfangreiche fachliche und finanzielle Unterstützung des Prozesses durch das Land. Im Zuge des Förderansuchens übermittelt sie eine klare Beschreibung ihres Vorhabens, die Vereinbarung mit ausgebildeten ProzessbegleiterInnen und die Ergebnisse des Basis–Checks (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 16).

„Die eingelangten Unterlagen für den G 21 – Aufbau werden gemäß der G 21 – Kriterien überprüft und bewertet und sind Basis einer Förderzu- bzw. –absage seitens des Landes.“ (Amt der NÖ Landesregierung 2005: 16)

Der nächste wichtige Schritt ist das Erkennen gemeinsamer Stärken und Chancen, um daraus ein nachhaltiges Zukunftsbild für die Gemeinde zu erstellen. Die Ergebnisse des Zukunftsbildes sollten mit der WIN – Strategie-NÖ bzw. mit anderen relevanten Programmen abgestimmt werden.

„Um den Verlauf der Gemeinde 21 in der Gemeinde sichtbar zu machen und eventuell korrigierend eingreifen zu können, unterstützt sie der Dimension – Check. Dieser erhebt anhand eines Indikatorensets den jeweiligen Ist – Zustand und die Veränderungen im Laufe eines längeren Zeitraumes anhand der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Umwelt, Soziales und Wirtschaft.“ (Amt der NÖ Landesregierung 2005: 17)

4.10.5. Planen

Nachdem eine Gemeinde ein gemeinsames Zukunftsbild erstellt hat, gilt es nun in der Phase des Planens, die Vorstellungen, Ideen und Visionen in Projekten, Maßnahmen und Aktionen zu konkretisieren und vor allem auf ihre Nachhaltigkeit sowie auf Zukunftsbeständigkeit hin auszurichten (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 18). Nachdem ein umfassendes Maßnahmenprogramm entstanden ist, kann der Gemeinderat auf dessen Basis die Entscheidung treffen, welche Projekte umzusetzen sind.

„Danach können bereits erste, rasch realisierbare Maßnahmen umgesetzt werden, um auch einen sichtbaren Erfolg nach außen hin transportieren zu können.“

(Amt der NÖ Landesentwicklung 2005: 18)

Darüber hinaus können Feste oder Feiern im Rahmen der G 21 und Traditionen oder Symbole identitätsstiftend wirken und sich somit ebenfalls positiv auf den Gesamtprozess auswirken.

4.10.6. Umsetzen

Alle Aktivitäten der Beteiligten sollten sich nun an der Umsetzung und Ausführung des G 21 – Maßnahmenprogramms ausrichten. Außerdem gilt es auch, das gemeinsame Arbeiten mit breiter BürgerInnenbeteiligung in den Kommunen dauerhaft zu etablieren. In der Phase Umsetzen unterstützt das Land Niederösterreich alle Gemeinden, die einen G 21 – Prozess begonnen haben und nun eine nachhaltige Wirkung des Prozesses und die Unterstützung der Projektideen beabsichtigen. Bei der Umsetzung der einzelnen Projekte empfiehlt es sich, Kriterien wie partizipative Verantwortungsübernahme, Abstimmungen mit der Gemeindeleitung, Sorgfalt in der Ausführung, Sicherung der Weiterführung des Prozesses und Struktursicherung im Auge zu behalten.

4.10.7. Weiterführen

Das Motto dieser Phase lautet: Eigenverantwortlich und in Selbstorganisation die Zukunft gestalten. Nach dem Aufbau und der Umsetzungsphase ist nun die letzte, aber wohl wichtigste Aufgabe, das Erreichte nachhaltig zu sichern (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005: 20).

Damit ist nicht nur der Nutzen für die Gemeinde und deren Bevölkerung gemeint, sondern auch die Funktion und Werthaltung der einzelnen Beteiligten. Dazu erforderlich ist die Abstimmung zwischen BürgerInnen, Verwaltung und Politik als ein fixer Bestandteil des Gemeindelebens. Um auch weiterhin eine zukunftsbeständige Gemeinde zu bleiben, wäre es sinnvoll, Synergieeffekte der Gemeinde 21 zu nützen und weiterführende bzw. ergänzende Entwicklungsmaßnahmen zu setzen.

5. Lokale Agenda 21 – Eine Analyse

5.1. Lokale Agenda 21 als Beispiel einer BürgerInnenpartizipation

In meiner Arbeit soll auch die Frage aufgegriffen werden, was BürgerInnenbeteiligung und Partizipation leisten kann bzw. soll.

„Unter Partizipation versteht man die Beteiligung von Mitgliedern einer Organisation oder Gruppe (d.h. von einzelnen betroffenen Staatsbürgern) an gemeinsamen Angelegenheiten. Damit ist die Teilnahme der Betroffenen an sie berührenden staatlichen Vorgängen gemeint, wobei Teilnahme die Einflussnahme auf diese Vorgänge bedeutet.“ (STÜRMER 2005: 22)

„Eine spezifische Bedeutung des Begriffs Partizipation ist die Teilnahme der Bevölkerung an politischen Willensbildungsprozessen, insbesondere an Wahlen und Referenden. In einem rechtlichen Sinne bedeutet Partizipation die Teilhabe der Bevölkerung an Verwaltungsentscheidungen.“ (PAPADOPOULOU 2005: 14)

Viele Menschen fühlen sich in ihrer Stadt oder Gemeinde nicht adäquat politisch vertreten, oft sind sie auch durch fehlenden Informationsfluss zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen unzureichend informiert. Bestimmte gesellschaftliche Gruppen werden oft gar nicht vertreten oder der Zugang zur Politik wird Ihnen verwehrt. Viele dieser Missstände führen zur Ablehnung oder geringer Akzeptanz seitens der Bevölkerung gegenüber den Entscheidungen der PolitikerInnen. Oft äußert sich dieser Unmut durch Demonstrationen oder der Bildung von BürgerInneninitiativen.

Wenn das Grundprinzip einer Lokalen Agenda 21 auf alle Interessenslagen zu achten, eingehalten werden soll, dann müssen auch weniger eloquente bzw. weniger gebildete und benachteiligte Gruppen partizipieren können (vgl. KOLLMANN et al. 2003: 31).

Die Lokale Agenda 21 bietet die Möglichkeit, dort wo Demokratie am unmittelbarsten erfahren wird, zu einer Mitbestimmung im lokalen Raum. Durch solche Partizipationsprozesse kann das lokale Demokratiebewusstsein gestärkt werden und durch die Chance einer Mitbestimmung können auch die sozialen Beziehungen zwischen den beteiligten Personen intensiviert werden. Auch für Politik und Verwaltung schafft die Lokale Agenda 21 neue Möglichkeiten. Die Meinungen der Bevölkerung können als Informationsquelle und Korrektiv eingesetzt werden.

Im Gegensatz zur Anonymität können Partizipation und Mitbestimmung das Gefühl der Mitverantwortung wecken und als lebensraumbezogenes Bedürfnis gesehen werden (vgl. KOLLMANN et al. 2003: 31). BürgerInnenbeteiligung schafft außerdem Responsivität, das in diesem Zusammenhang unter bestimmten situationalen Rahmenbedingungen als Interaktions- bzw. Kommunikationsbereitschaft verstanden werden kann.

Solche Verfahren dienen den Interessen der BürgerInnen in sozialen, ökologischen aber auch wirtschaftlichen Belangen, denn schließlich muss der Mensch als Träger, Sinn und Zweck der Wirtschaft verstanden werden²³.

BürgerInnenbeteiligungsbewegungen können auch eine Neuordnung von bestehenden Machtverhältnissen herbeiführen, ein Agieren im Sinne eines Empowerments.

„Empowerment bedeutet Machtverhältnisse neu zu ordnen, indem Personen, die noch nicht über ausreichendes Artikulationspotential verfügen, darin unterstützt werden, dieses auszubauen.“ (ASTHLEITNER et al. 2002: 15)

In der vorliegenden Arbeit ist mit Empowerment auch das soziale Engagement in Kommunen bzw. Gemeinden gemeint. Es geht um Partizipation, Emanzipation und die Mitgestaltung des öffentlichen Raumes. Nicht das Zurückdrängen des Staates ist das Ziel, sondern die Ergänzung durch gesellschaftliche Strukturen, die durch individuelle Emanzipation und innovative zivile Prozesse gekennzeichnet sind. Wenn partizipative Maßnahmen optimal organisiert sind, dann kann sich eine individuelle Emanzipation in Form von Vertrauen in die eigene Problemlösekompetenz zeigen (vgl. KOLLMANN et al. 2003: 18). In einem Prozess der Selbstorganisation gewinnt das Individuum sehr an Bedeutung²⁴.

„Wie Menschen mit ihrer Umwelt umgehen, ob sie fähig sind, als ArbeitgeberIn, wie als ArbeitnehmerIn oder KonsumentIn Komplexität wahrzunehmen, hängt ebenso von Ihren (psycho-) sozialen Fähigkeiten ab, wie die Fähigkeit zur Kommunikation und Interaktion mit anderen.“ (SCHUSTER 2002: 114)

Mitgestaltung sieht also Menschen mit ihrem individuellen Sozialkapital befähigt, die Entwicklung aktiv mitzutragen. BürgerInnenbeteiligung und auch Agenda 21 – Prozesse sind jedoch kein Selbstzweck und wer an Partizipationsprozessen beteiligt ist, sollte wissen, welche Ziele verfolgt werden sollen. Oft fehlt es an notwendigen

²³ Vgl. hierzu Bernhard MACK (1999) „Kontakt, Intuition & Kreativität“ – Begründer der CoreDynamik, der die Relevanz von Sozialkompetenz und Komplexitätsbewusstsein in Zusammenhang mit Partizipationsformen aufzeigt.

²⁴ Zur zunehmenden Bedeutung des Individuums in Empowerment- bzw. nachhaltigen Beteiligungsprozessen siehe RITT (2002): Soziale Nachhaltigkeit.

Konkretisierungen und Zielsetzungen. Dies sollte bereits zu Beginn jedes solchen Prozesses definiert werden, ansonsten ist später eine Evaluierung nicht möglich. Angesichts der Bedeutung des Themas sollte jedoch eine mögliche Überprüfung des Erfolgs unabdingbar sein. Wenn einmal die Ziele ausformuliert sind, kommt häufig die Frage nach den Erfolgsbedingungen auf. Da die BürgerInnenbeteiligungsformen oft sehr variieren und auch die Kontexte, in denen sie eingebettet sind, ist eine Systematisierung von Erfolgsfaktoren äußerst diffizil (vgl. VETTER 2008: 18). Einige Forschungen über BürgerInnenbeteiligung streichen jedoch Faktoren heraus, die für den Erfolg oder Misserfolg von Partizipation sehr von Bedeutung sind, wie etwa individuelle Persönlichkeitsmerkmale.

„Die Ressourcenausstattung eines Individuums (v.a. Bildung), seine Einbindung in mobilisierende Netzwerke, sein Interesse an politischen Fragen sowie bei themenorientierten Fragen seine Betroffenheit, sind wesentliche Faktoren, die politische Beteiligung begünstigen.“ (VETTER 2008: 18)

„Die politischen und administrativen Eliten, ihre Entwicklungen und ihre Verhalten gegenüber einer stärkeren Bürgermitwirkung sind ein zweiter Komplex zur Erklärung des Erfolgs oder Misserfolgs politischer Beteiligung.“ (VETTER 2008: 18)

Politische Eliten (einzelne PolitikerInnen, Verwaltung, Interessensgruppen, ExpertInnen) können einerseits Motivation hervorrufen, indem sie Partizipation unterstützen und als VermittlerInnen fungieren, andererseits können von Ihnen auch demotivierende Einflüsse ausgehen, etwa wenn sie sich gegen solche Prozesse wehren. Häufig ist der Grund die Angst vor Macht- und Kontrollverlust.

Ferner ist das anstehende Problem selbst sehr bedeutend, das es zu lösen gibt. Ein Erfolg sollte für die Beteiligten außerdem zeitlich absehbar sein. Ähnlich verhält es sich mit der Komplexität des Problems.

„Je mehr Wissen und Engagement die Bürger für die Lösung eines Problems investieren müssen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich nur Bürger mit entsprechenden Kompetenzen beteiligen.“ (VETTER 2008: 19)

Schlussendlich spielen auch kontextuelle Faktoren eine entscheidende Rolle. Damit gemeint sind etwa die politische Kultur der entsprechenden Gemeinde, die bestehenden Strukturen, Konflikte und Erfahrungen vor Ort. Nicht jedes BürgerInnenbeteiligungsverfahren eignet sich zur Erreichung des gesetzten Ziels, zur Zielerreichung müssen auch die notwendigen Vorraussetzungen erfüllt werden (vgl. VETTER 2008: 20).

5.2. Spannungsfelder bzw. Hemmnisse und Chancen einer LA 21

Grundsätzlich ist das Pendeln zwischen Ziel-, Projekt- und Prozessorientierung ein charakteristisches Phänomen bei LA 21–Prozessen (vgl. ASTHLEITNER et al. 2002: 13).

Damit gemeint ist im Sinne der Nachhaltigkeit eine Orientierung an langfristigen Zielen, das Arbeiten an Projekten, wodurch schnell sichtbare Erfolge erzielt werden können und letztendlich die stabilen aber zugleich offenen und flexiblen Organisationsstrukturen.

Abgesehen davon drängt sich die grundsätzliche Frage auf, ob profunde Veränderungen, seien sie nun ökologischer, ökonomischer oder sozialer Natur, überhaupt ohne zentralen Druck von oben realisierbar sind.

Der Inhalt der Lokalen Agenda 21 bietet dazu ein Leitbild zur Nachhaltigkeit und zahlreiche Hinweise, wie Partizipationsprozesse schließlich gestaltet werden können. In diesem Kapitel sollen zuerst mögliche Spannungsfelder und Hemmnisse innerhalb eines Lokalen Agenda 21 – Prozess beschrieben werden, danach sollen adäquate Lösungsansätze bzw. Chancen skizziert werden.

Spannungsfelder

Generell haben Partizipationsprozesse und in diesem Fall speziell Lokale Agenda 21–Prozesse, die den Anspruch einer breiten BürgerInnenbeteiligung gerecht werden wollen, den Nachteil, dass mit der Anzahl der TeilnehmerInnen auch die Dauer des Entscheidungsprozesses zunimmt. Durch die Partizipation vieler verschiedener Gesellschaftsgruppen werden auch die Positionen und folglich die Konflikte und Streitpunkte zahlreicher.

Der inhaltliche Bezugsrahmen der Lokalen Agenda 21 ist sehr vage, einerseits ist das positiv für eine offene Prozessgestaltung, andererseits bedeutet das Fehlen klarer Strukturen auch wenig Anknüpfungspunkte. Das Einbinden der Bevölkerung ist eine Verlagerung der Umweltverantwortung nach unten, ohne dass die jeweiligen Stellen bzw. Personen entsprechende Entscheidungskompetenzen haben.

Oftmals ist sowohl aufgrund der konkurrierenden Gesetzgebung und des eingeschränkten Entscheidungsspielraums der Kommunen als auch aufgrund der

unklaren Rechtsstellung der Lokalen Agenda 21–Prozesse nicht klar, ob und wie Ergebnisse bzw. Ziele umgesetzt werden können (vgl. BUCHHOLZ 2004: 127). Ein weiteres Hemmnis ist das sogenannte Effektivitäts – bzw. Legitimationsdilemma. Es beschreibt das Problem der geringen Legitimation der resultierenden Entscheidung, wenn beispielsweise mangels Motivation die Anzahl der EntscheidungsträgerInnen sehr klein ist oder diese einer elitären Gruppe angehören.

Hinsichtlich der soziokulturellen Merkmale haben verschiedene Untersuchungen über Lokale Agenda 21–Prozesse festgestellt, dass sich ein sehr eingeschränkter Personenkreis von gut ausgebildeten Menschen beteiligt, die häufig bereits in ähnlichen Bereichen arbeiten.

„In diesem Zusammenhang ist jedoch anzunehmen, dass der hohe Bildungsstand der AkteurInnen auch die Anforderungen widerspiegelt, die die angewandten Methoden und Formen der Beteiligung an die Lokalen Agenda 21 – AktivistInnen stellen.“ (BUCHHOLZ 2004: 161)

Umgekehrt kann sich jedoch mangelnde Effektivität auch negativ auf die Motivation der TeilnehmerInnen auswirken, wenn die Erfolge ausbleiben oder diese nicht ausreichend transparent gemacht werden (vgl. TAUSCH 2005: 19). Lokale Agenda 21 – Prozesse entwickeln aber auch eine Eigendynamik in Bezug auf Entwicklungsoffenheit, gerade deswegen benötigt es einen gewissen Grad an Stabilität, eindeutige Regeln und anpassungsfähige Strukturen.

„Die Komplexität des Prozesses, in dem viele Beteiligte mit unterschiedlichen Kommunikations- und Verfahrensmustern kooperieren und in den die komplexe Thematik der Nachhaltigkeit einfließt, erfordert klare Strukturen, die transparent, langfristig gesichert und weitgehend unabhängig von Einzelpersonen sind.“ (ASTHLEITNER et al. 2002: 13)

Besonders in der Implementierungsphase sind engagierte Schlüsselpersonen, PromoterInnen oder externe BeraterInnen notwendig. Dabei sollte sehr stark Augenmerk auf eine Parteiunabhängigkeit gelegt werden, da sonst leicht Konfliktfelder und gegenseitiges Misstrauen entstehen können. Oft fehlt die Akzeptanz gegenüber BürgerInnenbeteiligungsverfahren, darüber hinaus herrscht nicht selten Angst des Machts- und Kontrollverlusts seitens der politischen Ebene. Andererseits ist das Agieren vieler BürgerInnen bei Partizipationsprozessen von Vorurteilen gegenüber Politik und Verwaltung bestimmt (vgl. EHRENSTRASSER 2006: 98).

Besonders essentiell wäre hier eine funktionierende Kommunikation zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen bzw. Bevölkerung und Verwaltung.

Ein weiteres Problem ist das Fehlen längerfristig abgesicherter finanzieller Ressourcen.

Die meisten Lokalen Agenda 21 – Prozesse würden ohne Kooperation mit bereits etablierten Institutionen aber vor allem ohne ehrenamtliches Engagement nicht bestehen können. Deshalb braucht es neben einer Basisfinanzierung eine längerfristige Absicherung, um der Entwicklung von selbstorganisierten Prozessen in den Projektgruppen eine Chance und langfristige Perspektive zu geben (vgl. ASTHLEITNER et al. 2002: 14).

Wenn man all diese Nachteile auf einer rein ökonomischen Ebene betrachtet, steigen die Entscheidungskosten aufgrund zusätzlicher zeitlicher und finanzieller Aufwendungen, um eine konsensuale Entscheidung unter Berücksichtigung einer breiten Partizipation herbeizuführen, enorm (vgl. TAUSCH 2005: 19).

Im darauffolgenden Kapitel soll nun auf die Chancen, die ein nachhaltiger Lokaler Agenda 21 – Prozess mit sich bringt, näher eingegangen werden.

Chancen

Wie bereits in den vorangegangenen Kapitel erwähnt, birgt der Anspruch einer Miteinbeziehung aller Gesellschaftsgruppen die Gefahr, dass zeitlicher und finanzieller Aufwand steigt. Gerade darin liegt aber auch die Chance von Partizipationsprozessen. Der Nutzen liegt in sogenannten weichen Faktoren wie stärkere Legitimation der Vorhaben, Stärkung von Sozialstrukturen und das Kennen lernen von demokratischen Abläufen (vgl. KOLLMANN et al. 2003: 52).

„Je mehr Menschen ihr Wissen und ihre Perspektiven in den Entscheidungsprozessen einbringen, um so eher kann man sich diesem Idealfall annähern.“ (TAUSCH 2005. 20)

Aufgrund der Legitimation durch konsensuale Entscheidungen steigt auch die intrinsische Motivation, die sich wiederum positiv auf die Umsetzbarkeit auswirkt. Um diese Motivation der TeilnehmerInnen solcher Prozesse aufrecht zu erhalten, sollten die Ziele aber vor allem auch die Ergebnisse offengelegt und für jeden transparent gemacht werden. Ziele sollten daher nicht unerreichbar sein.

Um eine Bewegungslosigkeit der AkteurInnen zu vermeiden, ist es notwendig die unterschiedlichen Meinungen und Haltungen zu koordinieren und sich einig über Ziel

und Weg zu werden (vgl. HILLBRAND 1997: 54). Hilfreich hierfür kann eine Leitbilddiskussion sein mit dem Ziel der Erstellung eines angepassten Leitbildes, das dazu dient den Zielhorizont abzustecken. Dazu muss am Anfang des Prozesses jedoch auch Klarheit über den Ausgangspunkt der jeweiligen Kommune geschaffen werden, denn jede Gemeinde wird andere nachhaltige Schwerpunkte setzen.

Ein gemeinsames Selbstverständnis von Nachhaltigkeit ist hierfür Voraussetzung.

Lokale Leitbilder können auch mit Hilfe von Indikatorensets entwickelt werden.

Als Chance gesehen werden kann ein Lokaler Agenda 21-Prozess auch im Sinne einer Vermittlung zwischen normativen Vorgaben und Selbstbestimmung. Normative Vorstellungen entstehen in einem globalen Diskurs und stehen den heterogenen und individuellen Interessen, die Selbstbestimmung im lokalen Raum fordern, gegenüber.

„Motivation und Aktivierung durch die Anknüpfung an die Bedürfnisse der Menschen vor Ort bedeutet einerseits, sich auf individuelle Interessen einzulassen und diese zu berücksichtigen. Andererseits muss darauf geachtet werden, dass kein Ungleichgewicht zwischen verschiedenen Einzelinteressen entsteht, was Dominanz einzelner oder bestimmter Gruppen erzeugt und Unzufriedenheit sowie Konflikte zur Folge hat.“

(ASTHLEITNER et al. 2002: 15)

Partizipation ist ein Verständigungsprozess, die Beteiligten müssen eine gemeinsame Sprache finden, das heißt, dass sich Wissenschafts- und Alltagssprache annähern sollten (vgl. KOLLMANN et al. 2003: 64).

In diesem Sinne können Beteiligungsprozesse generell zu einer transparenteren Wissenschaft beitragen. Denn kommt man im Rahmen der Partizipation dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung nach, verlangt es nach einer Überschreitung herkömmlicher Trennlinien und nach einer gesellschaftsoffenen Wissenschaft.

Zu guter Letzt ist auch eine offensive, zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit von Nutzen, um nachhaltiges Bewusstsein zu schaffen, die Ziele eines Lokalen Agenda 21-Prozesses zu vermitteln und um eventuell den Kreis der Aktiven zu erweitern.

Je nach Standort oder Gebrauch könnte ein Agenda-Büro als Drehscheibe für Öffentlichkeitsarbeit, Informationsvermittlung an die diversen Interessensgruppen und als Unterstützung der bereits Aktiven fungieren. Darüber hinaus würde es sehr hilfreich sein, wenn es bei bereits bestehenden Lokalen Agenda 21-Prozessen auf lokaler Ebene neben den Projekten zu den Schwerpunktthemen, auch eine Gruppe von Aktiven gibt, die sich eigens der Transparenz bzw. der Öffentlichkeitsarbeit widmet.

5.3. Gender–Aspekte in Lokalen Agenda 21–Prozessen

In diesem Kapitel möchte ich die Bedeutung von Gender–Aspekten im Umweltbereich aufzeigen. Im Kapitel 24 der Agenda 21 weist ein Aktionsplan für Frauen in der nachhaltigen Entwicklung auf deren relevante Rolle hin. Die Handlungsvorschläge fordern eine gleichberechtigte und nutzbringende Integration der Frauen in allen Entwicklungsmaßnahmen. Für eine erfolgreiche Durchführung der Agenda 21 ist die aktive Miteinbeziehung der Frauen in wirtschaftliche und politische Entscheidungsprozesse sowie in Umweltfragen Voraussetzung. Das heißt, diese internationalen Vereinbarungen und Richtlinien zur Chancengleichheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern als Bestandteil des Nachhaltigkeitsprinzips gilt es auf nationaler Ebene, sprich in den Kommunen bzw. Gemeinden, umzusetzen. Ob diese in der Theorie geforderte gleichstellungsorientierte Entwicklungspolitik auch in der Praxis umgesetzt wird, werde ich im empirischen Teil untersuchen. Zahlreiche empirische Forschungen belegen Geschlechterunterschiede im Umweltbereich bezüglich Umwelteinstellungen, Umweltverhalten und Umweltverbrauch. Die differenzierte Berücksichtigung und Wertschätzung der alltäglichen Arbeit und der verschiedenen Lebenspläne von Frauen und Männern unter Berücksichtigung von Lebenssituationen sowie kulturellen und sozialen Hintergründen müssen in einer gendergerechten nachhaltigen Entwicklung gewährleistet sein (vgl. DAMYANOVIC 2009: 179).

Kathrin Buchholz, die zum Themenschwerpunkt Gender & Environment Voraussetzungen und Hemmnisse für die Integration von Gender–Aspekten in Lokalen Agenda 21 – Prozessen heraus gearbeitet hat, sieht einen Zusammenhang zwischen Geschlechterverhältnissen und dem gesellschaftlichen Naturumgang (vgl. BUCHHOLZ 2004: 15). Aufgrund der Auswirkungen auf die Umweltproblematik bzw. –fragen misst sie den Gender–Aspekten sowie dem Gender Mainstreaming–Konzept hohe Bedeutung bei. Das Gender-Mainstreaming-Konzept fordert die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen und Sichtweisen von Frauen und Männern in allen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prozessen und Entwicklungen. Es ist die Miteinbeziehung von Gender–Aspekten als Querschnittsthema, die Bereitschaft Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen herzustellen und die Schaffung von adäquaten Rahmenbedingungen.

Während der 4. Weltfrauenkonferenz, die 1995 in Peking stattfand, verpflichtete sich auch Österreich, das Gender-Mainstreaming-Konzept in die nationalen Strategien zu integrieren. Im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung sollen diese Ideen in Lokale Agenda-Prozesse eingebettet werden.

Für eine Sensibilität von Gender-Aspekten bedarf es einer geschlechtsspezifischen Disaggregation von demographischen und umweltrelevanten Erhebungen. Das bedeutet, dass beispielsweise gemeindespezifische Statistiken grundsätzlich geschlechterdifferenziert ausgewertet werden, um so Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern deutlich machen zu können (vgl. BUCHMAYR 2005: 304).

Ferner müssen, wenn vorhanden, Ergebnisse einer expliziten Frauen- und Geschlechterforschung bei der Erstellung einer Lokalen Agenda 21 einfließen sowie feministisch orientierte Expertinnen bei der Festlegung von Kriterien und Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung einbezogen werden (vgl. BUCHHOLZ 2004: 71).

Um die Gender-Kompetenzen bzw. -kenntnisse zu erhöhen wäre die Durchführung von Trainings mit EntscheidungsträgerInnen in den Kommunen und Gemeinden wünschenswert.

„Gender Kompetenz bezeichnet das Bewusstmachen der Problematik der Geschlechterverhältnisse, die Information und den Wissensaufbau über Gender und vor allem die Herausarbeitung jener Entwicklungsprozesse, die Geschlechterhierarchien beeinflussen.“ (KRESTAN 2006: 50)

Bei allen Bemühen um einen weiblichen Blickwinkel in die Umweltdebatte einzubringen, verweist Buchholz jedoch auch auf die Gefahr gesellschaftlicher Zuschreibungen, wenn die Rolle der Frau, beispielsweise im Rahmen der Reproduktionsarbeit, zu sehr betont wird.

„Das Sichtbarmachen der bestehenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die Berücksichtigung von Unterschieden in den Ausgangspositionen von Männern und Frauen sind mit der Gefahr verbunden zu einer Festschreibung der traditionellen Geschlechterrollen beizutragen.“ (BUCHHOLZ 2004: 126)

Unumstritten ist jedoch die Tatsache, dass Männer und Frauen durch die gesellschaftliche Zuweisung differenter Tätigkeits- und Verantwortungsbereiche auch unterschiedliche Interessen und Sichtweisen in die Nachhaltigkeitsdebatte einbringen. Diese unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen müssen dann in den Lokalen Agenda 21-Prozessen beachtet werden.

Auch die beruflichen und persönlichen Hintergründe sowie die Motive für eine Mitwirkung an einer Lokalen Agenda 21 von Frauen und Männern können unterschiedlich sein. In den empirischen Untersuchungen von Buchholz widerspiegelt sich das in den divergenten Themenpräferenzen. Innerhalb Lokaler Agenda 21–Prozesse leisten Frauen oft in dem Bereich spezifische Beiträge, der auch gesellschaftlich in die Zuständigkeit von Frauen verwiesen wird. Diese Bereiche haben häufig eine soziale Orientierung, auch Themenbereiche wie Gesundheit und Ernährung sowie die Verknüpfung zwischen Umwelt und Kindern bzw. Jugendlichen gehören dazu. Diese Kompetenz aus sozialen Berufen, die auch vorrangig von Frauen ausgeübt werden, fließt in unterschiedliche Formen der Vernetzungsarbeit an der Basis und in konkrete Projekten ein.

Viele feministische Studien zu Nachhaltigkeitsprozessen verweisen jedoch immer noch auf genderspezifische Ungleichheiten, so sitzen überwiegend Männer in entscheidungsrelevanten Gremien während Frauen hauptsächlich die Vernetzungs- und Projektarbeit vor Ort leisten. Um dem entgegen zu wirken und um mehr Frauen für eine Mitarbeit in der Lokalen Agenda 21 zu gewinnen, könnten Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte miteinbezogen werden. Diese können einerseits die Sensibilisierung und Qualifikation politischer EntscheidungsträgerInnen fördern und andererseits Umsetzungsstrategien zu mehr Frauenbeteiligung in politischen Gremien entwickeln (vgl. DAMYANOVIC 2009: 180). Ob Lokale Agenda 21-Prozesse dabei helfen können, traditionelle Geschlechterrollen aufzubrechen und Frauen dazu animieren nicht nur in gewohnten sozialen Bereichen zu partizipieren wird der von mir untersuchte Entwicklungsprozess in einer niederösterreichischen Gemeinde zeigen.

Die fehlende Berücksichtigung von Frauenbelangen und auch die Schwierigkeiten Frauen für eine Beteiligung in entsprechenden Gruppen zu gewinnen, ist auch auf die unklare Zielsetzung der Lokalen Agenda 21 zurück zu führen. So wird beispielsweise nicht thematisiert, was Geschlechtergerechtigkeit im Kontext einer Lokalen Agenda 21 eigentlich bedeutet. Die Strukturen und Rahmenbedingungen solcher Prozesse können durchwegs auch als hemmender Faktor gesehen werden um Anliegen und Interessen von Frauen durchzusetzen.

Die Agenda 21–Bewegung läuft Gefahr Frauen in traditionelle Nischen und Bereiche abzudrängen, wenn Frauen enormen Arbeits- und Zeitaufwand betreiben ohne finanzielle Entschädigung zu bekommen, ohne Chance auf einen zukünftigen Job und ohne strukturelle Macht und Einflussmöglichkeiten.

Als weiteres Hemmnis kann die Doppelbelastung zwischen Familienleben und Berufsorientierung genannt werden. Dem Wunsch dies zu vereinen stehen immer noch zahlreiche politische und gesellschaftliche Restriktionen entgegen (vgl. OEDL-WIESER 1997: 287).

„Gerade in ländlich geprägten Regionen ist diese Doppellorientierung von Familie und Beruf aufgrund der Problematik am regionalen Arbeitsmarkt, der zumeist keine oder nur sehr beschränkt adäquate Arbeitsplätze für Frauen, vor allem für höher qualifizierte Frauen zu bieten hat, oft schwer zu verwirklichen.“ (BUCHMAYR 2005: 307) Die Veränderung der männlich dominierten Strukturen sowie auch des öffentlichen und privaten Bereichs zugunsten der Gleichstellung der Geschlechter muss von den EntscheidungsträgerInnen und Menschen vor Ort angestrebt werden.

Die von Buchholz herausgearbeiteten Anforderungen zur Beteiligung von Frauen und zum Aufbrechen festgefahrener Rollenbilder in Lokalen Agenda 21–Prozessen sind die Absicherung der Beteiligung von Frauen insbesondere in allen entscheidungsrelevanten Gremien, die gezielte Berücksichtigung der Erfahrungen und Interessen der Frauen sowie die Einbeziehung von Gender–Aspekten als Querschnittsthema bei allen Handlungsfeldern (vgl. BUCHHOLZ 2004: 216).

Um diese Ziele zu erreichen und um solch einen Prozess auch von den örtlichen AkteurInnen selbst starten zu können, ist eine Schulung des differenzierten Blicks, eine Gender-Kompetenz von EntscheidungsträgerInnen sehr hilfreich.

6. Die Gemeinde Großrußbach

Die Marktgemeinde Großrußbach in Niederösterreich liegt im Kreuttal und gehört zum politischen Bezirk Korneuburg. Sie besteht aus den sechs Katastralgemeinden Weinsteig, Hipples, Wetzleinsdorf, Kleinebersdorf, Karnabrunn und Großrußbach. Mit der Wallfahrtskirche in Karnabrunn und anderen wichtigen infrastrukturellen Einrichtungen wie dem Bildungshaus, eine Einrichtung für Erwachsenenbildung, ist die Gemeinde ein beliebtes Ziel für Neubürger und Naherholungssuchende aus Wien. Seit 2006 hat Großrußbach den Gemeinde 21 – Prozess initiiert und wird von der externen Prozessbegleiterin Martina Klaus betreut.

Ihr Statement zum G – 21 – Prozess:

„Zunächst bedarf es bestimmter Visionen, später konkreter Ziele und schließlich konsequenter Aktivitäten um eine erfolgreiche Strategie für die Gemeinde zu entwickeln und zu realisieren. Im Rahmen des G – 21 Prozesses in Niederösterreich werden viele gute Ideen geboren, neue kreative Vorschläge gemacht und die Bevölkerungsbeteiligung führt zu mehr Engagement und Identifikation der Bürger und BürgerInnen für die Belange ihrer Gemeinde, immer unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit. Jede® BürgerIn ist aufgerufen sich zu beteiligen – bereits Kinder sollen in diesen Umdenkprozess miteinbezogen werden und lernen, Verantwortung für die Zukunft ihrer Gemeinde zu übernehmen.“ (www.gemeinde21.at (3))

6.1. Demographische Daten

Die Gemeinde Großrußbach hat ihre höchste Erhebung im Karnabrunner Wald mit 374 Höhenmeter und liegt auf einer Seehöhe von 291m. Auf einer Fläche von rund 33km². leben 2.118 Einwohner in 746 Haushalten.²⁵

Die Dichte beträgt 59 Einwohner/km². Die Bevölkerungsentwicklung weist zwischen 1991 und 2001 eine positive Bilanz auf, vor allem durch Zuwanderung, aber auch durch eine erstmals seit 1971 positive Geburtenbilanz. Die Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit Haupttätigkeit liegt im Jahr 2009 bei 103²⁶ und ist

²⁵ Die Einwohnerzahl (2.118) stammt aus dem Jahr 2008 bzw. die Zahl der Haushalte (746) aus der Volkszählung 2001 von der Datenbank der Statistik Austria.

²⁶ Vgl. www.statistik.at (3).

somit seit den letzten zehn Jahren stetig gesunken, die Anzahl der Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe ist zwischen 1991 und 2001 von 47 auf 62 gestiegen. Diese 62 Arbeitsstätten schaffen 240 Arbeitsplätze in der Gemeinde.

6.2. Anfänge der Gemeindeentwicklung

Die ersten Gespräche zur Gemeindeentwicklung in der Gemeinde Großrußbach wurden, aufgrund der vorangegangenen positiv verlaufenden Dorferneuerungsbewegung mit intensiver BürgerInnenbeteiligung, bereits im Jahr 2002 geführt. Es folgte eine Entscheidung zu einem gesamtheitlichen Gemeindeentwicklungsprozess und der Erstellung eines Leitbildes in Zusammenarbeit mit dem Team des niederösterreichischen Landesverbandes für Landes-, Regional-, und Gemeindeentwicklung. Im Zuge dessen wurde innerhalb einer Strukturanalyse ein Leitbild entworfen, um ein klares Bild vom Entwicklungsstand der Gemeinde und den vorhandenen Schwächen und Potentialen zu bekommen. Die dafür erforderlichen Informationen wurden durch die Aufarbeitung von Datenmaterial, Führung von Interviews und Einzelgesprächen mit Bürgermeister, GemeinderätInnen, FunktionärInnen, UnternehmerInnen und aktiven GemeindebürgerInnen erhoben. Mitte 2005 wurden die Gemeindeverantwortlichen dann auf das neue Programm „Gemeinde 21“ als weiterführendes geeignetes Instrument zur nachhaltigen Gemeindeentwicklung aufmerksam. Nach ersten Gesprächen folgte eine Exkursionsfahrt nach Steinbach an der Steyr/ Oberösterreich, einer der ersten Gemeinden, die Partizipationsprozesse förderte, schon lange vor dem weltweiten Beschluss zur Lokalen Agenda 21 bei der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 (vgl. POSTL 2005: 62). Die ExkursionsteilnehmerInnen erfuhren Details zu den Schwerpunkten Nachhaltigkeit und sammelten Erfahrungen bei der Besichtigung erfolgreich umgesetzter Projekte.

Ende des Jahres 2005 wurde dann die Teilnahme von Großrußbach am Programm „Gemeinde 21“ im Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Danach wurden sieben Arbeitskreise initiiert mit den Themen Wirtschaft/Nahversorgung, Landschaft/Landwirtschaft/Ökologie/Umweltschutz, Tourismus/Kultur/Bildung, Verkehr, Ortsbild/Bauen/Wohnen, Senioren/Freizeit/Vereine sowie Jugend/Sport/Freizeit. Zu Beginn des Prozesses stand die Aufgabe im

Vordergrund, das bestehende Leitbild mit seinen Zielen und Maßnahmen auf seine Aktualität hin abzufragen, zu ergänzen und in die neuen Strukturen überzuführen. Um das Interesse der Bevölkerung zu wecken, wurden in allen sechs Katastralgemeinden BürgerInnengespräche abgehalten. Die Ergebnisse wurden Inhalt eines Berichts, in dem bestehende Ziele adaptiert wurden sowie formulierte Maßnahmenideen enthalten waren. In einer Projektwerkstatt wurden später Projektbeschreibungen und Projektdatenblätter zu sieben ausgewählten Projekten erarbeitet. Damit sollte eine erfolgreiche Umsetzung des Zukunftsbildes erleichtert werden.

Die Projekte wurden vom Kernteam, das aus einigen Interessenten und Freiwilligen entstand, unter der Leitung vom Bürgermeister Johann Müller festgelegt. Zu jedem einzelnen Projekt arbeitete eine eigene Arbeitsgruppe, die detaillierte Projektbeschreibungen ausgearbeitet haben. Im darauffolgenden Kapitel werde ich einige Projekte kurz illustrieren.

6.3. Projektbeschreibungen

Projekt Radwege

Zum Schwerpunkt Sanfte Mobilität entstand das Projekt Radwege. Ziel war es die Situation bezüglich des öffentlichen Verkehrs zu verbessern und auch eine regionale Mobilität ohne Auto zu ermöglichen. Dies soll neue Chancen für die BewohnerInnen der Region eröffnen aber auch Verbesserungen für Gäste und TouristInnen bringen. Das ohnehin starke Verkehrsaufkommen an der Bundesstraße (B 6) und daher in drei Katastralgemeinden von Großrußbach soll durch sanfte Mobilität bzw. durch ein alternatives Verkehrskonzept innerregional entlastet werden. Durch dieses Vorhaben werden Freizeiträume erschlossen, Alltag und freies Bewegen vor allem für Kinder ermöglicht, Spielräume für Junge erweitert, Wege abseits von Straßen geschaffen und Sport und Fitness gefördert. Wenn die Ortschaften auch abseits der Straßen erschlossen sind, sollen kleine Einkäufe auch ohne PKW möglich sein. Zeitgleich wird durch das bewusste Nutzen des Fahrrads der Freizeitwert und auch die Verkehrssicherheit erhöht sowie die unmittelbare Umwelt wieder mehr erfahren und kennen gelernt.

Ob diese Ideen, die in den Maßnahmen zur sanften Mobilität enthalten sind, auch in der Praxis umgesetzt werden konnten, wird später meine empirische Fallstudie zeigen.

Projekt Wallfahrtstourismus

Der Anlass des Projektes war vor allem die ökonomische Revitalisierung des Wallfahrtstourismus in der Katastralgemeinde Karnabrunn.

Der Ort war bis zum Zweiten Weltkrieg mit der Kirche ein beliebtes Wallfahrtsziel. Durch die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und der Stilllegung der Bahnstrecke zwischen Korneuburg und Ernstbrunn wurden auch die Wallfahrten immer weniger und das geographisch dazwischen liegende Karnabrunn verlor nach und nach seine ökonomische Infrastruktur.

Durch den Wiederaufbau und die Restaurierung alten Kulturgutes (z.B. des alten Wallfahrtsweges, der barocken Wallfahrtsstiege und der Ortskapellen) soll der Bekanntheitsgrad des Ortes wieder steigen.

Darüber hinaus wird versucht eine angepasste Infrastruktur mittels etwaiger Eröffnung Gastronomiebetriebe sowie eine regelmäßige öffentliche Verkehrsanbindung wieder herzustellen. Dadurch erhofft man sich auch ein neues Identitätsgefühl seitens der BewohnerInnen.

Projekt Kleindenkmäler

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Projekt zur Restaurierung der Kleindenkmäler in der Gemeinde. Die Materl werden renoviert, anschließend kartographiert, mit Informationen zu deren Bedeutung und Geschichte versehen und schließlich digital archiviert, um für die Öffentlichkeit zugänglich zu sein. Dies kann durchaus als identitätsstiftende Maßnahme gesehen werden. Die Kleindenkmäler sind sehr wichtig für einen Teil der Bevölkerung, tragen sie doch zur Geschichte der Gemeinde bei und erinnern an bestimmte Ereignisse.

Die Kleindenkmäler können auch als Kommunikationsmittel interpretiert werden und sind somit wichtiges Identitätsmerkmal für die BewohnerInnen. Im Sinne der sozialen bzw. kulturellen Nachhaltigkeit stellt es daher ein sehr essentielles Projekt dar.

Die Kleindenkmäler erinnern häufig an historische Gegebenheiten und stellen lokale Verwurzelungen bzw. Zeugnisse dar. Außerdem liefern sie kulturhistorisch wertvolle Informationen für die Bevölkerung und Interessierte, die auch für den Tourismus genutzt werden können.

Projekt Jugendraumkonzept/ Schwimmteich

Im Bereich der Jugend hatte man aufgrund der großen Nachfrage Räume und Plätze zur Förderung der Gemeinschaft setzen wollen.

Ferner ist im Rahmen eines anderen Projekts der Bau eines Freizeitentrums geplant. Durch die Erweiterung des Freizeitangebots und dem Anlegen eines Schwimmteichs sollten neue Räume kreiert werden, die zur Lebensqualität der BewohnerInnen beitragen. In der Lokalen Agenda 21 wird der Jugend eine sehr essentielle Rolle eingeräumt, ob ihnen diese im Rahmen des Gemeinde 21-Prozesses in Großrußbach auch zukommt, werden meine Untersuchungen zeigen.

Projekt Nahversorgung

Ein weiterer Fokus des Gemeindenachhaltigkeitsprozesses ist die Sicherung der Nahversorgung, nicht nur aufgrund der ökonomischen Funktion sondern auch wegen der identitätsstiftenden Komponente für die Region.

Durch eine Bestandsaufnahme in der Gemeinde und Befragungen der OrtsvorsteherInnen, NahversorgerInnen sowie BauernmarktvertreterInnen stellte sich heraus, dass die bereits bestehende Nahversorgersituation in Großrußbach durch zwei GreißlerInnen durchwegs positiv zu bewerten ist und die realistische Zielsetzung nur sein kann, das bestehende und funktionierende System zu erhalten. Hinzu kommt das Bestreben, neue zeitgerechte Impulse zur Stabilisierung und zum nachhaltigen Bestand der Nahversorgung, zu setzen. Damit sind verschiedene Formen von Zusammenarbeit zwischen lokalen LandwirtInnen und den GreißlerInnen gemeint, sowie regelmäßig stattfindende BäuerInnenmärkte. Ortsansässige LandwirtInnen haben dadurch die Möglichkeit ihre Produkte zu vertreiben.

Durch den Konsum lokaler Güter bzw. Produkte wird wiederum die Käuferbindung an den Ort erhöht und die Wertschöpfung in der Region und von deren Ressourcen steigt. Außerdem ist die bewusste ökologische und soziale Entscheidung im Ort einzukaufen auch der sanften Mobilität dienlich, da für Besorgungen keine weiten Strecken mit dem Auto zurück gelegt werden müssen.

Um eine gewisse Macht über den Markt in der Gemeinde zu erhalten bzw. die NahversorgerInnenstruktur zu bewahren, muss die Kooperation und Kommunikation der lokalen AkteurInnen gestärkt werden sowie Angebot und Qualität für KonsumentInnen erhöht werden.

Die Nahversorgung ist daher in vielerlei Hinsicht sehr wichtig für den ländlichen Raum und kann als multifunktionale Einrichtung im Sinne der Nachhaltigkeit gesehen werden.

7. Methodik

Im Rahmen des empirischen Teils der Diplomarbeit habe ich mir einen Nachhaltigkeitsprozess in Form des Gemeinde 21 – Prozesses in Großrußbach in der Praxis angesehen, um der Forderung gerecht zu werden, die Beteiligten selbst zur Wort kommen zu lassen. Es wurden qualitative Interviews mit KommunalpolitikerInnen und BürgerInnen geführt, um so auf Stärken und Chancen, aber auch auf Probleme bzw. Hemmnisse eines Lokalen Agenda 21–Prozesses aufmerksam zu werden. Hier soll untersucht werden, wie sich eine im globalen Diskurs entstandene nachhaltige Entwicklungsstrategie lokal auswirkt.

7.1. Methodische Vorgangsweise

Bevor ich die Ergebnisse der Interviews skizzieren werde, möchte ich meine methodische Vorgangsweise erläutern, die in die qualitative Sozialforschung eingebettet ist. Eines der impliziten Merkmale qualitativer Forschung ist die Einzelfallorientierung (vgl. MAYRING 2008: 18). Im Gegensatz zur quantitativen Analyse, die ihren Gegenstand in einzelne Variable zerteilt und so nur isolierte Daten nachweist anstatt Zusammenhänge und Verknüpfungen, versucht die qualitative Forschung die ganze Komplexität zu erfassen.

Bei der Befragung bzw. den Interviews kann zwischen zwei Hauptgruppen unterschieden werden. Bei den InstrumentalistInnen wird das Hauptaugenmerk auf die Erstellung des Instrumentariums, den Fragebogen gelegt, die InteraktionistInnen hingegen gehen davon aus, dass der Sinn von Gesprächen nur im jeweiligen Kontext einer ganz bestimmten Situation verstehbar sei (vgl. ATTESLANDER 2003: 144).

Ich persönlich habe meinen Schwerpunkt aufs Letztere gesetzt.

Grundsätzlich kann bei Interviews zwischen dem wenig strukturierten, teilstrukturierten und dem stark strukturierenden unterschieden werden (vgl. ATTESLANDER 2003: 146). Bei meinen Gesprächen habe ich mich für teilstrukturierte, nicht – standardisierte Interviews mit offenen Fragen entschieden, bei denen ich je nach Gesprächsverlauf variieren konnte. Zudem habe ich einen Gesprächsleitfaden verwendet. Ähnlich wie beim wenig strukturierten, hat das teilstrukturierte Interview den Vorteil, dass die Gesprächsführung flexibel ist und der Interviewer aus dem Gespräch sich ergebende

Themen aufnehmen kann. Nicht–standardisiertes Interview bedeutet den Verzicht auf vorgegebene Antwortkategorien (vgl. ATTESLANDER 2003: 161). Bei den Arten von Fragen kann zwischen offenen und geschlossenen Fragen differenziert werden.

„Die offene Frage enthält keine festen Antwortkategorien. Die befragte Person kann ihre Antwort völlig selbstständig formulieren, und der Interviewer hat die Aufgabe, die Äußerungen der Auskunftsperson so genau wie möglich zu notieren; diese werden erst später bei der Auswertung bestimmten Kategorien zugeordnet.“

(ATTESLANDER 2003: 161)

Das hat den Vorteil, dass die Auskunft dem Wissenstand und der persönlichen Einstellung des Befragten entspricht, der Nachteil jedoch ist der erhöhte Auswertungsaufwand (vgl. EHRENSTRASSER 2006: 71).

Mein Interviewverhalten war ein „weiches“²⁷, das heißt, ich habe während des Gesprächs eher eine passive Rolle eingenommen und den Befragten den Gang des Gesprächs bestimmen lassen.

Die Auswertung erfolgte im ersten Schritt durch die Transkription der Interviews. Danach wurde das Material bzw. die Informationen mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring so in Kategorien oder Klassifizierungen²⁸ unterteilt, dass die wesentlichen Inhalte erhalten blieben. Ziel der Inhaltsanalyse ist die Analyse von Material, das aus irgendeiner Art von Kommunikation stammt (vgl. MAYRING 2008: 11). Sie will nach expliziten Regeln systematisch soziale Tatbestände erfassen, damit ein Nachvollziehen bzw. eine Nachprüfbarkeit möglich ist. Außerdem geht sie theoriegeleitet vor, das Material wird anhand des jeweiligen theoretischen Hintergrund analysiert. Die sich aus den Interviews ergebenden Interpretationen sollen als Hilfestellung bzw. Handlungsvorschläge für nachhaltige Gemeindeentwicklung verstanden werden.

²⁷ Vgl. hierzu ATTESLANDER 2003: 150 bzw. PHILLIPS 1970: 111

²⁸ „Mit Klassifizierungen soll gemeint sein; die Ordnung eines Datenmaterials nach bestimmten, empirisch und theoretisch sinnvoll erscheinenden Ordnungsgesichtspunkten, um so eine strukturierte Beschreibung des erhobenen Materials zu ermöglichen.“ (MAYRING 2008: 22)

8. Empirie

8.1. Auswertung der empirischen Daten

Zu Beginn will ich anhand der Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales meine empirischen Daten auswerten um den Zusammenhang zwischen dem globalen Nachhaltigkeitsdiskurs auf theoretischer Seite und dem lokalen Raum in Großrußbach, in dem nachhaltige Prozesse in der Praxis umgesetzt werden, aufzuzeigen. Danach sollen im darauffolgenden Kapitel die Daten aus den Interviews Antworten liefern zu der Frage: „Was kann BürgerInnenbeteiligung und Partizipation in Großrußbach leisten?“ Danach folgt die Exploration von möglichen Spannungsfeldern bzw. Hemmnissen und Chancen eines nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozesses. Weitere Schwerpunkte sind die Kommunikation und die Transparenz innerhalb des Gemeinde-21-Prozesses in Großrußbach. Zum Schluss soll anhand des empirischen Materials untersucht werden, ob die in der Theorie geforderte Berücksichtigung von Gender-Aspekten in der Praxis auch wirklich umgesetzt wird.

Im theoretischen Teil habe ich mehrmals aufgezeigt, wie sich der Nachhaltigkeitsbegriff im globalen Diskurs im Laufe der Jahre durch diverse Umweltdebatten entwickelt hat. Dabei hat sich gezeigt, dass die soziale und kulturelle Dimension oft vernachlässigt wird und sich die Vorstellungen und Konzepte über Nachhaltigkeit vorrangig auf ökologische und ökonomische Aspekte beziehen. Ein Grund hierfür, wie bereits im Theorieteil erwähnt, ist die mangelhafte Konkretisierung, die Uneindeutigkeit und die begriffliche Vielfalt der sozialen Dimension.²⁹ Da die Sozialwissenschaften erst recht spät die Nachhaltigkeit als Thema für sich entdeckt haben, gibt es in der Praxis, in den Gemeinden bzw. Kommunen, dort wo Lokale Agenda 21-Prozesse stattfinden, häufig keine konkreten Vorstellungen zu diesem Aufgabenfeld (vgl. SCHÄFER/SCHÖN 1999: 55). Entgegen einer schon lang andauernden Debatte im ökologischen und ökonomischen Kontext, fehlt das Wissen und die Vorstellung einer nachhaltigen Gesellschaft und den damit verbundenen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen. Die Sozialwissenschaften sollten die Chance wahrnehmen dazu einen Beitrag leisten bzw. Orientierungswissen liefern, das dann vermehrt in regionale Nachhaltigkeitspläne einfließen kann. Die sozialen Zielsetzungen, die man als Sicherung der

²⁹ Einen Beitrag der Sozialwissenschaften zur nachhaltigen Raumentwicklung und mögliche Antworten auf die Frage: „Was bedeutet soziale und kulturelle Nachhaltigkeit?“ liefern SCHÄFER/SCHÖN (1999).

Grundbedürfnisbefriedigung, Angleichung der Lebensverhältnisse und Angleichung der Lebens- und Entwicklungschancen definieren kann, müssen mit den ökologischen, ökonomischen und kulturellen Zielsetzungen in Verbindung gebracht werden (SCHÄFER/SCHÖN 1999: 58). Das in der Literatur über Nachhaltigkeit häufig zu findende Nachhaltigkeitsdreieck, das die integrative und gleichwertige Betrachtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Handlungsfelder vorsieht, muss oft der wirtschaftsorientierten Schwerpunktsetzung weichen.

Auch in Niederösterreich ist die Regionalpolitik bzw. –entwicklung von ökonomischen Zielen bestimmt. Die Stärkung und Förderung der Innovationsfähigkeit steht im Vordergrund, das beweist die Gründung zahlreicher Technologie-, Impuls-, und Wirtschaftszentren, der soziale Bereich wird dabei oft außer Acht gelassen. In diesem Kapitel widme ich mich meinem empirischen Material, das sich aus diversen Interviews, Beobachtungen und Forschungen zusammensetzt und versuche den Trend zu illustrieren, der sich im nachhaltigen Gemeindeprozess in Großrußbach abzeichnet. Welche Projekte werden im Bereich Ökologie, Ökonomie und Soziales durchgeführt, welche Schwerpunkte werden gesetzt? Überwiegen auch hier die ökonomischen und ökologischen Dimensionen oder werden durchaus auch soziale Projekte umgesetzt? Wird den Handlungsvorschlägen, die eine Lokale Agenda 21 bietet, nachgegangen und wird der Prozess in Großrußbach der ganzheitlichen Sichtweise der Nachhaltigkeit gerecht? Im Folgenden versuche ich nun Antworten durch die Auswertung der Interviews und Gespräche auf diese Fragen zu finden. Dabei will ich nochmal erwähnen, dass eines der Merkmale der qualitativen Forschungsmethoden, derer ich mich bediene, die Einzelfallorientierung ist und deshalb nicht von diesem untersuchten Prozess auf andere geschlossen werden kann. Nachhaltige Gemeindeentwicklungsprozesse müssen jeweils in den kontextuellen Strukturen betrachtet werden. Zuerst werde ich mich den Projekten und Trends im ökologischen sowie im ökonomischen Bereich widmen, zu guter Letzt werde ich mich mit den, gerade aus der Sicht der Kultur- und Sozialanthropologie, so wichtigen sozialen Prozessen in Großrußbach beschäftigen. Dabei sollen auch Aussagen und Passagen aus den Interviews, die mit KommunalpolitikerInnen und BürgerInnen geführt wurden, verwendet werden.

8.2. Ökonomie, Ökologie und Soziales

8.2.1. Ökonomie

Ein dem Bereich der Wirtschaft zuordenbares Projekt ist das der Nahversorgung. Wie bereits im Kapitel 7.3. kurz beschrieben, wird in Großrußbach versucht die positive NahversorgerInnensituation mit zwei Greißlern zu erhalten.

„Außerdem haben die lokalen Bauern die Möglichkeit ihre Produkte wie Wein, Honig, Fleisch und Wurstwaren zu vertreiben. Daraus resultiert wiederum, etwa durch den Konsum von lokalen Produkten, die steigende Wertschöpfung am Umland und den Ressourcen...“³⁰

„Auch die zwei Greißler in unserer Gemeinde sind sehr wichtig für die Bewohner. Es müssen keine weiten Strecken zurückgelegt werden für Einkäufe, was auch zur sanften Mobilität, auch ein wichtiges Thema im Prozess, beiträgt.“³¹

In diesem Projekt ist eine starke Regionalorientierung sowie eigene Ressourcennutzung zu erkennen, was sehr positiv hervor zu heben ist. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird Subsistenz, die Regionalisierung der Märkte sowie die Förderung regionaler Produkte oft als Chance gesehen die bestehende dominante Wirtschaftsordnung zu durchbrechen. Damit gemeint ist eine Relativierung der dominierenden Marktwirtschaft hin zu einer nachhaltigen Versorgungs- und Eigenwirtschaft (vgl. SCHÄFER/SCHÖN 1999: 65). Auch in der Nachhaltigkeitsdebatte wird im ökonomischen Bereich Wert auf lokale Ressourcennutzung gelegt, weil eine regionale Versorgungsökonomie mit ihrer nähräumlichen Organisation und der Erfahrung mit den kooperativen Handlungsmustern einer nachhaltigen Wirtschaftsweise sehr nahe kommt (vgl. SCHÄFER/SCHÖN 1999: 66).

In Großrußbach kommt der Erhalt der Nahversorgung auch der sanften Mobilität, ein Thema das ich im Kapitel Ökologie näher erläutern werde, zugute, da für Einkäufe keine weiten Strecken zurückgelegt werden müssen und die Entfernungen durchaus auch mit dem Fahrrad bewältigt werden können. Damit wird nicht nur eine umweltverträgliche, regionalorientierte Wirtschaftsentwicklung unterstützt sondern es kommt auch zu einer Reduzierung des motorisierten Verkehrs innerhalb der Gemeinde.

³⁰ Interview Nr. 3

³¹ Interview Nr. 2

„Zusätzlich gibt es noch einen regelmäßig statt findenden Bauernmarkt, wo ebenfalls Landwirte von der Gemeinde ihre Produktpalette anbieten.“³²

Im Sinne einer regionalorientierten Ökonomie muss es auf jeden Fall Ziel sein die aktuelle NahversorgerInnensituation in Großrußbach aufrecht zu erhalten sowie auch die Möglichkeit, dass ortsansässige Bauern und Bäuerinnen ihre Produkte vertreiben können. Die KäuferInnenbindung an den Ort wird erhöht und das kommt der Gemeinde wiederum zugute. Aus den Interviews ist ebenfalls zu vernehmen, dass durch den Konsum lokaler Produkte die Wertschöpfung in der Region und von deren Ressourcen steigt. Falls nicht schon vorhanden können auch Zusammenschlüsse von mehreren LandwirtInnen positiv zu der Situation beitragen, da dadurch die KundInnenerreichbarkeit erhöht wird sowie Distributions- bzw. Verkaufswege erleichtert werden.

Im ökonomischen Bereich der Nachhaltigkeit in Großrußbach auch zu erwähnen ist die Leaderregion „10 vor Wien“, bei der die Gemeinde Mitglied ist. Dieses Programm läuft parallel zur Gemeinde 21 auf regionaler Ebene und umfasst zehn Gemeinden nördlich von Wien. Ziel des Projektes ist die Förderung der ländlichen Entwicklung, das umfasst die Unterstützung von sanftem Tourismus, der Wirtschaft, in der LandwirtInnen als ProduktlieferantInnen eine wichtige Rolle spielen, moderate Siedlungsentwicklung und das Schaffen sozialer Infrastruktur.³³ Auf die Bedeutung dieser Leaderregion für die Gemeinde und auf die Verzahnung mit dem nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozess in Großrußbach werde ich im Folgenden noch näher eingehen.³⁴

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in Großrußbach kein eindeutiger Trend hin zu rein wirtschaftlichen Projekten erkennbar ist, im Gegenteil, im darauffolgenden Teil wird sichtbar, dass in der Gemeinde die Schwerpunkte eher im Bereich Ökologie und Soziales liegen.

³² Interview Nr. 3

³³ vgl. www.10vorwien.at

³⁴ Die Leaderregion spielt vor allem im Bereich Ökologie in Großrußbach eine wesentliche Rolle (siehe nächstes Kapitel)

8.2.2. Ökologie

Im Bereich der Ökologie ist das Projekt Radwege zu erwähnen, im Zuge dessen versucht wird ein innerörtliches Radwegenetz gemeindeverbindend wie auch regionale Radwege auszubauen. Das Vorhaben setzt auf sanfte Mobilität innerhalb der Gemeinde Großrußbach. Ziel ist es in der Region auch ohne Auto mobil zu sein, eine Entlastung des Straßennetzes und eine Attraktivitätssteigerung als Gemeinde für die BürgerInnen aber auch für Gäste und TouristInnen zu erreichen.

„Die Radgruppe ist auch eine ganz aktive, die beschäftigt sich mit Alltagsradeln und Radwegen innerhalb der Gemeinde, das heißt, kurze Wege von einer Katastralgemeinde zur anderen, dass ich nicht immer das Auto brauche sondern innerörtlich, innerhalb der Gemeinde mit dem Fahrrad fahren kann.“³⁵

„Dadurch, dass es möglich ist abseits den Straßen von einem Ort zum anderen zu kommen, wird das Rad zu einem Bewegungs- und Transportthema.“³⁶

„...die sind extrem aktiv, machen immer wieder Radevents um einfach dieses Thema Radfahren ganz stark ins Bewusstsein der Bevölkerung zu platzieren.“³⁷

Um umweltschonenden Nahverkehr in der Gemeinde weiter zu fördern wurde innerhalb des Projektes Radwege ein weiteres Vorhaben umgesetzt.

„Wir haben für die Gemeinde mit Unterstützung des Landes zwei elektrounterstützte Fahrräder gekauft und die verliehen, wochenweise und tageweise und das ist recht gut genutzt worden.“³⁸

Diese Mobilitätsdienstleistungen in der Gemeinde, die nichtmotorisierten Verkehr fördern, setzen auf eine nachhaltige ökologische Entwicklung.

Die Ziele des Radprojektes, die schon anfangs in den ersten Sitzungen, als die Projekte zu den verschiedenen Schwerpunktthemen entstanden, formuliert wurden, werden auch in den Interviews klar artikuliert. Zuerst jedoch gab es vor der Umsetzungsphase eine lange Entwicklungsphase.

„...das erste halbe Jahr wurde damit zugebracht das Projekt überhaupt zu entwickeln, dann haben wir es der größeren Gruppe präsentiert.“³⁹

³⁵ Interview Nr. 1

³⁶ Interview Nr. 2

³⁷ Interview Nr. 1

³⁸ Interview Nr. 2

³⁹ Interview Nr. 2

„Wir haben es jetzt so weit getrieben, dass wir uns monatlich an einem bestimmten Tag als Jour fixe treffen und die Projekte, die wir jetzt im Angriff haben, sozusagen weiterentwickeln.“⁴⁰

Die angesprochenen Ziele, die sich die Radgruppe gesetzt hat, werden in folgenden Aussagen klar.

„Ich denke, dass wir in drei Jahren soweit sind, dass die Jugendlichen zum Fußballtraining größtenteils mit dem Fahrrad fahren. Wenn das der Fall ist, dann denke ich, ist das ein Erfolg gewesen. Und ich schätze in zwei Jahren wird es in Großrußbach 10,15 elektrounterstützte Räder geben und die Leute werden damit zum Greißler fahren, also das werden wir zusammenkriegen...aber das was wirklich wichtig ist, dass das Thema Rad ständig von irgendeiner Seite daher kommt und irgendwann wird man in Großrußbach mit dem Rad an einem Sonntagnachmittag - statt dem Spazieren gehen - auf einem Radweg zu irgendeiner so einer Literaturinstallation fahren. Das hat dann etwas Künstlerisches und Sportliches.“⁴¹

„Großrußbach ist eine Zuzugsgemeinde und bei allen, die zuziehen wäre es schön, wenn die schon sehen, die Leute, die hier wohnen, fahren auf der Straße alle mit dem Rad. Dann fahren sie vielleicht auch selber, man muss nicht jeden Meter mit dem Auto fahren...“⁴²

Das Radprojekt ist ein gutes Beispiel dafür, wie es durch die Initiierung des G-21-Prozesses zu einem Aufbau verschiedener Netzwerke von Institutionen und AkteurInnen gekommen ist. Die Entwicklung dieser Netzwerke, Verbindungen und Kooperationen, die der Gemeinde sehr nützlich sind, können auch in anderen Bereichen beobachtet werden. Die Vernetzungen gibt es sowohl mit anderen Förderprogrammen des Landes Niederösterreich wie auch innerhalb der Gemeinde. Das kommt auch in den Befragungen zur Sprache.

„Da ist nicht alleine die Gemeinde-21-Aktion, da verzahnen sich sehr, sehr viele Dinge. Wir sind bei der Kleinregion „10 vor Wien“, wir sind bei dieser Leaderregion dabei und da gibt es wieder das Projekt Radland. Im Norden führt der Eurovelo, im Süden der Donauradweg vorbei und dazwischen war nichts. Jetzt haben wir in der Kleinregion gesagt, da müssten wir eine Verbindung schaffen. Es gibt diese Aktion Radland vom

⁴⁰ Interview Nr. 2

⁴¹ Interview Nr. 2

⁴² Interview Nr. 2

*Land Niederösterreich, wo man mitmacht und es sehr viele Förderungen gibt und, und, und. Da gibt es schon sehr viele Sachen.*⁴³

Diese Verzahnungen von verschiedenen Netzwerken, gerade um das Thema sanfte Mobilität und Radfahren, zeigt sich auch in anderen Gesprächen.

*„Ja, gleichzeitig ist diese Radgruppe in Alles eingebunden, wo in der Gemeinde Rad zum Thema gemacht wurde, das ist sowohl in der Kleinregion wie auch in der Leaderregion, weil Großrußbach jetzt auch Mitglied in der Kleinregion „10 vor Wien“ ist und auch gleichzeitig Mitglied in der Leaderregion, die ein bisschen mehr Gemeinden umfasst als „10 vor Wien“, ich glaube es sind 13 oder 14.“*⁴⁴

Diese Netzwerkbildung, die durch die G-21-Prozessinitiierung und die zuvor in einzelnen Ortschaften tätige Dorferneuerung sehr erleichtert wurde, bietet die Chance Konsultations- und Kommunikationsprozesse zu verbessern.

Wie bereits angesprochen kommt es auch innerhalb der Gemeinde zu Vernetzungen und dem Zusammenarbeiten verschiedenster Institutionen bzw. AkteurInnen. Die einzelnen Projekte können dabei nicht strikt in die Bereiche Ökonomie, Ökologie oder Soziales eingeordnet werden, sondern sie überschneiden sich und wirken in den Projekten zusammen. All das macht die folgende Aussage deutlich:

*„Es ist so, dass wir jetzt auch das Radopening für die Kleinregion ausrichten und das ist am 3.Mai, mit geführten Touren ein bisschen und wir auch teilnehmen an der „Literatour“, wo Literatur und Rad zum Thema wird. Über diese Schiene vernetzen sich oder arbeiten Institutionen zusammen, die bislang nicht zusammen gearbeitet haben. Bildungshaus, Volksschule, Bücherei und die Radgruppe.“*⁴⁵

8.2.3. Soziales

Wie schon bereits angesprochen ist in der Gemeinde Großrußbach kein eindeutiger Trend hin zur Ökonomie, was die Projektauswahl betrifft, zu erkennen. Auch im sozialen bzw. kulturellen Bereich wurden innerhalb des Gemeinde-21-Prozesses Projekte initiiert. Bevor ich Interviewauszüge zu diversen Projekten mit sozialem bzw. kulturellem Bezug bringe, will ich noch mal kurz erläutern, warum es mir so wichtig erscheint, nicht nur auf die ökonomischen und ökologischen Handlungsfelder Augenmerk zu legen.

⁴³ Interview Nr. 6

⁴⁴ Interview Nr. 2

⁴⁵ Interview Nr. 2

Das betrifft nicht nur die Nachhaltigkeitsdebatte im Allgemeinen, sondern auch Prozesse und Projekte im lokalem Raum.

Das Leitbild der niederösterreichischen Landespolitik wird von wirtschaftlichen Faktoren dominiert und auch aus diversen Schriftstücken des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung geht hervor, dass die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, Innovation und Technologie in Vordergrund stehen und positive soziale Veränderungen nur wünschenswerte Nebeneffekte sind.⁴⁶

Schon anhand der Projektauswahl in Großrußbach widerspiegelt sich der niederösterreichische Trend hin zur Ökonomie nicht. Im nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozess ist unter den sieben Projekten nur eines, das einen starken wirtschaftlichen Aspekt hat, bei allen anderen verschwimmen die Zuordnungsbereiche.

In diesem Kapitel sollen nun anhand der Aussagen aus diversen Gesprächen Projekte vorgestellt werden, die einen sozialen bzw. kulturellen Charakter haben.

Zur Veranschaulichung des sozialen Schwerpunkts in der Gemeinde Großrußbach dient die folgende Ausführung aus einem Interview.

„Also sehr stark heraus gekommen ist die soziale Komponente. Das ist jetzt in sehr vielen Gemeinden Thema, weil diese Infrastrukturarbeiten nun fast überall abgeschlossen sind. Das war Aufgabe der vergangenen Jahre oder Jahrzehnte, jetzt geht es schon in eine ganz andere Richtung...man beschäftigt sich jetzt eigentlich mit ganz anderen Themen, im Bereich Soziales, Ökologie, Energie, Kulturbereich, also diese Themen. Das hat sich auch in Großrußbach bestätigt.“⁴⁷

Im Sozialbereich wird in der Gemeinde an vielen Stellen gearbeitet, wobei noch nicht jede Idee bzw. jedes Projekt umgesetzt werden konnte.

„Starkes Thema war auch Altenbetreuung, wobei wir da auch auf unsere Grenzen gestoßen sind, das konnten wir noch nicht umsetzen...trotzdem ist das langfristig ein wichtiges Thema, das zeigt sich auch in anderen G-21-Gemeinden, das ist überall Thema und die Ersten beginnen hier schon umzusetzen.“⁴⁸

Die Idee, die hier dahinter stand, war folgende:

„Es ist quasi ein Kindergarten für ältere Personen. Wenn Angehörige berufstätig sind, können sie die älteren zu betreuenden Personen in der Früh dort hinbringen, in die Tagesbetreuungsstätte. Die werden dort verköstigt, es wird Programm gemacht, es gibt

⁴⁶ vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005

⁴⁷ Interview Nr. 1

⁴⁸ Interview Nr. 1

Ruheräume, sie bekommen zum Teil ein bisschen medizinische Versorgung und können dann am Abend wieder abgeholt werden.“⁴⁹

Auch wenn dieses Programm aufgrund fehlender Räumlichkeiten noch nicht umgesetzt werden konnte, wäre es eine Möglichkeit weitere Schwerpunkte im sozialen Bereich zu setzen. Es betont den intergenerativen Charakter eines Nachhaltigkeitsprozesses, außerdem könnten dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Entgegen den Individualisierungsbewegungen würde mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die Wahrung von Fürsorge und Gemeinschaftsfähigkeit und eine angemessene Sozialpolitik innerhalb der Gemeinde zum Tragen kommen. Das sind Aspekte, die alle der sozialen Nachhaltigkeit zugeordnet werden können.

Ein Gemeindeprojekt, das eher dem kulturellem Bereich zuordenbar ist, widmet sich der Restaurierung und Sanierung von Kleindenkmälern.

„Was in Großrußbach noch stark ein Thema war, ist das Kleindenkmälerprojekt für die gesamte Gemeinde. Da wurde einmal erhoben, welche Kleindenkmäler zu restaurieren sind und ist dann aufgeteilt worden, da gibt es jetzt in jeder Katastralgemeinde eine Arbeitsgruppe, die sich dann mit ihren eigenen Kleindenkmäler beschäftigt.“⁵⁰

„Das wichtigste ist die Sanierung und Restaurierung, weil diese Kleindenkmäler, dadurch, dass sie immer der Witterung ausgesetzt sind, schon sehr beschädigt und nicht mehr so ansehnlich sind.“⁵¹

Das Projekt widmet sich aber nicht nur der Renovierung der Kleindenkmäler.

„Das ist der eine Themenkreis, der zweite ist der, dass wir das Ganze im Internet darstellen wollen und zwar gibt es seit kurzem bei uns im Internet den digitalen Ortsplan...“⁵²

„Da hat es eine Arbeitsgruppe gegeben, die haben die Kleindenkmäler katalogisiert, die Geschichte beschrieben. Wenn man ins Internet einsteigt, hat man dann jede Information über das Materl.“⁵³

Neben dem Katalogisieren und dem Verzeichnen der Kleindenkmäler in einem digitalen Ortsplan im Internet, wo diese beschrieben und mit Photos illustriert sind, gibt es innerhalb dieser Projektgruppe noch eine weitere Idee.

⁴⁹ Interview Nr. 1

⁵⁰ Interview Nr. 1

⁵¹ Interview Nr. 4

⁵² Interview Nr. 4

⁵³ Interview Nr. 5

„...und die dritte Ebene, die die umfangreichste und schwierigste wäre, muss ich ehrlich sagen, das wäre dann ein Materlführer, ein Buch, wo eben alle 60,70 Materl mit Photos und Beschreibungen drinnen sind.“⁵⁴

Welche Bedeutung diese Materl bzw. Kleindenkmäler zumindest für einen Teil der Gemeindebevölkerung haben, kommt in den folgenden Aussagen zur Geltung.

„Identitätsstiftend für die Gemeinde ist der Ländliche Raum an sich, zu diesem Landschaftsbild gehören Materl und Kleindenkmäler, die im Rahmen des G-21-Prozesses auch renoviert wurden.“⁵⁵

„...das ist sicher ein ganz starkes Thema zum Thema Identität, weil sich die Bürger mit den Kleindenkmälern sehr verbunden fühlen, weil sie geschichtsträchtig sind, errichtet worden sind aufgrund eines bestimmten Vorfalls.“⁵⁶

Eine weitere Komponente in diesem Projekt ist das weitgehende Einsparen professioneller Arbeit durch Unternehmen und den damit verbundenen Gemeindenkosten, da das Kleindenkmälerprojekt mit sehr viel Eigenleistung vorangetrieben wurde.

„...das ist ja mit fast keinen Kosten verbunden, weil die Leute, die mitmachen alle freiwillig arbeiten, die Materialkosten sind ein ganz ein kleiner Teil, der da anfällt. Unterm Strich kostet es uns vom Gemeindebudget wahrscheinlich gar nichts oder ganz wenig.“⁵⁷

„Und nicht nur das katalogisiert, sondern man hat gleich geschaut, was man selber renovieren kann und Erhaltungsarbeit leisten, oft gehört nur etwas verputzt oder gefärbelt.“⁵⁸

Ein weiteres Großprojekt innerhalb des G-21-Prozesses war der Arbeitskreis Jugend/Sport/Freizeit. Im globalen Nachhaltigkeitsdiskurs sowie in der Lokalen Agenda 21 kommt der Jugend eine bedeutende Rolle zu. In der in Rio de Janeiro verabschiedeten Agenda 21 im Jahr 1992 wird die Stärkung wichtiger Gruppen besonders betont, damit werden neue Formen der Partizipation angestrebt, eine Miteinbindung aller gesellschaftlicher Gruppen in die Entscheidungs-, Planungs-, und Umsetzungsprozesse.⁵⁹

⁵⁴ Interview Nr. 4

⁵⁵ Interview Nr. 3

⁵⁶ Interview Nr. 1

⁵⁷ Interview Nr. 4

⁵⁸ Interview Nr. 5

⁵⁹ Vgl. Kap. 4.1.

Diesen globalen Handlungsaufträgen wurde im Bereich der Jugend im lokalem Raum Großrußbach nachgegangen, wobei ich anhand meiner Forschungsergebnisse nicht sagen kann, ob die Jugendlichen anfänglich bei der Entscheidungsphase des G-21-Prozesses beteiligt waren. De facto wurde innerhalb des Prozesses einiges für und mit der Jugend entwickelt.

„Da ging es um ein Feuchtbiotop, das man den Jugendlichen als Schwimmteich zur Verfügung stellen will, wo die Jugendlichen selbst Hand angelegt haben und das gestaltet haben, wo die Gemeinde eigentlich nur die finanziellen Beiträge geleistet hat aber die Jugendlichen das nach ihren Vorstellungen gestalten konnten.“⁶⁰

„Die Jugend hat ja mit dem Beachvolleyballplatz und dem Schwimmbiotop, das ja auch in die G-21 hineingefallen ist, die haben sich da wirklich sehr eingebracht und die Zeit investiert...und alles selber gebaut, was ohne professionelle Hilfe gegangen ist.“⁶¹

Auch andere Freizeitmöglichkeiten wurden in der Gemeinde mit und für die Jugendlichen geschaffen.

„In den einzelnen Katastralgemeinden gibt es auch Jugendräumlichkeiten, da geht es darum, dass sich das die Jugendlichen selber kreieren und dann auch verwalten, weil das der wichtigste Weg ist, wenn jemand vorweg mitgearbeitet hat, dass die Akzeptanz da ist und das Projekt einfach schätzt und erhält, langfristig.“⁶²

Auch die Radgruppe schafft durch verschiedene Events und Baulichkeiten rund ums Rad Freizeitmöglichkeiten für den Nachwuchs.

„Diese Eröffnung der Radwege war insofern eine ziemlich spektakuläre Aktion, weil wir da auch in der Gemeinde Jugendliche haben, die springen ganz gut mit Mountainbikes und da haben wir im Sportzentrum auf einer Restfläche...ein paar Hügel aufgeschüttet und das war eine sehr spektakuläre Geschichte, die wir da gemacht haben.“⁶³

„Wir wollen da einen kleinen Fahrradgeschicklichkeitspark aufziehen mit so kleinen Hindernissen und solchen Dingen, damit die Leute einen Abenteuerspielplatz dort haben und dass das so gediehen ist, dass wir heuer tatsächlich auf einer Fläche, nicht nur temporär sondern dauerhaft so einen Dirtpark⁶⁴ dort aufziehen.“⁶⁵

Auch naturnahe Kinderspielplätze wurden gebaut, an Plätzen, wo die Sicherheit der dort spielenden Kinder gewährleistet ist.

⁶⁰ Interview Nr. 1

⁶¹ Interview Nr. 5

⁶² Interview Nr. 1

⁶³ Interview Nr. 2

⁶⁴ Ein Dirtpark ist ein für BMX- und Mountainbikefahrer offenes natürliches Gelände, wobei das Springen und verschiedene Moves über Erhögel oder Rampen im Vordergrund steht.

⁶⁵ Interview Nr. 2

„Oder die ganzen Kinderspielplätze, die wir über die Dorferneuerung bzw. Gemeinde 21 initiiert haben...das war wichtig. Da ist herausgekommen, dass es nicht wichtig ist Kletterburgen oder was weiß ich zu kaufen und aufzustellen, sondern, dass naturnahe Spielplätze ganz gut angenommen werden.“⁶⁶

Zusätzlich wird im Bereich der Erwachsenen- bzw. Weiterbildung in der Gemeinde einiges angeboten. Neben zahlreichen Bildungsangeboten bietet das Bildungshaus Großrußbach auch eine öffentlich zugängliche Bibliothek. Diverse Informationen über Angebote und aktuelle Termine sind online abrufbar⁶⁷. Dieses Beispiel kann man der sozialen Nachhaltigkeit zuordnen, da es Entwicklungschancen fördert sowie auch das soziale Wohlbefinden bzw. die Lebensqualität erhöhen kann.

Abschließend muss erwähnt werden, dass in der Gemeinde Großrußbach nicht nur im ökologischen und ökonomischen Bereich gearbeitet wird, sondern auch viel Sozialarbeit geleistet und der ganzheitlichen Sichtweise der Nachhaltigkeit Rechnung getragen wird. Hinsichtlich dieser Tatsache kann die Gemeinde als gutes Beispiel für eine regionale bzw. landesweite Nachhaltigkeitsstrategie gelten. Dass es bei den Projektumsetzungen und im G-21-Prozess generell aber auch Probleme gibt bzw. Verbesserungen zu erzielen sind, wird im nächsten Kapitel deutlich, in dem ich der Frage nachgehe, was BürgerInnenbeteiligung und Partizipation in Großrußbach leisten kann.

8.3. Was kann BürgerInnenbeteiligung und Partizipation in Großrußbach leisten?

Neben der Beantwortung der Frage, die schon zu Beginn in der Überschrift formuliert wurde, möchte ich auch kontextuelle Strukturen und Faktoren in der Gemeinde aufzeigen und anhand der Interviewergebnisse herausfinden ob der G-21-Prozess tatsächlich von einer breiten Bevölkerung getragen wird. Werden in der Gemeinde auch benachteiligte Gruppen vertreten bzw. können diese mitpartizipieren, wie es das Grundprinzip einer Lokalen Agenda 21 vorsieht oder sind es nur die örtlichen Eliten, die mitbestimmen? Wie reagieren und verhalten sich die politischen und administrativen Eliten in der Gemeinde gegenüber einer stärkeren BürgerInnenmitwirkung?

⁶⁶ Interview Nr. 5

⁶⁷ Vgl. www.bildungshaus.cc/

Überdies interessiert mich die Frage, ob durch die Chance einer Mitbestimmung die sozialen Beziehungen bzw. das soziale Gefüge innerhalb der Gemeinde intensiviert werden konnte. Um einige Antworten zu bekommen, habe ich mein Datenmaterial auf diese Fragen hin untersucht. Aus den Interviews konnte ich erfahren, dass der nachhaltige Gemeindeentwicklungsprozess aufgrund der schon vorher positiv verlaufenden Dorf- und Stadterneuerung entstanden ist.

„Begonnen hat der Prozess dort auf örtlicher Ebene im Rahmen der Dorferneuerung, wo man versucht hat in einer Katastralgemeinde Bürgerbeteiligung zu forcieren...und waren so erfolgreich, dass auch die Gemeindevertreter gesagt haben, sie würden gern das Programm auf Gemeindeebene umsetzen, also eine Gesamtplanung für alle Katastralgemeinden, nicht nur für eine im Auge zu haben, langfristig geplant und dann mit der G-21 umsetzen.“⁶⁸

Differierende Aussagen habe ich jedoch von den verschiedenen GesprächspartnerInnen bekommen, was die Anfangsphase bzw. Initiierungsphase betrifft. Einerseits wird behauptet, dass die Themen und Schwerpunkte, zu denen zukünftig gearbeitet werden soll, in BürgerInnengesprächen mit der Bevölkerung entwickelt worden sind, auf der anderen Seite wird geglaubt, die Ideen und Schwerpunktsetzungen wurden bereits davor von politischer bzw. administrativer Seite festgelegt.

„Ich glaube, dass die Grundideen schon vorher, schon in der Vorperiode, in der vorigen Periode des Gemeinderates gegeben hat. Wie wir damals die Sitzungen gehabt haben, waren die Ideen schon da...“⁶⁹

Vermutlich ist es ein Zusammenspiel zwischen der politischen und der BürgerInnenebene, wobei aus meinen Forschungsergebnissen nicht hervorgeht, ob von Anfang an die breite Bevölkerung an diesem nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozess beteiligt war und man dem bottom-up-Ansatz wirklich gerecht wurde. Tatsache ist, dass in jeder der sechs Ortschaften ein BürgerInnengespräch stattgefunden hat, an jedem haben durchschnittlich zwischen 20 und 30 Personen teilgenommen. Die Ergebnisse aus den Dorfgesprächen wurden in einem Bericht zusammengefasst und flossen in die Prozessentwicklung ein, inwieweit die Leitziele dadurch entstanden sind oder lediglich adaptiert wurden, ist unklar. Um aufzuklären ob wirklich der Großteil der Bevölkerung von Anfang an hinter diesem G-21-Prozess gestanden hat, hätte es mehr Interviews bzw. einer zusätzlichen

⁶⁸ Interview Nr. 1

⁶⁹ Interview Nr. 4

quantitativen Forschung bedurft, das war jedoch im Rahmen meiner Diplomarbeit zeitlich nicht möglich. Im folgenden möchte ich einfach einige Textpassagen aus den Gesprächen zum Entstehungsprozess anführen.

„Zunächst hat man in jeder Katastralgemeinde ein Bürgergespräch gemacht, dort hab ich die Gemeinde 21 einmal vorgestellt, einmal abgeprüft, wo liegen die Schwerpunkte jeder Katastralgemeinde und auch das ist dann eingebracht worden in den Gesamtprozess, wo wir dann für die Gesamtgemeinde ein Leitbild entworfen haben.“⁷⁰

„In jeder Ortschaft, in der ein Projekt stattfindet, wurde von der Gemeinde 21 ein Dorfabend gemacht, um festzustellen, wo haben wir unsere Stärken und Schwächen in den Ortschaften, wo gehört dringend etwas gemacht, wo fehlt uns etwas um ein sich Wohlfühlen der Bevölkerung zu garantieren. Da wurden die ganzen Ortsbewohner eingeladen mit Einladungen, es hat jeder die Chance gehabt da mitzumachen...“⁷¹

„Wir hatten ursprünglich eine offene Ideenfindungssitzung, da hat jeder irgendwelche Ideen, so eine Art Brainstorming...“⁷²

„Also Ziel ist es, also wir haben ein Kernteam, mit dem wir zusammenarbeiten und da ist es Ziel, das Team sehr ausgewogen zu besetzen, ein Teil soll Gemeinderäte, Politikseite sein, der andere Teil normale Bürger, Bürgerinnen, normalerweise sind es Vertreter von Institutionen oder Vereinen, die da sehr stark mitwirken können und die Leute hinter sich haben.“⁷³

„Ja, das Kernteam selbst besteht jetzt mehr oder weniger aus denen, die diese einzelnen Gruppen tragen und den politisch Verantwortlichen...um sozusagen die zwei Ebenen Bürgerbeteiligung und Finanzierung bzw. politische Verwaltung zusammenzubringen unter der Leitung von einem vom Land zugewiesenen Betreuer.“⁷⁴

„Das Kernteam steht halt für den gesamten Prozess, das steuert den Prozess und sagt, in welche Richtung es geht, welche Projekte werden angedacht.“⁷⁵

Aus den Gesprächen geht auch hervor, dass einer der Hauptgründe, warum der Gemeindeentwicklungsprozess gestartet wurde, die finanzielle Förderung war.

„Und der primäre Aspekt, so ehrlich muss man schon sein, dass eine Gemeinde bei der Gemeinde 21 mitmacht, ist der monetäre Aspekt.“⁷⁶

⁷⁰ Interview Nr. 1

⁷¹ Interview Nr. 6

⁷² Interview Nr. 2

⁷³ Interview Nr. 1

⁷⁴ Interview Nr. 2

⁷⁵ Interview Nr. 1

⁷⁶ Interview Nr. 4

„Das war die einzige Möglichkeit noch in diese Förderschiene des Landes hineinzukommen, vor allem die Dorferneuerung wird ja sehr gut gefördert, das wäre nicht für alle sechs Ortschaften gegangen, deswegen Gemeinde 21.“⁷⁷

„Man muss gewisse Sachen sowieso machen und kann sich durch das, dass es von der Gemeinde 21 Förderungen gibt, ein Gemeindebudget ersparen.“⁷⁸

Darüber hinaus erspart sich die Gemeinde durch gemeinnützige und freiwillige Arbeit durch die Bevölkerung in den BürgerInnenpartizipationsverfahren Arbeitskosten, die durch die diversen Umsetzungen der Projekte anfallen würden. Teile der Bevölkerung haben die Projekte mitgetragen, die Gemeinde ersparte sich dadurch nicht nur Kosten, sondern auch die Legitimation der Vorhaben war eine stärkere.

„Der Gemeinde hat es weniger Geld gekostet, weil sie ja durch Eigenleistung unterstützt wurde und die Akzeptanz in der Bevölkerung eine viel größere war, weil sie selber das Projekt vorangetrieben haben.“⁷⁹

„Jeder Handgriff wurde praktisch von Professionisten gemacht, das ist für die Gemeinde teuer geworden. Gewisse Dinge kann man eben mit der Bevölkerung machen, da brauche ich nicht unbedingt einen Profi.“⁸⁰

„Ich glaube, das ist ein guter Anreiz für die Bürger, wenn sie sehen, wenn man etwas tut, dann bekommt man auch Unterstützung vom Land. Und wenn die Bevölkerung selber etwas macht, dann ist die Wertschätzung des Getanen größer.“⁸¹

Übereinstimmende Meinungen erfragte ich über die soziale Bedeutung des Prozesses für die beteiligten Personen.

„Das, was vielleicht nicht zu unterschätzen ist, ist der Aspekt, dass in der Dorfgemeinschaft, dass es für die Gemeinschaft eine gute Sache ist, weil dadurch, dass da viele Leute freiwillig mitarbeiten entsteht sicher eine gewisse Eigendynamik und nachdem bei uns in der Ortschaft, wir sind eine kleine Ortschaft und bei uns gibt es kein Gasthaus mehr, überhaupt nichts mehr, fördert das doch den Zusammenhalt.“⁸²

„Miteinander etwas tun, etwas planen und realisieren, da hat man die Chance, dass man zusammenkommt.“⁸³

⁷⁷ Interview Nr. 5

⁷⁸ Interview Nr. 4

⁷⁹ Interview Nr. 1

⁸⁰ Interview Nr. 6

⁸¹ Interview Nr. 5

⁸² Interview Nr. 4

⁸³ Interview Nr. 5

„...durch das gemeinsame Arbeiten lernt man sich wieder besser kennen, hat gemeinsame Interessen und entwickelt wieder neue Ideen und kann diese dann umsetzen. Ich glaube, das ist der Vorteil dieses Gemeinde-21-Projekts.“⁸⁴

„Für die Bevölkerung denke ich, ist es absolut identitätsstiftend, wenn man sich mit den eigenen Projekten beschäftigt, selber vorantreibt, mit Eigenleistung unterstützt, mitgestaltet, mitgeplant hat, identifizieren kann.“⁸⁵

„Über diese Schiene vernetzen sich oder arbeiten Institutionen zusammen, die bislang nicht zusammen gearbeitet haben. Bildungshaus, Volksschule, Bücherei, die Radgruppe usw., das ist ziemlich gut, da tut sich immer wieder was.“⁸⁶

Was auch in den sozialen Bereich fällt, ist die Stärkung der Rolle der Frau in allen Bereichen eines Nachhaltigkeitsprozesses. Ob dies auch in Großrußbach umgesetzt wurde, werde ich jedoch in einem eigenen Kapitel abhandeln.

Zum Schluss dieses Kapitels will ich noch der Frage auf den Grund gehen, wie das Verhalten der politischen Seite gegenüber der BürgerInnenpartizipation in Großrußbach ist. Aufgrund der Tatsache, dass eine Initiierung des nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozess G-21 erst durch einen Gemeinderatsbeschluss erfolgen kann, muss davon ausgegangen werden, dass die politischen bzw. administrativ Verantwortlichen in der Gemeinde Großrußbach grundsätzlich positiv einer stärkeren BürgerInnenbeteiligung gegenüber stehen. Den KommunalpolitikerInnen ist von vornherein klar, dass die Prozessinitiierung mit einer Zusammenarbeit der BürgerInnen einhergeht. Auch wenn der Gemeinderat schlussendlich über jedes Projekt und die finanzielle Förderung entscheidet, so braucht es doch die Bevölkerung, die den größten Teil des Prozesses trägt.

„Die Aktion steht und fällt mit der Bereitschaft der Bevölkerung bzw. wie man es rüber bringen kann, damit sie mithelfen.“⁸⁷

„Also ja, Vorbehalte gibt es immer aber ich denke, es kommt sehr stark auf die politische Führung an. Kann ich mit Bürgerbeteiligung umgehen und kann ich das durchaus für mich auch positiv sehen, oder für die Gemeinde.“⁸⁸

„...es gibt sehr erfolgreiche Gemeinden aber auch Gemeinden, wo es schwierig läuft, das hat aber meistens mit der politischen Seite zu tun.“⁸⁹

⁸⁴ Interview Nr. 5

⁸⁵ Interview Nr. 1

⁸⁶ Interview Nr. 2

⁸⁷ Interview Nr. 5

⁸⁸ Interview Nr. 1

⁸⁹ Interview Nr. 1

Zusammenfassend kann ich folgende Antworten auf die in diesem Kapitel gestellten Fragen geben. Wie schon erwähnt, sind meine Daten aus den Interviews nicht ausreichend und repräsentativ genug, um festzustellen, ob der Gemeinde-21-Prozess in Großrußbach tatsächlich von einer breiten Bevölkerung getragen wird, jedoch muss generell darauf geachtet werden, ob nur die Personen partizipieren, die ohnehin schon davor in örtlichen Vereinen oder Institutionen aktiv waren. Eine Aussage von einer meiner InterviewpartnerInnen bestätigt diese Überlegung.

„Nein, die Bürger haben da nicht die großen Initiativen oder Ideen, bei uns ist es zumindest so, da gibt es einen kleinen Kreis von Personen, die sagen, wir wollen unsere Freizeit zur Verfügung stellen, damit wir da gewisse Projekte machen und von denen kommen eigentlich die Ideen.“⁹⁰

Ähnlich verhält es sich mit der Frage, ob bewusst versucht wurde, benachteiligte Gesellschaftsgruppen mitgestalten zu lassen. Auch diese Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten, auch hier wäre eine ausgedehntere Forschung von Nöten. Der AusländerInnenanteil in der Gemeinde ist mit 5,1 %⁹¹ im niederösterreichischen Vergleich sehr gering, dieser wie auch sozial benachteiligte Gruppen wurden nicht bewusst in dem Prozess miteingebunden. Es war in Großrußbach schwierig, Freiwillige zu finden, die den Nachhaltigkeitsprozess aktiv mittragen wollten, sozio-kulturelle Hintergründe der beteiligten Personen traten somit in den Hintergrund.

„Die Schwierigkeit ist halt immer, dass du Leute findest, die freiwillig mitarbeiten. Wir haben nicht, als wir die Leute ausgesucht haben oder die sich freiwillig gemeldet haben darauf geschaut, dass wir sozial Benachteiligte oder sozial Schwache da integrieren.“⁹²

Fakt ist aber auch, dass sowohl die Anzahl der Personen im Kernteam sowie auch in den einzelnen Projektgruppen in Großrußbach im Vergleich zu anderen Gemeinde-21-Gemeinden sehr hoch ist.

Was BürgerInnenbeteiligung in Großrußbach laut meinen Interviews leisten kann, ist den sozialen Zusammenhalt zwischen den beteiligten Personen verstärken. Auch wenn der monetäre Aspekt bzw. die Förderungen des Landes als eine der Hauptgründe für die Initiierung genannt wurden, so war in den Gesprächen auch zu hören, dass sich bei den beteiligten Personen häufig eine Intensivierung der sozialen Beziehungen durch gemeinsames Arbeiten und Gestalten ergeben hat. Die örtliche politische bzw.

⁹⁰ Interview Nr. 4

⁹¹ Quelle: Statistik Austria 2008

⁹² Interview Nr. 4

administrative Elite steht dem Prozess sehr positiv gegenüber, das war auch in einigen Interviews mit KommunalpolitikerInnen zu bemerken.

Im nächsten Kapitel möchte ich Spannungsfelder, Hemmnisse bzw. Chancen im nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozess Großrußbach aufzeigen.

8.4. Spannungsfelder, Hemmnisse und Chancen des Gemeinde-21-Prozesses

In diesem Kapitel möchte ich Spannungsfelder, Hemmnisse bzw. Probleme sowie Chancen des Gemeinde-21-Prozesses in Großrußbach illustrieren und auch Handlungsspielräume und Anknüpfungspunkte aufzeigen.

Eines der Hemmnisse ist sicherlich die langfristige nachhaltige Planung einerseits und die eher kurzen und konkurrierenden Gemeindewahlperioden andererseits.

„Das bringt der Gemeinde ziemlich viel, der langfristige Weg, der gegangen wird, nicht das kurzfristige Agieren und Reagieren, sondern das langfristige Planen. Leider sind die Gemeindewahlperioden immer sehr kurz angesetzt aber gerade da hätte man die langfristige Ausrichtung, die man sonst kaum verfolgt.“⁹³

Hier können politische Eigeninteressen oder variierende Ziele verschiedener Parteien für einen nachhaltigen und langfristigen Gemeindeentwicklungsprozess doch sehr schädlich sein.

Die Rechtsstellung der Gemeinde 21 ist zwar klar geregelt, über die Initiierung und anschließend über die Auswahl und Förderung der einzelnen Projekte entscheidet aber der Gemeinderat. Auch wenn der Prozess von der Bevölkerung getragen werden sollte, trifft die politische Ebene schlussendlich die Entscheidungen bzw. bestimmt über die Auswahl der Projekte. Diese Tatsache konkurriert doch ein wenig mit der bottom-up-Philosophie, die dem Aktionsprogramm der Agenda 21 zugrunde liegt.

Was die Einbindung wirklich aller gesellschaftlicher Gruppen betrifft, gibt es sicher noch Verbesserungsmöglichkeiten. Auch das Finden von Freiwilligen gestaltete sich in der Gemeinde Großrußbach schwierig.

⁹³ Interview Nr. 1

„Bei den ersten Sitzungen, als die Schwerpunkte und Projekte für den G-21-Prozess festgelegt wurden, waren viele Ideen von Personen vorhanden, jedoch Wenige, die tatsächlich Träger eines konkreten Projektes sein wollten und Verantwortung übernehmen wollten.“⁹⁴

Konfliktfelder tun sich oft zwischen BürgerInnen und politischer Ebene auf, nämlich dann, wenn eine Angst des Macht- und Kontrollverlustes seitens der PolitikerInnen in den Vordergrund rückt. Laut meinen Untersuchungen ist jedoch in Großrußbach eine funktionierende Kommunikation zwischen den beiden AkteurInnen sowie eine Parteiunabhängigkeit im Prozess gegeben.

„Es gibt sehr erfolgreiche Gemeinden aber auch Gemeinden, wo es sehr schwierig läuft, das hat aber meistens mit der politischen Seite zu tun. Das man auch Angst hat, dass die andere Partei dadurch profitieren könnte, von dem Weg oder einem Projekt.“⁹⁵

Auch wenn es in diesem Bereich in der Gemeinde Großrußbach weniger Probleme gibt, so war doch in meinen Interviews zu vernehmen, dass die Parteipolitik in anderen G-21-Gemeinden oft ein großes Hemmnis bei den Umsetzungen der Projekte war.

„Es ist meistens der Weg in der Zielformulierung relativ einfach aber wenn es dann um die Umsetzung geht, ist es sehr schwierig, weil man die Angst hat, dass durch das Projekt jemand anderer profitieren kann oder man versucht sich gegenseitig die Projekte schlecht zu machen. Also sehr stark diese Parteipolitik...“⁹⁶

Eine Chance hingegen ist die bessere Vernetzung verschiedener Institutionen und AkteurInnen innerhalb der Gemeinde aber auch Verbindungen zu anderen Gemeinden, die Nachhaltigkeitsprozesse umsetzen. Im vorigen Kapitel wurde bereits erwähnt, dass sich die Kommunikation zwischen Vereinen und Institutionen in Großrußbach seit der Initiierung des Prozesses merklich verbessert hat.⁹⁷

„Eines der wichtigsten Themen für mich im Gemeinde-21-Prozess sind die Kommunikation und der Informationsfluss. Durch den Prozess haben sich viele verschiedene Interessensgruppen im Ort vernetzt und mobilisieren nun auf mehreren Ebenen. Zahlreiche Vereine kooperieren nun im Veranstaltungsbereich und Informationen gelangen nun leichter von einer Schnittstelle zur anderen.“⁹⁸

Auch zu anderen Förderprogrammen hat man leichter Zugang.

⁹⁴ Interview Nr. 3

⁹⁵ Interview Nr. 1

⁹⁶ Interview Nr. 1

⁹⁷ Vgl. Kapitel 9.3.

⁹⁸ Interview Nr. 3

„Wir haben jetzt wieder, wir wollen jetzt zu der Aktion Gesunde Gemeinde⁹⁹ beitreten, das sind Dinge, die jetzt leichter möglich sind mit der Aktion G-21.“¹⁰⁰

„Dann gibt es vom Land wieder eine Kinderspielplatzberatung, das sind so Connections, die man durch die Gemeinde 21 dann hat und die sehr vieles erleichtern.“¹⁰¹

Die Verbindung zu anderen G-21-Gemeinden zeigt sich durch Exkursionen, die organisiert werden um Ideen und Gedanken auszutauschen.

„Ja, wir haben generell jetzt Netzwerke in der Dorferneuerung aufgebaut zu verschiedenen Themen.“¹⁰²

„Es gibt schon sehr viele Vernetzungen von unseren Gemeinden zu anderen Gemeinden. Was da stattfindet ist einfach ein Erfahrungsaustausch mit einer Gemeinde, die so ein Projekt schon gemacht hat, welche Lehren oder Erfahrungswerte können die weitergeben und andere Gemeinden, die gerade das Projekt starten.“¹⁰³

Als Organisatorin der Exkursionen in Großrußbach fungiert eine externe Prozessbegleiterin.

„Und da bieten wir Exkursionen ganz speziell an...und da, wenn ich weiß, meine Gemeinde arbeitet zu diesem Thema, versuche ich sie einzuladen und sie zu diesen Netzwerken dazu zu bringen um auch diese Verflechtungen niederösterreichweit zu haben.“¹⁰⁴

„Ferner gibt es auch sogenannte Vernetzungstreffen mit anderen Gemeinden in Niederösterreich, die einen solchen Nachhaltigkeitsprozess initiiert haben oder starten wollen. Dazu werden auch alle Bewohner der Gemeinde eingeladen.“¹⁰⁵

Zudem bietet der Gemeindenachhaltigkeitsprozess in Großrußbach die Chance einer echten Mitgestaltung des öffentlichen Raumes, eine Stärkung von Demokratiebewusstsein und Responsivität in Form von sozialem Engagement.

„Dadurch dass das Projekt nicht nur von PolitikerInnen getragen wird, sondern im Kernteam und als ProjektleiterInnen auch Menschen ohne politische Funktion arbeiten, ist die Hemmschwelle niedriger bzw. die Obrigkeit fällt weg, die es den BürgerInnen erschwert hatte, ihre Wünsche, Probleme und Anregungen formal vorzutragen.“

⁹⁹ Gesundes Niederösterreich versucht auf Gemeindeebene Gesundheitsförderung und –prävention zu unterstützen. Die Institution agiert dabei als Drehscheibe und fungiert informierend und beratend in Form von Programmen, Projekten und Schwerpunktthemen (vgl. www.gfnoe.at).

¹⁰⁰ Interview Nr. 5

¹⁰¹ Interview Nr. 6

¹⁰² Interview Nr. 1

¹⁰³ Interview Nr. 4

¹⁰⁴ Interview Nr. 1

¹⁰⁵ Interview Nr. 3

Häufig ist die Angst zu groß bei scheinbar kleinen und persönlichen Problemen, den Ortsvorsteher oder Bürgermeister zu kontaktieren. Dies fällt nun aufgrund der Tatsache, dass bei dem Prozess die Bevölkerung breit mitgestaltet, weg.“¹⁰⁶

Förderlich ist dabei sicherlich auch das neue, offene und bürgerInnennahe Gemeindezentrum, das im Rahmen des G-21-Prozesses gebaut wurde.

„Neues Gemeindezentrum wurde jetzt gebaut mit Gemeindesaal und Bürgerservice, das heißt Zugang für Bürger und BürgerInnen ebenerdig, barrierefrei, die Ansprechpersonen gleich am Anfang zu Beginn, eigentlich wird dann erst fokussiert, wo man hin muss.“¹⁰⁷

In Großrußbach wie auch in anderen Gemeinden Österreichs sind die Gemeindewahlperioden mit fünf Jahren relativ kurz. Nachhaltige Gemeindeentwicklungsprozesse hingegen sind langfristig angelegt. Da diese aber von der politischen Seite genehmigt werden, kann es hier zu großen Spannungsfeldern kommen, wenn etwa der Weg einer nachhaltigen Entwicklung aufgrund politischer Spannungen nicht weiter gegangen werden kann.

Auch wenn im G-21-Prozess in Großrußbach zahlreiche Personen aus der Bevölkerung eingebunden sind, so ist eine Einbeziehung wirklich aller gesellschaftlicher Gruppen nicht gänzlich gewährleistet, hier wären sicher noch Verbesserungen möglich. In diesem Fall müssten Maßnahmepläne erstellt werden, um möglichst viele BewohnerInnen der Gemeinde zu einer Partizipation zu bewegen.

Die Chancen, die in Großrußbach auf jeden Fall genutzt wurden, sind Vernetzungen und Zusammenarbeiten von AkteurInnen innerhalb und über die Gemeinde hinaus. Durch eine bessere Kommunikation und einem besseren Informationsfluss seit der Initiierung, arbeiten mehr Institutionen und Vereine zusammen.

Zu guter Letzt bietet eine Lokale Agenda 21 wie auch das G-21-Projekt in Großrußbach der Bevölkerung die Chance einer echten Mitgestaltung des öffentlichen Raumes um die Lebensqualität und das soziale Wohlbefinden zu erhöhen. Im Sinne einer Empowerment-Bewegung sollte diese von jedem Einzelnen genutzt werden.

¹⁰⁶ Interview Nr. 3

¹⁰⁷ Interview Nr. 1

8.5. Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz

In diesem Kapitel soll untersucht werden, ob eine ausreichende Offenlegung und Transparenz des gesamten Prozesses gegeben ist.

„Da eine nachhaltige Gemeindeentwicklung von möglichst vielen Bürgern getragen werden sollte, ist es notwendig, dass die Aktivitäten in diesem Bereich von der Bevölkerung wahrgenommen und mitverfolgt werden können.“ (SURBÖCK 2005: 59)

Um eventuell den Kreis der Aktiven zu erweitern und die Motivation der bereits Beteiligten zu fördern ist eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit um nachhaltiges Bewusstsein zu schaffen, unabdinglich. Damit kommt man mit der Öffentlichkeit in Kontakt. In jeder Lokalen Agenda 21 ist eine gut funktionierende Öffentlichkeitsarbeit notwendig, um auf das Geleistete aufmerksam zu machen. Transparenz fördert die Motivation der TeilnehmerInnen sowie auch die Kommunikation und den Informationsfluss aller Beteiligten. Außerdem kann es weitere Personen zur Partizipation bewegen und die Akzeptanz der Projekte erhöhen.

Die Nutzung der Medien, ein wirksames Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, kann bei der Bewusstseinsbildung der BewohnerInnen sehr hilfreich sein.

In Großrußbach wird versucht über die Gemeindezeitung und der regionalen Bezirkszeitung NÖN (Niederösterreichische Nachrichten) auf den laufenden Gemeindenachhaltigkeitsprozess aufmerksam zu machen.

„Es ist dann auch so, in manchen Arbeitsprozessen ruft dann jemand an und..., weil es wird ja regelmäßig darüber berichtet in der Gemeindezeitung, damit die auch wissen, was da passiert, oder Infoblätter. Oder wenn irgendein Projekt fertig ist, wird ein Abschlussfest gemacht. Dann setzen wir uns zusammen und feiern ein bisschen und da kommt es dann oft dazu, dass jemand fragt: „Da würde ich gern mitmachen, kann ich da mitmachen?““¹⁰⁸

Diese Passage aus einem Interview zeigt mehrere positive Dinge auf, die durch Transparenz erreicht werden. Einerseits wird versucht durch Öffentlichkeitsarbeit den Prozess einer breiteren Bevölkerung zugänglich zu machen und andererseits wird durch Festivitäten die Motivation der Beteiligten erhöht bzw. bekommen die beteiligten Personen dadurch eine gewisse Anerkennung. Auch Veranstaltungen und diverse Events können wichtige Hilfsmittel der Öffentlichkeitsarbeit sein.

¹⁰⁸ Interview Nr. 5

„Ein weiterer Ausfluss ist, dass in der Gemeindezeitung, die dieses Jahr vier mal erscheint, zwei Seiten zu Radthemen drinnen sind, wir teilweise Aktionen in der Gemeinde vorstellen, solche Dinge.“¹⁰⁹

„Wir versuchen natürlich speziell dann auf der Homepage, wo man die Marterl dann anklicken kann und eine Beschreibung dabei ist, auf den Ursprung und die Bedeutung hinzuweisen. Wir machen es ein wenig publik in der Gemeindezeitung, die vier mal erscheint im Jahr und berichten ein wenig über den Stand der Renovierung und in der Bezirkszeitung, also in der NÖN, schauen wir, dass hin und wieder ein Artikel drin ist.“¹¹⁰

Es lässt sich behaupten, dass die Öffentlichkeitsarbeit in der Lokalen Agenda 21 Großrußbach sehr präsent ist und die Projekte, sowie der Erfolg transparent gemacht werden. Diese Öffentlichkeitsarbeit muss in Zukunft unbedingt weiter im Auge behalten werden und gegebenenfalls verbessert werden. Es ist sehr wichtig, dass Lokale Agenda 21-Prozesse durch kreative und kompetente Pressearbeit begleitet wird, um so Kontakte zu lokalen Medien aufbauen zu können.

Zu verbessern wäre die Homepage der Gemeinde Großrußbach, auf der beispielsweise der laufende Lokale Agenda 21-Prozess mittels diverser Informationen besser und übersichtlicher dargestellt werden könnte. Da aber nicht alle BürgerInnen über einen Internet-Zugang verfügen, sollten alle Informationen auch in gedruckter Form erhältlich sein. Darüber hinaus kann die Verwendung eines eigenen gemeindespezifischen Logos für ein festes öffentlichkeitswirksames Erscheinungsbild der Lokalen Agenda 21 sorgen (vgl. SURBÖCK 2005: 62).

„Der konsequente Einsatz des Logos soll dazu führen, beim Rezipienten Assoziationen mit der Lokalen Agenda 21 auszulösen.“ (HILLBRAND 1997: 99).

Zudem wäre ein eigener Arbeitskreis, der sich um die Öffentlichkeitsarbeit kümmert und Interessenten über die wichtigsten Vorgänge, Projekte und Aktivitäten mit Informationen auf der Homepage, Broschüren oder Plakaten am Laufenden hält, denkbar.

¹⁰⁹ Interview Nr. 2

¹¹⁰ Interview Nr. 4

8.6. Gender-Aspekte im Lokalen Agenda 21-Prozess Großrußbachs

Wie bereits in der Theorie erwähnt, erscheint es mir äußerst wichtig, in der gesamten Nachhaltigkeitsdebatte sowie auch in den Nachhaltigkeitsprozessen im lokalen Raum neue Impulse in der Gleichstellung zu setzen. Frauen und Männer haben verschiedenartige Lebenssituationen.

„Die ungleichen Bedingungen, jene, denen Frauen unterliegen und jene, die für Männer Gültigkeit haben, müssen in den Maßnahmen einer nachhaltigen Entwicklung Berücksichtigung finden.“ (BUCHMAYR 2005: 313)

Gleichstellungsorientierte Regional- bzw. Gemeindeentwicklung soll auch die Vielfalt an Lebensformen von Frauen und Männern unter Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Hintergründe aufzeigen (vgl. DAMYANOVIC 2009: 179). Frauen können ebenso wie Männer nicht als homogene Gruppe verstanden werden.

Anhand meiner Forschungsergebnisse will ich herausfinden, ob der nachhaltige Gemeindeentwicklungsprozess in Großrußbach Gender-Aspekte berücksichtigt bzw. die einzelnen Projekte bewusst Fraueninteressen und –sichtweisen fördern. Wie groß ist der Anteil der Frauen in Großrußbach, der am Prozess beteiligt ist und zu welchen Themenbereichen arbeiten sie? Sind es Bereiche, die auch in der Gesellschaft in die Zuständigkeit von Frauen verwiesen werden? Trägt der Lokale Agenda 21-Prozess in Großrußbach dazu bei traditionelle Geschlechterrollen zu dekonstruieren? Werden Frauen speziell motiviert sich aktiv in den Gemeindeentwicklungsprozess einzubringen? Welche Hemmnisse gibt es, die es Frauen erschweren sich zu beteiligen? Wie zahlreiche Statistiken¹¹¹ belegen, ist die niederösterreichische Kommunalpolitik stark männlich geprägt. Widerspiegelt sich diese Tatsache in der Gemeinde Großrußbach? Diesen Fragen will ich anhand meiner Interviewergebnisse nachgehen.

In der Kommunalpolitik der Bundesländer sind vorwiegend Männer als Akteure tätig. Wenn Frauen vertreten sind, dann häufig in Ressorts, deren politischer Einfluss sehr gering ist. Diese Ressorts sind meist mit den Themen Soziales, Familie und Gesundheit verbunden. Im wirtschaftlichen Bereich sowie im Finanz- und Raumplanungsbereich hingegen sind vorwiegend Männer tätig, also in jenen Bereichen, die auch in der niederösterreichischen Regionalentwicklungspolitik an oberster Stelle stehen. Damit stärkt sie weitgehend die bereits gefestigten, männlichen Strukturen und Produktionsbereiche (vgl. KRESTAN 2006: 35).

¹¹¹ Vgl. www.noel.gv.at.

2009 sind vier der neun Mitglieder der niederösterreichischen Landesregierung Frauen, positiv zu erwähnen ist hierbei, dass der Zuständigkeitsbereich „Wirtschaft, Tourismus und Sport“ einer Frau obliegt.¹¹² Auch wenn die anderen Landesrätinnen die üblichen Ressorts wie Soziales, Gesundheit und Familie inne haben, so ist doch hervorzuheben, dass im männlich dominierten Bereich der Ökonomie eine Frau tätig ist und daher die Chance besteht andere Sichtweisen einfließen zu lassen. Während in der Landesregierung das Verhältnis zwischen Frauen und Männer noch relativ ausgeglichen ist, sind im niederösterreichischen Landtag von 51 Abgeordneten lediglich 9 Frauen vertreten.¹¹³ 2006 waren es immerhin noch 11 weibliche Landtagsabgeordnete.¹¹⁴

Über viele Gründe der geringen Partizipation können nur Annahmen getroffen werden, auch in der einschlägigen Literatur wird versucht mögliche Hemmnisse aufzuzeigen. Fakt ist, dass Lokale Agenda 21-Prozesse Gefahr laufen Frauen in gewohnte Nischen zu drängen, indem Frauen vermehrt neben der Hausarbeit freiwillige Arbeit leisten und keine Entlohnung bekommen oder in Bereichen arbeiten, die ihnen von der Gesellschaft zugedacht werden. Häufig leisten Frauen in Lokalen Agenda 21-Prozessen viel Vernetzungsarbeit bzw. unsichtbare Arbeit während Männer die entscheidenden Gremien bekleiden, was Macht und Entscheidungsgewalt bedeutet. Damit werden die traditionellen Rollenbilder und die Strukturen, die es Frauen erschweren zu partizipieren, nur verstärkt. Auch der ökonomische Schwerpunkt, der in der niederösterreichischen Landespolitik klar zu erkennen ist, reproduziert männlich dominante Strukturen und schafft wiederum mehr Chancen für Männer. Die Gründung zahlreicher Technologie- und Wirtschaftszentren in den letzten Jahren, in denen kaum Frauen tätig sind, bestätigt das. Wenn für Frauen Arbeitsplätze geschaffen werden, dann meist im Dienstleistungssektor. Ein Anstieg der Arbeitsplätze durch innovations- und wirtschaftsorientierte Regionalentwicklung heißt nicht, dass auch die Arbeitsplätze für Frauen steigen, vor allem nicht in derselben Qualität und im selben Einkommensbereich wie jene der Männer (vgl. KRESTAN 2006: 79). Nachhaltige Entwicklung, gleichgültig ob auf Landes- oder Gemeindeebene sollte der integrativen und gleichwertigen Sichtweise zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem gerecht werden und keine Schwerpunktsetzung auf die wirtschaftliche Dimension bedeuten, um die Reproduktion von männlich dominierten Strukturen zu vermeiden.

¹¹² Vgl. www.landtag-noe.at (1).

¹¹³ Vgl. www.landtag-noe.at (2).

¹¹⁴ Vgl. KRESTAN 2006: 33

Darüber hinaus sollte versucht werden, dass die faktische Umsetzung der Qualifikation der Frauen am Arbeitsmarkt, auch in der Ökonomie möglich ist (vgl. KRESTAN 2006: 79).

Auch im Gemeinderat von Großrußbach spiegelt sich die geringe Partizipation der Frauen in der Kommunalpolitik wider, von 20 Mitgliedern sind lediglich 5 Frauen. Im Vereinswesen der Gemeinde sprechen die Zahlen noch eine deutlichere Sprache, von 16 Vereinsobleuten sind 15 männlich und nur eine weiblich. In der Kommunalpolitik Großrußbachs sind Frauen also nur sehr gering vertreten, aber auch im Lokalen Agenda 21-Prozess beteiligen sich viel mehr Männer als Frauen, warum dies so ist, versuche ich im Folgenden durch meine Interviewergebnisse zu beantworten.

In Großrußbach ist die Pluralität der nachhaltigen Gemeindeprojekte positiv zu erwähnen, es ist kein Trend hin zur Ökonomie zu erkennen¹¹⁵, was aber nicht heißt, dass schon allein dadurch Frauen oder deren Sichtweisen und Interessen gefördert werden. Hier wären eigens spezielle Projekte für Frauen oder Mädchen denkbar um öffentliche Räume zu schaffen. Ob und inwieweit generell Gender-Aspekte im G-21-Prozess Großrußbach berücksichtigt wurden, kam in den Interviews nur teilweise zur Sprache und würde sicherlich einer längeren Forschung bedürfen.

Eines der Hauptprobleme vor Ort war anfangs Freiwillige für die Projektarbeiten zu finden. Auch wenn das Interesse teilweise sehr groß war und zahlreiche Ideen seitens der Bevölkerung kamen so war doch die Anzahl derer, die Träger von einem konkreten Projekt werden wollten und damit Verantwortung übernehmen sollten, relativ gering. Gleichgültig welchen Geschlechts, war man daher froh, wenn sich jemand beteiligen wollte, das kommt auch in einigen Interviews zur Sprache.

„Nein, besonders geachtet wird darauf nicht. Wie gesagt, man ist froh über jeden, der mitmacht. Was sicher nicht passiert, wenn es jetzt ein Projekt gibt, wo 10 Männer sagen, sie machen mit, dass man sagt, zwei dürfen nicht mitmachen, wir brauchen zwei Frauen, das sicher nicht.“¹¹⁶

Auch an der Anzahl der Beteiligten im G-21-Prozess sieht man, dass, ähnlich wie in der Gemeindepolitik, nicht die gleiche Anzahl an Frauen wie Männer partizipieren. Der Frauenanteil liegt bei ungefähr 30%, wobei die TrägerInnen der Projekte bzw. ProjektleiterInnen nahezu alle Männer sind.

¹¹⁵ Vgl. Kapitel 9.2, 9.2.1 und 9.2.2.

¹¹⁶ Interview Nr. 4

„Und sehr viele Vereinspositionen sind nach wie vor mit Obmännern besetzt. Und da versuchen wir ganz gezielt entgegen zu steuern und ganz aktiv Frauen einzubeziehen aber um die 30% Frauenquote ist schon schön, wenn wir die haben.“¹¹⁷

Einige Barrieren für die Partizipation wie starre Rollenbilder mit denen Frauen im Alltag konfrontiert werden oder die politische Landschaft, die es ihnen erschwert Zugang zu finden wurden bereits oben angeführt, warum sich nicht mehr Frauen im nachhaltigen Gemeinde-21-Prozess Großrußbachs beteiligen, kann nur teilweise durch die Interviewergebnisse beantwortet werden. Einige Studien zur Regionalentwicklung in ländlichen Räumen geben aus dem Blickwinkel von Frauen¹¹⁸ Ideen und Anregungen zu diesen Hindernissen und Hürden im peripheren Raum. Auch Großrußbach ist als solcher zu verstehen.

Oft sind Frauen einer Doppelbelastung von Familie und Beruf ausgesetzt, welche eine große Mobilität erfordert (vgl. KRESTAN 2006: 81). Mobil zu sein ist aber am Land viel schwieriger, die Distanz zu Kindertagesstätten, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und Supermärkten ist oft viel größer als im urbanen Raum. In der geschlechtersegregierten Realität verfügen nach wie vor zumeist Männer über das Familienauto, Frauen sind meist von öffentlichen Verkehrsnetzen abhängig, die in peripheren Räumen häufig mangelhaft ausgebaut sind (vgl. BUCHMAYR 2005: 310). Hier geht Großrußbach mit der guten örtlichen NahversorgerInnensituation und dem Angebot vom Bildungshaus mit gutem Beispiel voran. Die Mobilitätssituation in der Gemeinde mit den elektrounterstützten Fahrrädern bietet zudem die Möglichkeit innerörtlich leichter beweglich zu sein.¹¹⁹

Trotz diesen sicherlich positiven Erscheinungen beteiligen sich im G-21-Prozess nicht so viele Frauen wie Männer. Frauen haben in den meisten Fällen die Familie bzw. Kinder zu betreuen und mit einer beruflichen Tätigkeit oft eine doppelte Belastung. Das kommt auch in den Interviews zur Sprache.

„Es ist zeitlich für viele Frauen ein Problem auf Sitzungen zu gehen, weil da eben Kinder und Haushalt auf sie warten und selten sich da die beiden Geschlechterteile abwechseln.“¹²⁰

Frauen müssen jedoch die Chance haben aus dem privaten Bereich hervorzutreten, am öffentlichen Leben teil zu haben und auf der politischen Ebene sowie auch am

¹¹⁷ Interview Nr. 1

¹¹⁸ Vgl. BUCHMAYR 2005; KRESTAN 2006; DAMYANOVIC 2009

¹¹⁹ Vgl. Kapitel 9.2.1.

¹²⁰ Interview Nr. 1

Gemeindenachhaltigkeitsprozess zu partizipieren um auch Forderungen zu formulieren, die die spezifische Situation von Frauen in der Region verbessern.

Auch auf traditionelle Strukturen basierende Rollenerwartungen und –bilder bin ich in meinen Gesprächen gestoßen.

„Man merkt, dass Männer viel aktiver sind am Abend bei den Sitzungen, sich mehr einbringen und die Frauen eher im Hintergrund stehen, wobei wir bei der Umsetzung dann doch mehr Frauen dabei haben aber bei den ganzen Besprechungen, das ist sehr männlich dominiert.“¹²¹

„Bei unserem Projekt sind es eigentlich nur Männer, aber das liegt schon allein daran, Männer haben halt eher die handwerklichen Fähigkeiten.“¹²²

„Da hat man gesagt, o.k., ein Kinderspielplatz, das ist eine Sache, das soll eine Mutter machen, das ist gescheit, die hat kleine Kinder und die hat da mehr Interesse, die weiß wer hat noch kleine Kinder, weil die gemeinsam in den Kindergarten gehen und die können dann etwas machen für den Spielplatz.“¹²³

Die häufigsten Ursachen für die geringere Aktivität von Frauen im peripheren Raum sind also die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die in ländlichen Regionen verstärkt zu tragen kommt und die starren traditionellen Rollenbilder (vgl. DAMYANOVIC 2009: 184). Wichtig wäre in solchen Prozessen, dass Frauen nicht nur in gewohnten traditionellen Rollenbildern gesehen werden sondern auch in männlich dominierten Bereichen die Chance haben mitzugestalten und zu entscheiden. Sie sollten nicht nur zu Kindern, Sozialem und Gesundheit befragt werden, sondern ihre Sichtweisen auch in der Ökonomie, Ökologie usw., kurz in den Gebieten, in denen Frauen kaum vertreten sind, einbringen können. Die Beteiligung von Frauen kann eine positive Auswirkung auf das Gemeindeleben haben, da Frauen und Männer aufgrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterschiedliche Lebenserfahrungen mitbringen (vgl. DAMYANOVIC 2009: 185). Eine Möglichkeit dazu wäre in nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozessen den externen ProzessbegleiterInnen eine Person mit ausreichender Gender-Kompetenz zur Seite zu stellen, die in der Bevölkerung sowie auch bei politischen VertreterInnen ein Gender-Mainstreaming Bewusstsein schafft. Das bedeutet eine Formulierung von Zielen und Maßnahmen für eine chancengleiche nachhaltige Gemeindeentwicklung und für eine größere Beteiligung von Frauen in politischen Entscheidungen.

¹²¹ Interview Nr. 1

¹²² Interview Nr. 4

¹²³ Interview Nr. 5

Diese Unterstützung muss auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auf durchdachte politische Trainings für Frauen zielen, um auf positive Vorbilder von Frauen hinweisen zu können.

9. Schlussfolgerungen

Lokale Agenda 21-Prozesse können nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn sie politisch und rechtlich ausreichend verankert sind. In den Kommunen bzw. Gemeinden, dort wo die lokale Umwelt und die soziale wie ökonomische Infrastruktur am unmittelbarsten erfahren wird, muss ein Umdenken stattfinden und nachhaltig gehandelt werden. Wie ich es in der vorliegenden Arbeit schon häufiger erwähnt habe, ist für einen nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozess eine breite Bevölkerungsbeteiligung erforderlich. Die Partizipation vieler verschiedener heterogener Gesellschaftsgruppen wirkt sich wiederum positiv auf die Akzeptanz und Identifikation mit den Ergebnissen aus. Darüber hinaus muss auch die politische Akzeptanz gegenüber solchen Prozessen gegeben sein. Angst vor Kontroll- oder Machtverlust seitens der politischen Ebene muss gegebenenfalls abgebaut werden, eine gut funktionierende Kommunikation zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen ist Voraussetzung. Außerdem sollte klar sein, dass Parteipolitik in einem Lokalen Agenda 21-Prozess nichts zu suchen hat.

Was können nun BürgerInnenbeteiligungsverfahren wie die Lokale Agenda 21 eigentlich leisten? Nun, der Gemeinde 21-Prozess in Großrußbach, ein nachhaltiger Prozess auf Gemeindeebene, den ich in meinem empirischen Teil der Arbeit untersucht habe, bietet im lokalen Raum eine Form von Mitbestimmung. Wenn solche Lokale Agenda 21-Prozesse optimal organisiert sind, müssen auch weniger eloquente, benachteiligte und marginalisierte Gruppen der Gesellschaft partizipieren können. Gerade in ländlichen Strukturen muss darauf geachtet werden, dass in gestarteten BürgerInnenpartizipationsverfahren nicht nur örtliche Eliten den Prozess mittragen, die bereits vorher in den verschiedenen örtlichen Gremien und Ebenen Entscheidungsgewalt hatten, sondern eben auch jene, denen der Zugang zur Mitbestimmung bis jetzt verwehrt bzw. erschwert wurde. Gerade auf diese Problematik wurde ich während meiner Gespräche mit Beteiligten im Gemeindenachhaltigkeitsprozess aufmerksam. Auch bei der Miteinbeziehung aller Gesellschaftsgruppen gab es bei meiner Recherche über den Prozess noch Verbesserungsmöglichkeiten.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Struktur einer bottom-up Bewegung in einer LA 21. Das Vorhaben, möglichst alle gesellschaftliche Gruppen mit einzubeziehen und mitentscheiden zu lassen, ist oft mit einem eingeschränkten Entscheidungsspielraum verbunden, da die Rechtsstellung oft unklar ist und die aktiven Personen keine

Entscheidungskompetenzen haben. Schuld daran kann eine konkurrierende Gesetzgebung sein. Lokale Agenda 21-Bewegungen rühmen sich oft mit dem Schlagwort einer bottom-up Bewegung, damit aber etwa ein Gemeinde 21-Prozess in der jeweiligen Gemeinde überhaupt initiiert werden kann, ist wiederum ein Gemeinderatsbeschluss seitens der politischen Ebene von Nöten. In diesem Kontext müssen beteiligte Personen an Nachhaltigkeitsprozessen mehr Entscheidungsgewalt bekommen und auch die Rechtsstellung muss geklärt werden.

Weiter problematisch bleibt die langfristige Denk-, Plan- und Handelsweise von Nachhaltigkeitsprojekten einerseits und die damit konkurrierenden kurzen Gemeindewahlperioden.

Um Lokale Agenda 21-Prozesse tatsächlich nachhaltig zu gestalten ist es notwendig, die drei Handlungsfelder Ökologie, Ökonomie und Soziales auch wirklich als gleichwertige und integrative Bereiche zu sehen. In Zeiten des neoliberalen Kapitalismus werden allzu oft Projekte, die unter der Idee der Nachhaltigkeit stehen, dem Wirtschaftsdenken untergeordnet. Gerade mein empirisches Beispiel hat gezeigt, dass es sehr wichtig ist, auch soziale und ökologische Projekte umzusetzen.

BürgerInnenbeteiligungsverfahren können helfen den sozialen Zusammenhalt zwischen den beteiligten Personen zu verstärken. Durch das gemeinsame Arbeiten an Zielen der Kommune kann es nicht nur zu Verbesserungen der sozialen Beziehungen kommen sondern auch die Legitimation der Vorhaben kann eine größere sein, als wenn diese im Normalfall lediglich von der politischen Seite ausgehen.

Weitere Chancen eines Gemeinde 21-Prozesses sind auf jeden Fall Vernetzungen, Kooperationen und Zusammenarbeiten von AkteurInnen, Institutionen und Gruppen innerhalb und außerhalb der örtlichen Strukturen, die bislang nicht miteinander gearbeitet haben. Dafür erforderlich ist jedoch eine verbesserte Kommunikation und ein guter Informationsfluss. Dienlich hierfür ist eine gut funktionierende Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen eines Lokalen Agenda 21-Prozesses. Um auf das Geleistete aufmerksam zu machen aber auch um eventuell den Kreis der Aktiven zu erweitern und die Motivation der bereits Beteiligten zu erhöhen ist eine gezielte Transparenz unabdinglich. Die Nutzung der Medien, ein wirksames Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, kann bei der Bewusstseinsbildung der BewohnerInnen für nachhaltige Entwicklungen bzw. Ideen sehr hilfreich sein. Auch Veranstaltungen und diverse Events können wichtige Hilfsmittel der Öffentlichkeitsarbeit sein.

Zudem wäre es ratsam, wenn innerhalb jedes LA 21-Prozesses sich eine Art Arbeitskreis oder Agenda-Büro um die Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz kümmert um so Interessenten und Aktive über die wichtigsten Vorgänge, Projekte und Ideen am Laufenden zu halten und das Konzept einer breiteren Bevölkerung zugänglich zu machen.

Zu guter Letzt ist es sehr essentiell und entscheidend, dass sowohl im gesamten Nachhaltigkeitsdiskurs als auch in den Agenda 21-Prozessen im lokalen Raum neue Impulse in der Gleichstellung gesetzt werden. Eine erfolgreiche gleichstellungsorientierte Gemeindeentwicklung muss die Vielfältigkeit an Lebensformen von Männern und Frauen aufzeigen sowie die unterschiedlichen und ungleichen Bedingungen, denen beide Geschlechter unterliegen, herausstreichen. Im optimalen Fall helfen Lokale Agenda 21-Prozess traditionelle Geschlechterrollen aufzubrechen sowie ein Gender-Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen. Die Anzahl der Frauen in der Politik ist viel geringer als die der Männer, das widerspiegelt sich auch in der niederösterreichischen Landespolitik. Ein nachhaltiger Gemeindeprozess sollte daher für Frauen die Möglichkeit einer Mitbestimmung bieten. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass Frauen nicht in gewohnte Nischen gedrängt werden, wenn sie im Rahmen von LA 21-Bewegungen hauptsächlich Vernetzungsarbeit leisten aber kaum in entscheidungsrelevante Gremien vertreten sind oder lediglich in Bereichen tätig sind, die ihnen traditionell auch von der Gesellschaft zugeschrieben werden. Dies führt zur Verfestigung der traditionellen Rollenbilder und die Strukturen, die es Frauen erschwert zu partizipieren, werden verstärkt. Hier sind nicht nur Verbesserungen in Nachhaltigkeitsprozessen zu erzielen, sondern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen generell müssen verändert werden. Die häufigsten Ursachen für die geringe Aktivität von Frauen in BürgerInnenpartizipationsverfahren wie die Lokale Agenda 21 sind die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die starren traditionellen Rollenbilder. Ein Handlungsvorschlag dazu wäre, den externen ProzessbegleiterInnen in nachhaltigen Gemeindeentwicklungsprozessen eine Person mit ausreichender Gender-Kompetenz zur Seite zu stellen, um in der Bevölkerung Vorurteile aufzubrechen und die Bereitschaft zu fördern Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen herzustellen sowie adäquate Rahmenbedingungen zu schaffen.

10. LITERATURVERZEICHNIS:

- ADAMS William M. (2002): Sustainable Development?. (S. 412-426) In: JOHNSTON R.J. (Hrsg.): Geographies of global change. Rempapping the world. Malden, Mass. [u.a.]. Blackwell Publishers Verlag.
- AKADEMIE FÜR UMWELT UND NATUR (2009): Lokale Agenda 21 in Österreich. [o.V.].
([Lokale_20Agenda_2021_20_in_20_sterreich_Stand05_2009_Gipfel[1].pdf]).
- AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG, Abt. Raumordnung und Regionalpolitik, Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr (2005): Projekt W.I.N. Strategie Niederösterreich. St. Pölten. [o.V.]
- AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG, Abt. Raumordnung und Regionalpolitik, Landesgeschäftsstelle für Dorferneuerung – Koordinierung Agenda 21 (2006): Gemeinde 21 Infos (Nr.1) Aalborg Charta. Aalborg Commitments. Krems. [o.V.].
- ANSELM Michael (2006): Demographische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme ländlicher Räume im östlichen Europa – Entwicklungschancen durch den Tourismus. Wien. Diplomarbeit.
- ASTHLEITNER Florentina, REITER Andrea, TAUSZ Karin (2002): Charakteristika und Spannungsfelder eines Lokalen Agenda 21-Prozesses. Wien. Wissenschaftszentrum Wien.
- ATTESLANDER Peter (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin [u.a.]. De Gruyter Verlag.
- BECK Ulrich (Hrsg.) (1998): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main. Suhrkamp Verlag.
- BENNHOLDT-THOMSEN Veronika (2000): Die Subsistenzperspektive. In: HAGER Frithjof (Hrsg.): Schrumpfung – Chancen für ein anderes Wachstum. Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften. Berlin. Springer Verlag.
- BESCHORNER Thomas, BEHRENS Torsten (2007): Institutionalisierung von Nachhaltigkeit. Ergebnisse einer empirischen Studie in den organisationalen Bedürfnisfeldern Bauen & Wohnen, Mobilität und Information & Kommunikation. (S. 35-72) In: HOFFMANN Esther (Hrsg.): Gesellschaftliches Lernen und Nachhaltigkeit. Marburg. Metropolis Verlag.

- BÖHM Ulrike (2001): Stadt – Frauen – Leben. Alltagsstrategien von Frauen in der Stadt und ihre Bedeutung für Partizipation und Demokratisierung. Wien. Diplomarbeit.
- BRANDL Sebastian, HILDEBRANDT Eckart (2002): Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte. Opladen. Leske + Budrich Verlag.
- BUCHHOLZ Kathrin (2004): Frauen, Umwelt und Lokale Agenda 21. Voraussetzungen und Hemmnisse für die Integration von Gender-Aspekten in Lokale-Agenda-21-Prozesse. Kirchlinteln. Hoho Verlag.
- BUCHMAYR Maria (2005): Gender Mainstreaming in Oberösterreichs Regionen. Linz. Trauner Verlag.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT- UND WASSERWIRTSCHAFT (2003): Gemeinsame Erklärung zur Lokalen Agenda 21 in Österreich. [o.V.]. [erklaeung[1].pdf].
- CLUB NIEDERÖSTERREICH (2000): Integrierte ländliche Entwicklung. Wien. Club Niederösterreich
- CLUB NIEDERÖSTERREICH (2005): Gewandelte Realitäten – neue Herausforderungen. Wien. Club Niederösterreich.
- COMMISSION ON SUSTAINABLE DEVELOPMENT, Department of Economic and Social Affairs (2002): Second Local Agenda Survey (Background Paper No. 15). [o.V.] (<http://www.iclei.org/index.php?id=1185>) (Zugriff: 12.10.2009).
- DAMYANOVIC Doris (2009): Chancengleiche nachhaltige räumliche Gemeindeplanung. (S. 177-190) In: OEDL-WIESER Theresia, DARNHOFER Ika (Hrsg.): Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie. Wien. Facultas Verlag.
- DAX Thomas, WIESINGER Georg (2008): Soziale Nachhaltigkeit und Netzwerke im Alpenraum. Wien. Bundesanstalt für Bergbauernfragen.
- DIEFENBACH Hans (2001): Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie. Darmstadt. Wiss. Buchges. Verlag.
- EHRENSTRASSER Elisabeth (2006): Lokale Agenda 21–Prozesse. Handlungsvorschläge zur Weiterführung in Wien. Wien. Diplomarbeit.
- HAGER Frithjof (Hrsg.) (2000): Schrumpfung – Chancen für ein anderes Wachstum. Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften. Berlin. Springer Verlag.

- HEINELT Hubert (Hrsg.) (2000): Lokale „Agenda 21“-Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse. Opladen. Leske + Budrich Verlag.
- HIGARTSBERGER Michaela (1999): Lokale Agenda 21. Möglichkeiten und Hemmnisse in der Umsetzung einer Politik der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene. Wien. Diplomarbeit.
- HILLBRAND Dagmar (1997): Öffentlichkeitsarbeit für Lokale Agenda 21-Prozesse. Status-quo-Analyse und strategische Vorschläge. Wien. Diplomarbeit.
- HOFFMANN Esther, SIEBENHÜHER Bernd, BESCHORNER Thomas, ARNOLD Marlen (2007): Gesellschaftliches Lernen und Nachhaltigkeit. Eine Einführung. (S. 11-34) In: HOFFMANN Esther (Hrsg.): Gesellschaftliches Lernen und Nachhaltigkeit. Marburg. Metropolis Verlag.
- HÜBLER Karl-Hermann (Hrsg.) (1999): Nachhaltige Raum- und Regionalentwicklung – wo bleibt sie? Befunde, Perspektiven und Vorschläge. Berlin. VWF, Verlag für Wissenschaft und Forschung.
- HUTTER Martin (2003): Die niederösterreichische Dorferneuerung – eine Standortbestimmung. Mehrperspektivische Untersuchung zu Entwicklungspfaden, Betätigungsfeldern und Aussichten der Landesinitiative. Wien. Diplomarbeit.
- INDEPENDENT COMMISSION ON INTERNATIONAL DEVELOPMENT ISSUES (1981): Das Überleben sichern. Der Brandt-Report. Frankfurt am Main [u.a.]. Ullstein Verlag.
- JANYROVA Veronika (2004): Potentiale grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Tourismusentwicklung. Tourismuswirtschaft und touristische Entwicklungspotentiale in der österreich-tschechischen Grenzregion, unter besonderer Berücksichtigung des Ansatzes der Eigenständigen Regionalentwicklung. Wien. Diplomarbeit.
- KERN Arnold (1999): Regionale Kommunikation. Theorien, Konzepte und Beispiele aus der Regionalentwicklung. Wien. Manz Verlag Schulbuch.
- KLECATSKY Hans R. (Hrsg.) (1987): Die österreichische Bundesverfassung. Wien. SHB – Medienzentrum des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport.
- KOLLMANN Gerhard, LEUTHOLD Margit, PFEFFERKORN Wolfgang, SCHREFEL Christian (Hrsg.) (2003): Partizipation. Ein Reiseführer für

Grenzüberschreitungen in Wissenschaft und Planung. München, Wien. Profil Verlag.

- KRAUß Werner (2001): Hängt die Grünen! Umweltkonflikte, nachhaltige Entwicklung und ökologischer Diskurs; eine ethnologische Fallstudie. Berlin. Reimer Verlag.
- KRESTAN Nicole (2006): Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung am Beispiel Niederösterreichs. Wien. Diplomarbeit.
- LEODOLTER Sylvia (Hrsg.) (2003): Tourismus in Österreich. Zukunftsbranche oder Einstieg in die Arbeitslosigkeit? Wien. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- LITTIG Beate, GRIEBLER Erich (2004): Soziale Nachhaltigkeit. Wien. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte.
- MACK Bernhard (1999): Kontakt, Intuition und Kreativität. Vom Umgang mit wachsender Komplexität im Management & Alltagsleben. Ein Übungs- und Erfahrungsbuch. Freiburg. Junfermann Verlag.
- MAYRING Philipp (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim [u.a.]. Beltz Verlag.
- MISSBACH Andreas (1999): Das Klima zwischen Nord und Süd. Eine regulationstheoretische Untersuchung des Nord-Süd-Konflikts in der Klimapolitik der Vereinten Nationen. Münster. Westfälisches Dampfboot Verlag.
- MÜLLER-CHRIST Georg (Hrsg.) (1998): Nachhaltigkeit durch Partizipation. Bürgerbeteiligung im Agendaprozeß. Sternenfels [u.a.]. Wiss.& Praxis Verlag.
- NOHLEN Dieter (Hrsg.) (2002): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH.
- OEDL-WIESER Theresia (1997): Emanzipation der Frauen auf dem Land. Eine explorative Studie über Ambivalenzen und Lebenszusammenhänge. Wien. Bundesanstalt für Bergbauernfragen.
- ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG, Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (1996): Österreich – Nationaler Umweltplan. Wien. Österreichische Bundesregierung.
- PAPADOPOULOU Niki (2005): Einstellungen zur Bürgerbeteiligung. Einflussgrößen der Beteiligungsbereitschaft. Wien. Diplomarbeit.

- PHILLIPS Bernhard S. (1970): Empirische Sozialforschung. Strategie und Taktik. Wien [u.a.]. Springer Verlag.
- POLANYI Karl (1977): The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Wien. Europa-Verlag.
- POSTL Julia (2005): Aktive Bürgerbeteiligung und lokale Identität in einem Lokalen Agenda 21-Prozess. Wien. Diplomarbeit.
- RITT Thomas (Hrsg.) (2002): Soziale Nachhaltigkeit. Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit? Wien. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte.
- RÖSLER Cornelia (2000): Lokale Agenda 21 in deutschen Städten. (S. 13-28) In: HEINELT Hubert (Hrsg.): Lokale „Agenda 21“-Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse. Opladen. Leske + Budrich Verlag.
- ROSENBERG Barbara (1994): Vom Zuschauer zum Aktivbürger. Modelle der Bürgerbeteiligung in kommunalen Planungsprozessen. Wien. Dr.-Karl-Renner-Institut.
- SACHS Wolfgang (1999): Genügsamkeit und Genuss: nachhaltige Lebensstile und die politische Macht der KonsumentInnen (S.122-135). In: HOLZINGER Hans (Hrsg.): Nachhaltig – aber wie? Wege zur Zukunftsfähigkeit. Salzburg. Eigenverlag.
- SCHÄFER Martina, SCHÖN Susanne (1999): Die sozialwissenschaftliche Perspektive im Konzept der nachhaltigen Raumentwicklung – ein bisher weitgehend vernachlässigtes Aufgabenfeld. In: HUEBLER Karl-Hermann (Hrsg.): Nachhaltige Raum- und Regionalentwicklung – wo bleibt sie? Berlin. VWF, Verlag für Wissenschaft und Forschung.
- SCHWAB Bernadette (2002): Die Entwicklung der Dorferneuerung in Niederösterreich. Wien. Diplomarbeit.
- SCHILLER Frank (2005): Diskurs über Nachhaltigkeit. Zur Dematerialisierung der industrialisierten Demokratien. München. Ökom-Verlag.
- SCHUSTER Martina (2002): Persönliche Kompetenz als Aspekt der sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung. (S. 105-114) In: RITT Thomas (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit. Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit? Wien. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte.
- SURBÖCK Astrid (2005): Image und Öffentlichkeitsarbeit der Lokalen Agenda 21. Wien. Diplomarbeit.

- STÜRMER Elisabeth (2005): Bürgerpartizipation und Bürgerinitiative. Voraussetzungen, Strukturen und psychologische Aspekte. Wien. Diplomarbeit.
- TAUSCH Natascha (2005): Kommunale Partizipationsprozess aus persönlicher, sozialer und ökonomischer Sicht. Wien. Diplomarbeit.
- TICHY Gunther (2000): Regionalpolitik – Korrektiv für Wirtschaft und Gesellschaft. Agrarische Rundschau. [o.V.]
- VETTER Angelika (2008): Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen. (S. 9-28) In: VETTER Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden. VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- WENDLER Daniel (2006): Umwelt und Wachstum aus Sicht der wenig entwickelten Länder zu Beginn der 70er Jahre. Freiburg. Grin Verlag.

10.1. Internetquellen:

- www.10vorwien.at
- www.aalborgplus10.dk
(<http://www.aalborgplus10.dk/default.aspx?m=2&i=307>) (Zugriff: 21.10.2009)
- www.agenda21-treffpunkt.de
(<http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/ag21dok/kap01.htm>)
(Zugriff 27.10.2009)
- www.bildungshaus.cc/
- www.gemeinde21.at
(1): <http://www.gemeinde21.at/16.0.html> (Zugriff: 23.09.2009)
(2): <http://www.gemeinde21.at/599.0.html> (Zugriff: 23.09.2009)
(3): <http://www.gemeinde21.at/613.0.html> (Zugriff: 19.10.2009)
- www.gfnoe.at
- www.iclei-europe.org
- www.iclei.org
- www.landtag-noe.at
(1-2): <http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/Abgeordnete.htm>
(Zugriff: 19.10.2009)
- www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de
(1): http://www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de/artikel/beispiele_2/veranstaltung_573.htm (Zugriff: 08.05.2009)
(2): http://www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de/artikel/ziele_und_wege_3/definitionen_52/brundtland-report_563.htm
(Zugriff: 05.11.2009)
(3): http://www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de/artikel/anfaenge_gemeinsamen_vorgehens_746.htm
(Zugriff: 10.05.2009)
(4): http://www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de/artikel/anfaenge_gemeinsamen_vorgehens_746.htm
(Zugriff: 10.05.2009)
(5): http://www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de/artikel/geschichte_10/anfaenge_46/mission_des_club_of_rome_540.htm
(Zugriff: 05.11.2009)

- www.nachhaltigkeit.at
 (1-3): <http://www.nachhaltigkeit.at/article/articleview/69139/1/25663>
 [agenda21_kapitel28[1].pdf]
 (4-5): <http://www.nachhaltigkeit.at/article/articleview/69139/1/25663>
 (Zugriff: 12.06.2009)
- www.noel.gv.at (<http://www.noel.gv.at/Politik-Verwaltung/>) (Zugriff: 19.10.2009)
- www.oerok.gv.at (<http://www.oerok-atlas.at/gui/map.php>) (Zugriff: 14.10.2009)
- www.oin.boku.ac.at (<http://oin.boku.ac.at/oin/cont01.htm>) (Zugriff: 12.06.2009)
- www.statistik.at
 (1):
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/regionales/regionale_gliederungen/politische_bezirke/index.html (Zugriff: 14.10.2009)
 (2):
 [bevoelkerung_sowie_zahl_der_gemeinden_2006_nach_gemeindegroessenklassen_un_034208[1].pdf]
- www.strategie-noe.at (Zugriff: 13.06.2009)
- www.sustainablecities.net
 (1-3): sustainable-cities.eu/upload/pdf_files/ac_german.pdf

CURRICULUM VITAE

Persönliche Daten:

Name	Udo Bachmayer
Geburtsdatum/ -ort	21.06.1981, Wien
E-mail:	udo.bachmayer@chello.at

Bildungsweg:

1987 - 1991	Volksschule Wien-Simmering
1991 - 2000	Bundesrealgymnasium Schwechat
2001 - 2004	Studium der Internationalen Betriebswirtschaft an der Universität Wien
2004 - 2006	Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien

Fachbezogene Tätigkeiten:

Juni 2006	Feldpraktikum im Nationalpark Hohe Tauern, Schwerpunkt: Konstruktion touristischer Räume in den Alpen
März - April 2007	Auslandsexkursion Indonesien, Arbeitsschwerpunkt: Nachhaltiger Tourismus auf Bali
Sommersemester 2007	Organisation des kultur- und sozialanthropologischen Filmfestivals „Ethnocineca“
April – Oktober 2008	Projektmitarbeiten beim Marktforschungsinstitut „Marketmind“